

Politische Berichte

Nummer 5 / 11. Jahrgang

2. März 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

In dieser Ausgabe: Die Pläne von Gesamtmetall
* USA: Kampagne für Freilassung der politischen
Gefangenen * Waldkirch: Streit um Deserteur-
denkmal * Göttingen: Schmerzensgeld wegen
Juzi-Razzia * Ausländerrecht: Arbeiterfeindlich

Entfesselung der Polizei gegen Drogen?

Regierung will „Nationale Drogenkonferenz“ und internationale „Exekutivkontingente“

Die Begründung, der Drogenmißbrauch müsse bekämpft werden, soll für weitgehende Einmischung in andere Länder und Strafrechtsverschärfungen herhalten. Die Bundesregierung will die Beschlagnahme von Vermögen als neue Strafe durchsetzen. Bayern tritt in einem Gesetzentwurf

dafür ein, im Ausland bestehende Vereinigungen in der BRD als kriminell oder terroristisch zu verfolgen. Bundesinnenminister Schäuble forderte auf der UN-Versammlung zur Drogenbekämpfung „Exekutivkontingente“ zum Einsatz in „vom Drogenterror bedrohten Ländern“.

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Strafrechtsänderungs- und des Betäubungsmittelgesetzes ist in erster Lesung im Bundestag verhandelt. Damit will die Bundesregierung zusätzlich zur Geldstrafe und zur Gefängnisstrafe die Vermögensstrafe durchsetzen. Die Vermögensstrafe soll zusätzlich zur Gefängnisstrafe verhängt werden können, ihre Höhe soll einzig und allein durch das Vermögen der Angeklagten beschränkt sein. Auf welchem Wege das Vermögen erworben ist und worin es besteht, spielt nach dem Gesetzentwurf keine Rolle. Vermögen, die nachweislich aus illegaler Tätigkeit stammen, z.B. aus Diebstahl, Hehlerei und auch aus dem Verkauf von illegalen Rauschmitteln, verfallen bereits nach der bestehenden Rechtslage. Auch wenn die Bundesregierung also behauptet, sie

wolle vor allem verhindern, daß Gewinn aus dem Rauschgifthandel auf legalen Wege profitbringend weiterverwendet werden können, so müßte dafür kein neues Gesetz her. Tatsächlich wird mit dem Gesetz die Möglichkeit der Doppelbestrafung eingeführt. Bereits in der Begründung kündigt die Regierung an, daß bald nicht nur bei Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz mit dieser Strafe zu rechnen ist, sondern sie auch für „sonstige Fälle organisierter Schwerekriminalität“ nützlich sein könne.

Das Land Bayern versucht über den Bundesrat, mit einem „Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels“ weitgehende Verschärfungen des Strafrechts durchzusetzen. Danach soll zum einen § 129 Strafgesetzbuch (kriminelle und terroristische Vereinigung)

künftig auch dann angewandt werden, wenn die Vereinigung in der BRD gar nicht besteht, sondern nur im Ausland existiert, aber einzelne Mitglieder in der BRD tätig sind. Solch eine Gesetzeskonstruktion ließe den Zugriff auch auf Befreiungsorganisationen zu. Zum anderen sollen die polizeilichen Befugnisse exzessiv ausgedehnt werden. Vom Einsatz „verdeckter Ermittler“, also von Polizeibeamten, die als Händler, Drogenkonsumenten oder anderes auftreten, ohne ihren Beruf mitzuteilen, die Möglichkeit, Raster- und Großfahndungen durchzuführen, über das Abhören und Aufzeichnen von Telefongesprächen und Gesprächen in Wohnungen oder anderen nichtöffentlichen Versammlungen, die Kontrolle der Post durch die Polizei, bis zum heimlichen, aber im Prozeß verwendbaren Durchsuchen von Wohnungen durch „verdeckte Ermittler“ sieht der Gesetzentwurf nahezu alle für eine entfesselt und unkontrolliert tätige Polizei nötigen Maßnahmen vor. Außerdem enthält er ein umfangreiches Instrumentarium zur Einführung anonymer Zeugen in den Prozeß. Sowohl die Möglichkeit, Zeugen per Telefon oder Video-Übertragung zu befragen wie auch das Verschweigen von Personalien sind vorgesehen.

Aus der Rede, die Bundesinnenminister Schäuble vor der UN-Sondergeneralversammlung zur Drogenbekämpfung gehalten hat, geht hervor, daß die Bundesregierung solchen Planungen nicht ablehnend gegenübersteht, aber auf eine breitere Mitwirkung an solcher Verschärfung der Gesetzgebung hofft. Im Juni soll eine „Nationale Drogenkonferenz“ stattfinden, in der alle mit Drogen befaßten staatlichen und nichtstaatlichen Kräfte zusammengeschlossen werden sollen zur Aufstellung eines „Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplanes“. Schäubles Ziel ist hochgesteckt: „Wir müssen die Menschheit vor der Selbstzerstörung durch das Rauschgift bewahren.“ Und auf dem Weg zu diesem Ziel sind dann alle Mittel recht: Entfesselte Polizei im Inneren und Aufritt als Weltpolizei gegenüber Ländern, in denen Mohn, Koka-Pflanzen, Marihuana und Hanf angebaut wird.

Quellenhinweis: Bulletin der Bundesregierung Nr. 29/90; Bundestagsdrucksache Nr. 11/5461; Bundesratsdrucksache Nr. 74/90 — (rül)



In einer gemeinsamen Presseerklärung haben Genscher und Stoltenberg am 19.2. ihren Plan für die DDR-Okkupation beschrieben. Sie wollen, daß „ein künftiges geeintes Deutschland ... ins westliche Bündnis eingebunden bleiben soll ... und daß keine Einheiten ... des ... Bündnisses auf das heutige Gebiet der DDR vorgeschoben werden ...“ Dies gelte auch für „Streitkräfte der Bundeswehr.“ Also: Großdeutsche NATO-Mitgliedschaft, BGS, BKA, Rebmann und andere „Befreier“ rücken bis Polen, die Bundeswehr bleibt — vorerst — in ihren Stellungen. — (rül)

Blüm hatte mehr prophezeit

Beitragssenkung der Krankenversicherung niedriger

Rechtzeitig zu den Bundestagswahlen kündigen die Ersatzkassen Senkungen der Beitragssätze an. Die Barmer will zum 1.7. den Beitrag von 12,9 auf 12,3 % senken, die Kaufmännische Krankenkasse schon zum 1.4. von 12,6 auf 11,9 %, bei der Techniker Krankenkasse rechnet man mit einer Senkung von 11,0 auf 10,5 % zum 1.5. Anders bei den AOKs und Betriebskrankenkassen (BKK). Von den 268 AOKs haben zum 1.1.90 nur 65 ihre Beiträge gesenkt, von 690 BKKs sind es 136, zwei AOKs und 13 BKKs mußten die Beiträge anheben. Im Durchschnitt sank der AOK-Beitrag von 13,46 auf 13,33 % um 0,12 %, (BKKs: — 0,13 %).

Erstes Ergebnis der letzten Gesundheitsreform (GRG) ist also eine weitere Spreizung der Beitragsverteilung: der Abstand zwischen den AOKs, die die „schlechten Risiken“ — sprich die armen Leute — versichern, und insbesondere den Ersatzkassen nimmt zu.

Die Ursache hierfür liegt nicht in unterschiedlichen Leistungskürzungen der Kassen, hier lag die Ausgabenentwicklung der AOKs eher unter der der gesetzlichen Krankenversicherung insgesamt. Daß die AOKs dennoch kaum Beiträge senken, dürfte zum einen an Unterschieden in der Lohnentwicklung zwischen AOK- und übrigen Versicherten liegen, so daß die Einnahmen der AOKs geringer wachsen; zum anderen wurden sie in den letzten Jahren so ausgeblutet, daß sie ihre Einnahmeüberschüsse zur „überfälligen Konsolidierung der Vermögenssituation“ verwen-

den müssen (so der AOK-Bundesverband).

Insgesamt sind die Beitragssenkungen bei den Ersatzkassen geringer ausgefallen als von der Regierung beabsichtigt. In der Bundestagsdebatte am 18.1. hatte Blüm Mühe, dem Regierungsanhang unter den hochbezahlten Lohnabhängigen Entlastungen vorzurechnen. Denn selbst auf die Beitragsbemessungsgrenze von derzeit 4725 DM monatlich bezogen macht eine Beitragssenkung um 0,6 % ganze 14,18 DM pro Monat aus. Dies entspricht in etwa dem Betrag, den private Krankenkassen für eine Zusatzversicherung verlangen, die die Kürzungen des GRG allein bei Zahnersatz und Brillen ausgleicht — Familienmitglieder zahlen extra. Blüm mußte deshalb kräftig „ausgebliebene Beitragserhöhungen“ einbeziehen, um auf seine 25 DM Beitragssenkung pro Durchschnittsverdiener zu kommen.

Blüm begründet die Leistungskürzung durch das GRG mit der Notwendigkeit, bei den „nicht unbedingt notwendigen Gesundheitsleistungen“ zu sparen, um Geld für die teuren Behandlungen zu haben. Damit tritt er dem Vorwurf der Euthanasie entgegen und verspricht den Bessergestellten Schonung. Denn „den Kranken“ gibt es nicht: für den Arbeiterrentner wirken bereits Selbstbeteiligung und mangelnder Zahnersatz lebensverkürzend, eine selbstfinanzierte Herz-Operation wäre aber auch für Gutverdienende der Ruin. Quellen: DOK Nr. 1/90, Frankfurter Rundschau, 9.2.; Bt-Prot. 11/188 — (wjw, AGM)

Türkei: 30 000 demonstrieren gegen Teuerung



30000 Menschen, darunter viele Bergarbeiter und ihre Familien, demonstrierten am 24. Februar in der Stadt Zonguldak an der türkischen Schwarzmeerküste. Sie forderten den Rücktritt der amtierenden Regierung und von Staatspräsident Özal sowie Maßnahmen gegen die anhaltend hohe Teuerung. Offiziell liegt die Teuerungsrate zur Zeit bei 70%. Aus Protest gegen die Elendseinkommen der Bergleute und anderer Arbeiter trugen viele Kinder leere Kochtöpfe auf dem Kopf (Bild). In der Grube Yenicektek in Merzifon-Zonguldak waren vor kurzem 68 Bergarbeiter bei einem Grubenunglück umgekommen. — (rül)

Spendenkampagne für den kurdischen Befreiungskampf

Die 2. Konferenz der Kurdistan-Solidaritätsgruppen in der BRD hat am 25. Februar in Bonn eine Spendenkampagne zur materiellen Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes beschlossen. An der Konferenz nahmen etwa 40 Vertreter von Solidaritätsgruppen aus 14 Städten teil sowie Vertreter des Kurdistan-Komitees in Köln. Ein Aufruf für die Spendenkampagne soll in spätestens vier Wochen veröffentlicht werden. Bis dahin soll auch ein Konto der Solidaritätsgruppen eingerichtet sein. Die Ergebnisse der Konferenz werden im nächsten „Kurdistan-Rundbrief“ veröffentlicht. — (rül)

Bundesverfassungsgericht schränkt Asylrecht weiter ein

Am 22. Februar hat das Bundesverfassungsgericht eine neue Einschränkung des Asylrechts verkündet. Anlaß war eine Verfassungsbeschwerde eines Kurden, dessen Antrag auf Asyl vom Bundesverwaltungsgericht abgelehnt worden war. Der Kurde hatte in der BRD die vom Bundesverfassungsgericht als „terroristisch“ verleumdete Politik der

TKP/ML weiter unterstützt. Das Gericht schloß daraus, der Beschwerdeführer suche „mit seinem Asylbegehren nicht Schutz vor politischer Verfolgung, sondern Schutz für seine weitere Beteiligung an einem politischen Kampf“; zu dessen Mitteln auch terroristische Aktivitäten gehörten. Das Urteil ist ein weiterer Schritt, um jede Unterstützung von Befreiungsbewegungen von der BRD aus zu unterbinden. (Aktenzeichen 2 Bv R 958/86) — (rül)

Linke Wahlbündnisse vereinbaren Zusammenarbeit

Am 24. Februar trafen sich in Stuttgart aus verschiedenen linken Kommunalwahlbündnissen in Baden-Württemberg Leute zur Auswertung der Erfahrungen. Vertreten waren Leute von Bündnissen aus den Orten Heilbronn, Weinheim, Wiesloch, Stuttgart, Freiburg und Konstanz; an Organisationen waren anwesend BWK, DKP, MLPD, Volksfront und VSP. Vereinbart wurde ein regelmäßiger Informationsaustausch zwischen den linken Listen. In etwa halbjährlichem Abstand sollen Treffen und Seminare durchgeführt werden. Beschlossen wurde eine Erklärung an den nächsten Parteitag der DKP und an

andere Organisationen, wonach zu den Bundestagswahlen eine Kandidatur gegen imperialistische Großdeutschlandspolitik, die möglichst viele antikapitalistische und antifaschistische Kräfte mobilisieren kann, gewünscht wird. — (alk)

EG-Gericht: BRD muß auch ins Ausland Kindergeld zahlen

Der Europäische Gerichtshof entschied am 22.2., daß die BRD auch dann Kindergeld für im EG-Ausland lebende Kinder zahlen muß, wenn diese arbeitslos sind. Die Bundesanstalt für Arbeit hatte zwei italienischen Arbeitern das Kindergeld verweigert, weil ihre arbeitslosen Kinder in Italien leben und so nicht der westdeutschen Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen. Das Urteil gilt nur für Arbeiter aus EG-Staaten. Der Gerichtshof begründete die Entscheidung mit dem Recht auf Freizügigkeit in der EG, das durch solche Verweigerung beschränkt werde. Die Bundesregierung behält durch Kindergeldverweigerung und durch Einbehaltung von Steuerfreibeträgen für im Ausland lebende Kinder von Ausländern jährlich einige Millionen DM an Sozialleistungen ein. — (uld)

Erklärung des Präsidiums des Parteivorstandes der DKP

„Vertreter des Bundeskriminalamtes haben am 20.2. bei einer bundesweiten Aktion verschiedene Wohnungen von DKP-Mitgliedern durchsucht. Ihr Interesse galt den angeblichen „DKP-Kampfgruppen“, die vor einiger Zeit als Bestandteile einer Kriminalisierungskampagne gegen die DKP in Szene gesetzt wurden. Eine Durchsuchung des Parteihauses in Düsseldorf wurde entgegen anderslautenden Meldungen nicht vorgenommen. Ein Sprecher der DKP wiederholte gegenüber der Presse die Erklärung der 11. Parteivorstandstagung, wonach die DKP weder mit geheimsdienstlichen noch mit terroristischen Aktivitäten etwas zu tun hatte ... Die Kampagne gegen die DKP verfolgte den Zweck, die Staatsorgane der BRD gegen die DKP zu mobilisieren und die Partei in die Nähe von terroristischen Vereinigungen zu bringen. Man verfolge das Ziel, die Mitglieder der DKP zu verunsichern und die ohnehin schwierige Lage, in der sich die Partei befindet, auszunutzen, um die Partei zu zerstören. Die DKP protestiert entschieden gegen das Vorgehen des Bundeskriminalamtes.“

Aktuell in Bonn

Analphabetismus

Um Umfang und Ursachen des Analphabetismus in der BRD ging es bei einer öffentlichen Anhörung am 14. Februar. Der Ausschuss für Bildung und Wissenschaft hatte zu dieser Problematik sechs Sachverständige „aus Wissenschaft, Handel und Bildungseinrichtungen“ geladen („Woche im Bundestag“ 4/90 vom 21.2.). Laut Dr. Bernd Sandhaas (bundesdeutsche UNESCO-Kommission) gibt es in der BRD zwischen 500 000 und 3 Millionen Menschen, die geschriebene Texte nicht verstehen. Elisabeth Fuchs-Brüninghoff vom Volkshochschulverband machte „schlechte finanzielle und soziale Verhältnisse“ dafür verantwortlich.

Nordsee-Vergiftung

Die Bundesregierung berichtete am 15.2. über die Beschlüsse der zweiten Internationalen Nordseeschutzkonferenz und zur Vorbereitung der dritten (7./8. März in Den Haag). Demnach werden jährlich 1,5 Millionen Tonnen Stickstoff und 100 000 Tonnen Phosphor in die Nordsee eingeleitet, teils direkt, teils über die Flüsse. Die Daten stammen von 1983-1986. Seehundsterben und Algenblüten von 1988 stünden nicht in erwiesenem Zusammenhang zur Schadstoffeinleitung. Der Bundestag verabschiedete am 16.2. „Kenntnisnahme“. Die SPD-Fraktion beantragte vergeblich weitergehende Maßnahmen „zur Rettung“ der Nordsee, so die Modernisierung der Kläranlagen und die Einstellung der Abfallverbrennung auf hoher See. Die Nordsee werde als „billige Müllkippe“ mißbraucht.

Gleichberechtigungsgesetz?

Am 14. Februar hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf von Blüm- und Familienministerin Lehr „zur Verbesserung der Gleichbehandlung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz“ verabschiedet. Danach sollen geschlechtsneutrale Ausschreibungen künftig zwingend vorgeschrieben werden. Bei gerichtlich festgestellter Benachteiligung von Frauen bei der Einstellung oder Beförderung werden bis zu vier Monatsverdienste einklagbar. Was als allgemeine Verbesserung erscheint, begünstigt in Wirklichkeit nur die individuelle Laufbahn von Frauen — sofern überhaupt möglich. Bei Kollektivklagen begrenzt der Entwurf erstmals die Entschädigungssumme auf maximal fünf Monatsverdienste — für alle Klägerinnen zusammen. (Pressemitteilung der Bundesregierung, 14.2.90)

Bund und Länder gegen DDR

Auf einer Konferenz mit den Regierungschefs der Länder hat Kohl sich am 15.2. Rückendeckung bei den SPD-regierten Ländern für seinen DDR-Kurs gesichert. Man vereinbarte, daß die Bundesländer „regelmäßig“ über alle Verhandlungen der Bundesregierung mit der DDR unterrichtet werden und an gemeinsamen Kommissionen BRD/

DDR mit je zwei Ländervertretern stets beteiligt sind. Im Gegenzug forderte Waigel eine weitere Zentralisierung des Umsatzsteueraufkommens ab 1991 beim Bund. Eine Arbeitsgruppe soll einen Vorschlag dafür erarbeiten.

Konzertierte Aktion gegen DDR

Nach einer Konferenz mit Vertretern der Kapitalisten und des DGB am 20.2. im Kanzleramt konnte Kohl u.a. verkünden: „Übereinstimmung bestand darin, daß dieses wirtschaftliche Engagement (der BRD-Konzerne in der DDR, d. Red.) indes nur wirksam werden kann, wenn in der DDR zügig die entsprechenden marktwirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Gewerbefreiheit, Eigentumsordnung, Wettbewerbsordnung und Tarifvertragsfreiheit sind hier zentrale Stichworte... Regierung, aber auch Wirtschaft und Gewerkschaften hierzulande stehen bereit, sich in der DDR nachhaltig... zu engagieren“. Die DGB-Delegation ist anscheinend mit keinem Wort gegen die Mißachtung der DDR-Souveränität und den Annektionskurs von Konzernen und Regierung aufgetreten.

Nazi-Urteile

Noch immer können die unter der Nazi-Herrschaft gefällten Urteile in großen Teilen der BRD nicht angefochten werden. Einige Bundesländer, darunter Bayern, verweigerten stets die Zustimmung zu einem entsprechenden Gesetz. Am 14. Februar 1990 stimmte der Rechtsausschuß einem Gesetzentwurf zu, der die Abschaffung von Nazi-Unrechtsurteilen, aber nur in den Ländern der ehemaligen britischen Besatzungszone, ermöglichen soll.

Agrar, Hilfe“ für SU

Einen Tag vor Kohls „Blitzreise“ nach Moskau meldete die „Bild“-Zeitung am 9.2., Kohl habe ein „großes Angebot im Gepäck“, um der „wirtschaftlich kaputten Sowjetunion auf die Beine zu helfen“. Tatsächlich hatte das Auswärtige Amt am Vortag eine Vereinbarung mit dem sowjetischen Außenwirtschaftsminister unterzeichnet. Die SU bekommt 220 Mio. DM Kredit, um 142 000 Tonnen Fleisch, Butter und Milch zu importieren. Die Regierungstheorie, Versorgungsengpässe in der SU seien hilfreich bei der „deutschen Einigung“, soll den Appetit der Konzerne auf Ostexpansion weiter anstacheln.

Was kommt demnächst?

Am 5.3. soll in Bonn die Kommission von DDR und BRD zur Beratung über eine Wirtschafts- und Währungszusammenarbeit zum zweiten Mal zusammenkommen. Am 8.3. berät der Bundestag über Waigels Nachtragshaushalt 1990. Am 16.3. berät der Bundesrat u.a. diesen Nachtragshaushalt. Am 18. März finden in Bayern Kommunalwahlen statt. Vom 19.3.-11.4. berät in Bonn die KSZE-Wirtschaftskonferenz über die Zusammenarbeit zwischen den west- und osteuropäischen Staaten.

Kurdenprozeß: Der „Kronzeuge“ kommt

In Westberlin begann der Prozeß gegen den „Kronzeugen“ der Bundesanwaltschaft

Im Kurden-Prozeß vor dem OLG Düsseldorf sind weitere Angeklagte aus der Haft entlassen worden. Am 14.2. setzte das Gericht den Haftbefehl gegen Selahattin Celik außer Vollzug. Ebenfalls am 14.2. gab das Gericht einen Antrag der Verteidigung statt und entfernte die seit Beginn des Verfahrens installierte Trennscheibe zwischen den Angeklagten und ihrer Verteidigung. Am 16.2. folgte dann die bislang letzte Freilassung: Der Bundesgerichtshof hob auf Antrag der Verteidigung und gegen den Widerspruch der Bundesanwaltschaft auch den Vollzug des Haftbefehls gegen Ibrahim Kadhaf auf. Damit sind nun noch acht der jetzt siebzehn Angeklagten in Isolationshaft.

Die Absicht der Bundesanwaltschaft und des Gerichts ist: Man will zu dem vermeintlich „harten Kern“ vorstoßen und Verfahrenshindernisse wegräumen. In der Öffentlichkeit soll der Eindruck verbreitet werden, nun gehe alles rechtsstaatlich und ordnungsgemäß zu. Tatsächlich hat das Gericht — fast unbemerkt von der Öffentlichkeit — den Antrag von Angeklagten und Verteidigern auf Einstellung des Verfahrens kurz nach Bekanntgabe der Aufhebung der Haftbefehle lapidar abgelehnt. Währenddessen bereitet die Bundesanwaltschaft schon ihre nächsten Angriffe im Verfahren vor.

So begann am 15.2. vor dem Berliner Landgericht der Prozeß gegen Ali Cetiner, einem der „Kronzeugen“ der Bundesanwaltschaft. Die „Rote Hilfe Westberlin“ berichtet: „A.C. ist der dritte Zeuge der Bundesanwaltschaft im Düs-

seldorfer Kurdenprozeß und — eine Neuheit im bundesdeutschen Rechtssystem — der erste ‚Straftäter‘, der in den Genuß einer offiziellen Strafmildung nach der neuen Kronzeugenregelung in § 129a-Verfahren kommen wird. Laut Presseberichten soll er nach der Zusage der Strafmildung zu seinen Aussagen bereit gewesen sein. Was unter diesen Umständen vom Wahrheitsgehalt seines sogenannten ‚Geständnisses‘ zu halten ist, wurde am 2. Verhandlungstag besonders deutlich: ‚Mein friedlicher, gütlicher Charakter wurde durch die PKK mißbraucht‘. Diese Selbsteinschätzung zieht sich wie ein roter Faden durch die Darstellung Cetiners. Er will im Tatzeitraum Mai/Juni 84 Mitglied des ‚europäischen Zentralkomitees der PKK‘ gewesen sein. Obwohl er schon seit Anfang 84 in Opposition gegen die ‚Gewaltpolitik der PKK‘ gestanden haben will, soll ausgerechnet er von dem ‚Parteifunktionär Sadun‘ mit dem Verhör und der Liquidation eines in Berlin festgehaltenen Provokateurs beauftragt worden sein. Damit beginnt eine lange Reihe von Widersprüchen, die alle, sicher nicht zufällig, dem selben Schema folgen. Cetiner erzählt ausführlich und detailliert über die Strukturen der PKK, belastet ein halbes Dutzend Menschen aufs Schwerste, weiß genau, wer verantwortlich war und wie der ‚Tatbeitrag‘ des einzelnen ausgesehen hat und bekommt dann plötzlich Erinnerungslücken, wenn es um seine Rolle in der Angelegenheit geht...“ (zit. nach „Kurdistan-Rundbrief 5/90“)

Diese Rolle ist dem Angeklagten nicht neu: Bevor er an die BRD ausgeliefert wurde, hatten in Schweden schon der Stockholmer Polizeichef Holmer zeitweiliger Fahndungsleiter im Mordfall Palme, sowie ein gewisser Herr Carlsson versucht, Cetiner als „Beweismittel Nr. 1“ für eine angebliche PKK-Spur im Mordfall Palme aufzubauen. Der Versuch schlug fehl, Holmer wurde als Fahndungsleiter abgesetzt und aus dem Polizeidienst entfernt, und der „private“ PKK-Jäger Carlsson rief Empörung in der schwedischen Presse und disziplinarische Maßnahmen gegen Beamte hervor, die mit ihm zusammengearbeitet hatten.

Das hat die Bundesanwaltschaft nicht davon abgehalten, Cetiner als „Kronzeugen“ für den Düsseldorf-Prozeß anzufordern. Zugleich verstärkt sie ihre Angriffe gegen die Verteidigung. So sind gegen die beiden Anwälte E. Schulz und M. Schubert wegen Veröffentlichung einer Broschüre zum Prozeß Verfahren wegen § 353d (Veröffentlichung von Gerichtsakten vor öffentlicher Verlesung) eingeleitet worden, die Druckerei der Broschüre in Kiel wurde bereits durchsucht. Gegen die Anwältin Lunnebach u.a. hat die BAW Strafverfolgung wegen „Beleidigung“ beantragt.

Von ihrer Absicht, die inhaftierten Kurden irgendwie wegen § 129a zu verurteilen, ist die Bundesanwaltschaft also keinen Millimeter abgerückt. Das so erreichte Urteil böte dann die Handhabe, um gegen alle kurdischen Vereine in der BRD rigoros als „Umfeld“, „Unterstützer“ dieser angeblichen „terroristischen Vereinigung“ vorgehen zu können und unerwünschte Funktionäre der PKK aus der BRD in die Türkei abschieben zu können. Auf diese Möglichkeit hat, passend zu Rebmans Ankündigungen vor ein paar Wochen, nun auch das Bundesverfassungsgericht hingewiesen: Wer des „Terrorismus“ verdächtig ist oder diesen vom Boden der BRD aus in irgendeiner Weise unterstützt, für den gibt es in der BRD kein Asyl.

Die türkische Zeitung „Milliyet“ bestätigte Anfang Februar diese Strategie der Bundesanwaltschaft wie der türkischen Regierung in einem Bericht über eine Konferenz westeuropäischer Innenminister in Schweden Anfang Februar. Dort soll der türkische Innenminister angekündigt haben: „Demnächst werden auch in Europa diejenigen, die die Terroristen unterstützen, zu Terroristen erklärt.“ Zweiter Referent zum Thema „PKK“ soll der bayerische Innenminister Stoiber gewesen sein, der sich darüber ausließ, ob man nicht der PKK Verbindungen zu „Narko-Terroristen“, das heißt zum internationalen Rauschgifthandel, anhängen könne.

Quellenhinweis: Kurdistan-Rundbrief 5/1990: FAZ, 23.2.90; Milliyet, 8.2.90 — (rül)



Karlsruhe: Protestaktion gegen den Kurdenprozeß

DDR: Koloniale Besitzansprüche der BRD

DDR versucht, insbesondere die Ansprüche von Konzernen und Junkern abzuwehren

Seit Wochen berichten die westdeutschen Medien provokativ von „zu Unrecht enteigneten Vermögen“ in der DDR. Die BRD-Verfassung schließt eine sozialistische

Vergesellschaftung von Produktionsstätten, Grund und Boden aus. Die DDR protestiert vor allem gegen die Besitzansprüche westdeutscher Konzerne und Banken.

Gleich in den ersten Nachkriegsjahren wurden der Großgrundbesitz und das Privateigentum an Produktionsmitteln der Konzerne und Banken in der DDR abgeschafft. Enteignete Junker und Kapitalisten flohen in die BRD.

Diese Enteignungen versucht die westdeutsche Bourgeoisie jetzt rückgängig zu machen. Adlige und Junker erheben Ansprüche auf Burgen, Schlösser und Güter, westdeutsche Firmen fordern DDR-Betriebe zurück. Flankiert wird dies durch westdeutsche Unterstützung bei der Gründung privater Verbände in der DDR und durch Joint ventures, um die Reprivatisierung zu beschleunigen. DDR-Selbständige bilden den Bund der Selbständigen der DDR, die Großhandelsunternehmen gründen einen Fachverband. Die Commerzbank will flächendeckend in der DDR präsent sein. Die westdeutschen Banken verlangen die Zulassung von privaten Banken in der DDR. Das Bundeskartellamt berichtet außerdem über geplante Aufkäufe in der DDR: Die Lufthansa will vier Gemeinschaftsunternehmen mit der Interflug gründen

und diese insgesamt aufkaufen. Die Allianz versucht, die Deutsche Lebensversicherung zu übernehmen. Die Deutsche Bank ist an sämtlichen Filialen der Staatsbank interessiert. Daimler Benz will das LKW-Werk in Ludwigsfelde kaufen. Opel spricht bei Wartburg vor. Massive Einsätze, um die DDR-Wirtschaft zu kapitalisieren.

Der Vorsitzende der „Interessengemeinschaft der in der Zone enteigneten Betriebe“ (die Wirtschaftsorganisation des Bundes der Mitteldeutschen), Fiedler, forderte die Zurückgabe der Vermögen oder eine geeignete Entschädigung. Ein Weg wäre die Umbildung volkseigener Kombinate in Aktiengesellschaften. Die Aktien sollen an die neuen Manager, den Staat oder die Belegschaft und an die früheren Eigentümer ausgegeben werden. Landwirtschaftlich genutzte Grundstücke und andere Vermögenswerte seien den Enteigneten zurück zu übertragen, Bankguthaben gutzuschreiben. Das Gesamtdeutsche Institut nennt mindestens 500 000 Bundesdeutsche als angeblich rechtmäßige Besitzer an Grund und Bo-

den in der DDR. Das Grundgesetz, das in Präambel und verschiedenen Artikeln Gesamtdeutsches vorgibt, wird zur verbindlichen Rechtsnorm erklärt.

Die DDR-Regierung wies die imperialistischen BRD-Forderungen auf Gebiete und Territorien der DDR seitens westdeutscher Konzerne, Banken und des alten Landadels zurück, erklärte sich aber zu Verhandlungen über Ansprüche auf Klein- und Handwerksbetriebe bereit. Gleichzeitig entwickeln sich in der DDR großer Unmut und begründete Befürchtungen gegen die neokolonialen Ansprüche. Enteignete Junker und Konzerne sind nicht gerade willkommen. Das Handelsblatt empfiehlt deshalb, die Volkskammerwahlen im März abzuwarten, da die DDR-Volkskammer ganz überwiegend noch aus Mitgliedern der SED-PDS bestehe. Reprivatisierung oder Wiedereinsetzung alter Besitztitel sei nach den Wahlen realistischer.

Quellen: Handelsblatt, 5. bis 26.2.; Neue Presse, 16.2.; „Eigentumsrechte in der DDR“, Hrsg. Gesamtdeutsches Institut, Bonn 1987 — (mal)

Sanktionen gegen RSA fallen

Großbritannien beschließt die Aufhebung der Sanktionen

Nachdem die Konferenz der EG-Außenminister den Antrag Großbritanniens, die von der EG beschlossenen Sanktionen gegen Südafrika aufzuheben, verweigert hat, hat die britische Regierung als erste EG-Regierung alle von Großbritannien verhängten Sanktionen gegen Südafrika aufgehoben. Darunter fallen sowohl das Verbot von Investitionen in Südafrika und die Vergabe von Krediten an staatliche Institutionen des Rassistestaates. Aufgehoben sind auch alle Sanktionen gegen den Goldhandel mit Südafrika, die sowieso nur gegenüber dem Krügerrand bestanden haben und nicht für den im großen Umfang an der Londoner Börse stattfindenden Handel mit Barrengold.

Anscheinend muß man damit rechnen, daß mit der Vergabung des britischen Antrags an die EPZ-Konferenz bald ein Beschluß der EG-Staaten für Aufhebung der Sanktionen folgen wird. Eine Ablehnung des Antrags auf der jetzigen Konferenz hätte das erschwerte und wäre vor allem ein eindeutiges politisches Signal für eine Weiterführung der Sanktionen gegen den nach wie vor rassistischen Siedlerstaat. Die Bundesregierung hat bisher jegliche Stellungnahme zu Sanktionen vermieden. Bekannt ist aber, daß sie neben Großbri-

tannien in der EG zu den heftigsten Gegnern von Sanktionen zählt.

Für westdeutsche Konzerne, die bereits seit längerem in Südafrika tätig waren, war die Umgehung des Investitionsverbots zudem ein Kinderspiel. Ein Beispiel dafür ist der BMW-Konzern. BMW hat seit 1986, seit dem EG-Beschluß über ein Verbot von neuen Investitionen in Südafrika, mehr als 300 Millionen Rand in den Ausbau von Fabriken und den Aufbau neuer Zulieferfabriken investiert. Der Konzern behauptet, dieses Geld stamme ausschließlich aus den in Südafrika erwirtschafteten Gewinnen. Die Absicht sei, so gab der neue Managementdirektor Reinhardt Künstler von BMW Südafrika bekannt, BMW „noch fester im südlichen Afrika zu verwurzeln“. Nun plant der Konzern erneut, 100 Millionen Rand zu investieren und dabei die von der Regierung beschlossenen Steuerbefreiungen für den Aufbau von Unternehmen in ländlichen Gebieten zu nutzen. BMW will, wie schon 1983, weitere Zulieferfabriken am Rande des Homelands bauen, in denen Plastikteile weiterverarbeitet werden sollen.

Quellenhinweis: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 22.2.; Financial Times v. 22.2. AN; Newsbriefing v. 17.12.89 — (uld)

Gesamtmetall plant strategischen Streich

Lohnsenkung, längere Arbeitszeiten, Einschränkung von Gewerkschaftsrechten — gesellschaftlicher Widerstand nötig

Die Metallkapitalisten haben ihre Forderungen zur laufenden Tarifbewegung vorgelegt. Darin beschränken sie sich nicht auf die Abwehr gewerkschaftlicher Ansprüche, sondern starten einen weitgehenden Versuch der Beseitigung geltender Tarifregelungen. Die Hoffnung, im Gefolge guter Konjunktur einige „35“-Brosamen abzukriegen, erweist sich als Illusion. Es geht nicht allein um die Verschlechterung der Lebenssituation hunderttausender Lohnabhängiger. Der Ausgang der Tarifbewegung entscheidet nicht unerheblich über Kräfteverschiebungen zwischen Antifaschismus und Reaktion. — (gka, gow, rog)

„Bereits am 8. Februar legten Späths Hintermänner von Daimler, Bosch & Co ein Tarif-Diktat vor, das die bedingungslose Unterwerfung der arbeitenden Menschen unter die „betrieblichen Belange“ zum Gesetz erheben will“, kommentiert „metall“-Redakteur Otto das „Tarifangebot“ des Verbands der Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden (VMI) (metall 23.2.). Damit hat er recht.

Eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 5% auf 15 Monate Laufzeit bieten die Metallkapitalisten. Berechnet auf zwölf Monate sind das 4%. Ein Ausgleich der Lohnverluste der letzten Jahre, geschweige denn eine besondere Anhebung für die unteren Lohngruppen sollen nicht stattfinden. Allein die gegenwärtige Zinsentwicklung auf dem Kapitalmarkt verteuert die Lebenshaltung für viele Lohnabhängige um ein Vielfaches dieses „Angebots“ (Autokauf auf Kredit, Abbezahlung der Wohnung), und vergrößert die Existenzsorgen. Auf 16 Seiten präsentieren die Metallindustriellen Baden-Württembergs sodann ihre Vorstellung von modernen, flexiblen, deregulierten Arbeitsbeziehungen. Ein Ausschnitt davon:

— In Baden-Württemberg gelten, abgesehen von leitenden Angestellten, die Tarifbestimmungen für alle Angestellten. Ab einer bestimmten, außertariflichen Gehaltshöhe sollen jetzt Angestellte ganz ohne tarifliche Mindestbedingungen für Arbeitszeit u.ä. bleiben.

— Der Kündigungsschutz für über 53-jährige wird verschlechtert. Tariflicher Kündigungsschutz soll bei Änderungskündigungen und Kündigungen wegen Erwerbs- und Berufsunfähigkeit ganz entfallen.

— Eine weitere generelle Arbeitszeitverkürzung wird abgelehnt. „Arbeitgeber und Beschäftigte“ können hingegen eine Arbeitszeit bis zu 40 Stunden vereinbaren. Per Einzelarbeitsvertrag könnte abteilungsweise Stück um Stück die 40-Stunden-Woche wieder eingeführt werden, Mehrarbeit begänne erst ab der 41. Stunde.

— Tariflich unumstößliche Gestaltungsregel für die Arbeitszeit soll der Wille der jeweiligen Geschäftsführung nach optimaler und anforderungsgerechter Nutzung betrieblicher Anlagen, Einrichtungen und der Betriebsorganisation werden. Der Wille der Beschäftigten nach nicht krankmachenden Arbeitszeiten und sozialen Interessen soll tariflich ausgeschlossen werden.

— Der Samstag als Regelarbeitstag soll möglich sein.

— Der Ausgleichszeitraum für ungleichmäßig auf die Wochen verteilte Arbeitszeit soll zwölf Monate betragen. Saisonarbeit mit 60-Stunden-Woche während der Kapazitätsengpässe und Freizeitblöcken bei Flaute soll möglich werden. Per Betriebsvereinbarung soll der Ausgleichszeitraum noch über zwölf Monate hinaus verlängert werden können. Der von Gleitzeitregelungen bekannte Effekt, daß aufsummierte Zeitguthaben verfallen, bekäme eine neue Dimension.

— Sonntagsarbeit wird tariflich nicht ausgeschlossen, je nach Gesetzeslage wäre Sonntagsarbeit möglich.

— Der Acht-Stunden-Tag wird ersetzt durch den Zehn-Stunden-Tag.

— Kollektive Pausen, also wichtige soziale Bezugspunkte für die Belegschaften, sollen zugunsten durchlaufender Maschinen entfallen.

— Die Erholzeiten bei schwerer Arbeit sollen gekürzt werden um „ablaufbedingte Wartezeiten“.

— Die IG Metall soll der Möglichkeit beraubt werden, schlechten betrieblichen Vereinbarungen entgegenzuwirken. Die Tarifvertragsparteien „verpflichten sich daher, überbetriebliche Interessen bezüglich tariflich zulässiger Arbeitszeitgestaltungsmöglichkeiten nicht zum Gegenstand einer Einflußnahme auf die Betriebsparteien zu machen“, heißt es im VMI-Papier. Ein Flugblatt des Vertrauenskörpers etwa

gegen auch vom Betriebsrat beabsichtigte Einführung der Sechs-Tage-Woche wäre damit verboten!

— Der Betriebsrat soll in Zukunft Mehrarbeit lediglich dann verweigern können, wenn dieser „im Einzelfall überwiegend berechtigten Interessen der betroffenen Beschäftigten entgegensteht“. Praktisch also gar nicht.

— Für Dreischichtarbeiter soll die 30minütige bezahlte Pause zur Einnahme einer Mahlzeit entfallen.

Es folgen weitere Passagen.

Der Forderungskatalog Gesamtmetalls ist keine Drohgebärde, er umschreibt reale Zielsetzungen. Bei allgemein gedrücktem Lohnstandard, Verlängerung der Arbeitszeit, Verdichtung der Poren des Arbeitstages und Aufweichung kollektiver, gewerkschaftlicher Schutzwirkung, zielen die Kapitalisten auf eine Vergrößerung der Differenzierung der Belegschaften. Am brutalsten werden die Akkordarbeiter und die in Schicht behandelt: Wegfall der bezahlten Pause in der Nacht, Anrechnung intensiver Überwachungszeiten auf Erholzeiten, 4% mehr — jeglicher Anspruch auf menschliche Bedingungen wird ihnen bestritten. Andererseits sieht Stumpfe Leute in den Betrieben, die vom Vorgesetzten 1000,- DM mehr fordern oder kündigen. Diese gibt es tatsächlich im Bereich der Abteilungen, in denen wissenschaftliche Qualifikation gefordert ist. Betriebsräte berichten, daß es gegenwärtig oftmals unmöglich ist, für Beschäftigte in der Werkstatt 20 Pfennig mehr herauszuholen, bei Einstellungen im höheren Angestelltenbereich 800,- bis 1000,- DM aber kaum eine Rolle spielen.

Stumpfe vergleicht die heutige Situation mit 1984. Damals war erstmalig ein Metall-Tarifvertrag mit weitreichenden Differenzierungsmöglichkeiten

abgeschlossen worden. Ausgehend von den großen Konzernen wurden Marken gesetzt. IBM setzt die Sonntagsarbeit durch, BMW setzt die Sechstage-Woche durch, im Gleitzeit-Tarifvertrag von VW fehlt der Acht-Stunden-Höchstarbeitstag. Sämtliche Automobilkonzerne fahren Sonderschichten samstags. VDO führt Nachtschicht für Arbeiterinnen ein, Opel und VW beginnen jetzt mit Dauernachtschichten, erstmals in der westdeutschen Automobilindustrie. Ford untersucht gegenwärtig Möglichkeiten für 24-Stunden-Schichten, auch am Wochenende. Seit langem unterstützt die bürgerliche Öffentlichkeit die Konzernabsichten. Wirtschaftsminister Haussmann will die Tarifautonomie einschränken, um Lohnstopp und Verhinderung weiterer Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung fordert die Jahresarbeitszeit und weitere Flexibilisierung. Der Jura-Professor Dr. Rüthers verbreitet sich im „Handelsblatt“ (19.1.) darüber, daß eine Verbindung von Tarifforderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit und Mehr-

arbeitsverboten verfassungsgesetzlich wie tarifvertragsgesetzlich unzulässig seien. Gegen das Gewerkschaftslager hat sich eine reaktionäre Phalanx gebildet, die jetzt eine Entscheidung sucht.

Die Durchsetzung der Absichten Gesamtmetalls hätte große Auswirkungen auf die Gesellschaft der Bundesrepublik. Die Gewerkschaften wären nicht imstande gewesen, die weitere Degradierung von Menschen zu Maschinenanhängeln zum Zwecke der Konzernexpansion zu verhindern. Der Entrechtung ausländischer Arbeiter wäre noch schwieriger beizukommen. Faschistischer Anhangbildung für Großdeutschlandpläne wäre mehr Raum verschafft. Die Zurückweisung des Angriffs von Gesamtmetall hingegen würde der Eroberungspolitik der Konzerne Schranken setzen: ein wenig auf der geldlichen Seite, viel auf der politisch-ideologischen Seite gegen den großdeutsch-völkischen Formierungsversuch der Reaktion. Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen ist in den nächsten Wochen für alle antifaschistischen Kräfte wichtig.



Die Kampagne der IG Metall gegen Mehrarbeit läuft gut an. Problem: Teilweise wird Schichtarbeit als angebliche Alternative angeboten und ausgehandelt.

Arbeitszeiten in Metallbetrieben in Hannover

Schicht, Samstagsarbeit, 40-Stunden-Woche, versetzte Zeiten, durchlaufende Maschinen

Unter der Überschrift „Wie lange laufen die Maschinen?“ stellte die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ („HAZ“) vom 23.2.1990 einen europäischen Vergleich über Betriebsnutzungszeiten vor. Demnach liegt die BRD mit 53 Stunden/Woche am Ende und Belgien mit 77 Stunden/Woche an der Spitze der Skala. Die „HAZ“ kommt dann auch zu dem Ergebnis, „Das Zauberwort für die Unternehmen heißt Entkoppelung von Betriebs- und Arbeitszeit, oder übersetzt: mehr Schichtarbeit.“

Ebenfalls am 23.2.1990 meldete die „HAZ“, daß ab 5.3.1990 tausend Beschäftigte des VW-Werkes Wolfsburg in Dauernachtschicht arbeiten sollen — zunächst befristet und alles auf freiwilliger Basis, aber die Tür ist aufgestoßen. Auch die Hanomag AG in Hannover hat ab 1990 Nachtschicht in der Montage eingeführt.

Im folgenden eine ausschnittartige Übersicht von Arbeitszeitregelungen hannoverscher Metallbetriebe.

Bei der Wabco Westinghouse Fahrzeugbremsen GmbH arbeiten ca. 2000 Beschäftigte. Seit 1987 gilt die Arbeitszeitverkürzung nicht mehr für AT-Angestellte. 1080 Beschäftigte arbeiten täglich kürzer, 960 haben festgelegte Freischichten. Für 50 Beschäftigte ist eine längere individuelle tägliche Höchstarbeitszeit als acht Stunden festgelegt. Etwa 100 Arbeiterinnen in der Produktion sind mit sogenannten Flexi-Verträgen zwischen 20 und 37 Stunden/Woche beschäftigt. In einer Abteilung gibt es für rund 40 Beschäftigte an kapitalintensiven Anlagen versetzte Pausen. Für 300 Schichtarbeiter kann seit 1988 in Engpafsituationen der Schichtbeginn auf Sonntag 22 Uhr gelegt werden.

Bei der Krupp Stahlbau GmbH Hannover gibt es seit dem Abschluß der Betriebsvereinbarung 1988 eine Verstetigung von Arbeit zu ungünstigen Zeiten

— Ausweitung von punktueller Schichtarbeit und vermehrte Samstagsarbeit. Die AT-Angestellten fallen dort aus dem Geltungsbereich der Betriebsvereinbarung heraus. 1989 versuchte der Betriebsrat die Mehrarbeit einzuschränken und mittels Betriebsvereinbarung auf maximal zwei Stunden täglich und 40 Stunden im Monat festzulegen. In dieser Zeit konnte vor allem die Samstagsarbeit zurückgedrängt werden. Jetzt haben verschiedene Abteilungsleiter Betriebsvereinbarungsentwürfe vorgelegt. Darin wird unter anderem gefordert: 40–60 Stunden Mehrarbeit im Monat; Samstags Früh- und Spätschicht im gewerblichen Bereich; bis zu sechs Stunden Samstagsarbeit an CAD-Geräten; Ausdehnung der täglichen Höchstarbeitszeit auf über zehn Stunden und Sonntagsarbeit für Baustellenbetreuung.

In dem 400 Beschäftigte starken Maschinenbaubetrieb Paul Troester sind die AT-Angestellten ebenfalls nicht in die Betriebsvereinbarung zur Arbeitszeitverkürzung einbezogen. Auch hier wurde von der Geschäftsleitung in der Vergangenheit auf das Mittel der punktuellen Schichtarbeit in der Fertigung zurückgegriffen.

Im Troester-Standort Hannover sollen laut Geschäftsleitung keine Erweiterungsinvestitionen (Maschinen und Anlagen) vorgenommen werden, weil keine zweischichtige Produktion läuft. Dies sei in Sontra (Nordhessen) der Fall, deshalb wird Sontra in der Zukunft auch Investitionsschwerpunkt.

Etwa 550 Beschäftigte hat der Kommalfahrzeughersteller Schörling in Hannover. Im Rahmen der Verhandlungen um die tarifliche Arbeitszeitverkürzung wurde dort die Möglichkeit der Schichtarbeit von 28 auf 94 Beschäftigte ausgedehnt und Gleitzeit vereinbart. Darüber hinaus will die Geschäftsfüh-

rung in kundennahen Bereichen Sieben-Tage-Bereitschaft einführen.

Bei Gildemeister Max-Müller (450 Beschäftigte) wurde mit der Umsetzung der Betriebsvereinbarung zur Arbeitszeitverkürzung die für Angestellte geltende Gleitzeit auch auf den gewerblichen Bereich ausgedehnt. Das mögliche Gleitzeitplus und -minus wurde von zehn auf 15 Stunden erweitert. Außerdem sicherte sich die Geschäftsleitung die Möglichkeit, aus betriebsbedingten Gründen nach Zustimmung durch den Betriebsrat, Zweischichtbetrieb wochenweise auf andere Betriebsabteilungen auszuweichen. Regelmäßig arbeiten etwa 20 Beschäftigte der mechanischen Fertigung in Zweischicht. Darüber hinaus gibt es in „kundennahen“ Bereichen teilweise versetzte Arbeitszeiten. Die Geschäftsführung unternahm Vorstöße, jederzeitige Einführung von Dreischicht und versetzte Schichten an CAD-Arbeitsplätzen zu vereinbaren. Derzeit soll für die Zentral-EDV rollierende Rufbereitschaft am Samstag und Sonntag eingeführt werden. Aus der Bielefelder Zentrale des Gildemeisterkonzerns sickerte durch, daß über generelle Zweischicht in den Produktionswerken nachgedacht wird.

Auf Initiative der Geschäftsführung wurde bei Wohlenberg (Dreh- und Schneidemaschinenhersteller) vereinbart, daß durch die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung Nutzungs- und Geschäftszeiten nicht eingeschränkt werden. Darüber hinaus sollte für die in Nachtschicht Arbeitenden der Samstag als Regelarbeitstag vereinbart werden.

Im Siemens Hauptbüro Hannover wurden die AT-Angestellten nicht in die Vereinbarung zur Arbeitszeitverkürzung aufgenommen. Die in verschiedenen Bereichen auf über 40 Stunden erweiterte Betriebsnutzungszeit wurde nicht eingeschränkt.

Einfallstore

Gesamtmetalls „Horror Katalog“ verdeutlicht, mit welchen Problemen Forderungslage und Meinungsbildung der IG Metall behaftet sind.

1. Der Angriff richtet sich insbesondere gegen die Arbeiterbereiche mit den untersten Löhnen und besonders belastenden Arbeitszeiten. Genau dort müßte also die Abwehr verstärkt werden. Die Lohnforderungen sehen fast alle eine besondere Anhebung der unteren Lohngruppen vor, das Anliegen selbst wird aber mit wenig Nachdruck vertreten.

2. Die Metallkapitalisten betreiben eine Mobilisierung! Ihre Plakatanzeigenkampagne mit Motiven, die für die Umfunktionierung des gesamten Lebens unter Absehung von Gesundheit, Familie, Kulturanprüchen zum Arbeitsplatz werben, sind nicht ohne Wirkung. Die geplante Expansion in die DDR und nach Osteuropa, die EG-Expansion versprechen Fortsetzung der Konjunktur und vor allem Betätigungssphären für eine ganze Menge Leute aus Technik, Marketing und Personalwirtschaft. Wenn diesen nicht aufgezeigt wird, wie's mit ihnen enden wird bei Einlassung auf Konzernverlockungen oder — falls sie nicht hören wollen — daß Zumutungen an die Arbeiter Strafe nach sich ziehen, besteht die Gefahr der Etablierung einer antigewerkschaftlichen Strömung in den Betrieben, die streikgefährdend wirken wird.

3. Mitten in die Tarifbewegung platzt die Nachricht, daß die VW-Betriebsräte Dauernachtschicht für 900 Beschäftigte vereinbaren. Auch manche Überstundenablehnung geschieht zur Zeit im Tausch gegen Schichtarbeit. In der Kritik der Schichtarbeit zeigt sich die IG Metall am schwächsten. Nach dem Motto „zwischen Montag und Freitag ist alles möglich“ wird mit dem Köder „arbeitsfreier Samstag“ sogar der Haken Schichtmodell geschluckt. Gegen Schicht- und Nachtarbeit muß mindestens eine Kritiklinie aufgebaut werden wie zur Zeit gegen die Überstundenarbeit. Was gegen Überstunden spricht, trifft bei Schicht erst recht zu!

4. Die IG Metall ist ebenfalls anfällig für den Gesamtmetall gewollten Ausgleichszeitraum für unregelmäßig verteilte Arbeitszeit. „Projektarbeitszeiten“ für Entwicklungsabteilungen heißt das Stichwort. Ohne Einschränkung der täglichen Betriebsnutzungszeit, also nicht nachts, und der wöchentlichen, also nicht samstags und sonntags, lassen sich menschengerechte Arbeitszeitregelungen auf Dauer nicht halten.

5. „metall“-Redakteur Otto kritisiert die DDR-Expansion westdeutscher Konzerne scharf: „Was hat das Deutschmark-Diktat gegenüber Modrow mit dem Tarifdiktat gegenüber der IG Metall gemein? Vielleicht dies: Wann immer deutsche Unternehmer aus „nationaler Verantwortung“ in andere Länder eingefallen sind, kamen als erstes die sozialen Rechte daheim unter die Räder.“ (metall, 23.2.1990). Es genügt nicht, bei zwei Stoßrichtungen eines Angriffs nur die eine zu bekämpfen. Der Protest der IG Metall gegen die Aggression bundesdeutscher Politik gegen die DDR ist kaum vernehmbar. Kritik der Konzernansprüche auf Territorium und Menschen eines anderen Staates würden die Tariffront hier stärken.

6. Angeblich seien die Klein- und Mittelbetriebe die Scharfmacher im Unternehmerlager, während die Großkonzerne der IG Metall eher kompromissbereit scheinen. Als ob nicht sämtliche Forderungen des VMI-Papiers bereits in Konzernen umgesetzt sind oder dies versucht wird! Über logistische Abhängigkeiten bestimmen zunehmend die Konzerne die Arbeitsbeziehungen in der Zulieferindustrie. Konzernpolitik zu schonen riecht nach einem Flexi-Kompromiß in den großen Fertigungslinien, der dort Opfer kosten und schließlich den Belegschaften in kleineren Betrieben bitter ankommen würde.

7. Unverkennbar ist, daß mit „35-Stunden“ dem Angriff nicht zu begegnen ist. Der Widerstand muß alle berührten Fragen umfassen: das Nachfragverhalten der Kapitalisten, die ältere Facharbeiter nicht einstellen und jetzt sogar schneller loswerden wollen, das Wahlrecht für ausländische Arbeitnehmer, die überfälligen Regelungen zum Gesundheitsschutz. Die Verdrängung der Arbeitswelt aus der öffentlichen Meinung zu verringern, wäre viel wert.

Internationale Umschau



Für soziale Sicherheit, das Recht auf Arbeit und gegen Massenruin und Massenarbeitslosigkeit demonstrierten am 22. Februar über 20000 Menschen in Berlin (DDR). Die Redner forderten auf der anschließenden Kundgebung Würde statt kolonialen Anschluß. Die DDR gehöre gegenwärtig zu den freiesten Ländern Europas, es sei jetzt nötig, das zu bewahren. Aufgerufen hatten u.a. der Unabhängige Frauenverband, die Vereinigte Linke, die KPD, linke Jugendverbände, die NELKEN und die Grüne Partei. Zwei Tage später versammelten sich am 24. Februar auf einer Veranstaltung der PDS mehrere Zehntausend in Ostberlin. Sie demonstrierten für eine souveräne DDR, gegen Vereinnahmung und Sozialabbau. Traudel Schmidt, stellvertretende Vorsitzende der KPD, trat für die sozialen Rechte der Werktätigen ein. Sie plädierte für die staatliche Eigenständigkeit der DDR. — (mal)

Nicaragua: Sandinisten verlieren Wahlen

Die Präsidentschaftswahlen in Nicaragua endeten mit einem Wahlsieg der Opposition. Das Oppositionsbündnis „UNO“, ein Bündnis von KP über Christdemokraten, Liberale bis hin zu Ex-Contras, das vom imperialistischen Ausland und der katholischen Kirche unterstützt worden war, erreichte nach ersten Hochrechnungen deutlich über 50%, während die Sandinisten nur knapp über 40% der Stimmen erhielten. Über die Ergebnisse dreier linker Listen MUR (Linkes Bündnis aus u.a. ehemaligen Sandinisten), MAP und PRT lagen bei Redaktionsschluß noch keine Angaben vor. Nach ersten Meldungen soll das Oppositionsbündnis auch bei Jugendlichen (ab 16 Jahren wahlberechtigt) hohe Stimmenanteile erreicht haben. — (rül)

Schweden: Lohnstopp vorerst gescheitert

Die Regierung Carlsson ist mit ihrem „Anti-Inflationsprogramm“ im Parlament an der Opposition und den — sonst mit den Sozialdemokraten stimmenden — Kommunisten gescheitert. Die Regierung hatte einen Lohn- und Preisstopp, das Einfrieren von Mieten, Dividenden und Gemeindesteuern sowie ein Streikverbot verhängen wollen. Die Gewerkschaften hatten gegen den Lohnstopp und das Streikverbot heftig protestiert. Nach einer Regierungskrise wurde Carlsson erneut zum Regierungschef gewählt. Er hat ein neues Programm angekündigt. — (rül)

Niederlande: Bauernproteste gegen sinkende Getreidepreise

Etwa die Hälfte der 15000 niederländischen Ackerbauern haben sich nach Angaben eines von den Bauern gebildeten Aktionskomitees in den vergangenen Tagen an Protesten gegen die niedrigen Getreidepreise beteiligt. Die EG-Kommission hatte im Vorjahr die Interventionspreise für Getreide erneut um 3% gesenkt. Nachdem Gespräche mit Regierungschef Lubbers und Agrarminister Braks ergebnislos verlaufen waren und ein der Regierung bis 25.2. gesetztes Ultimatum ohne Ergebnis blieb, blockierten am 26.2. die Bauern alle Grenzübergänge in die BRD und unter anderem den Zugang zu zwei großen Mülldeponien. In Den Haag blockierten sie mit 200 Traktoren die Ministerien für Finanzen, Verkehr und Wasserwege. Für die nächsten Tage haben die Bauern eine Ausdehnung ihrer Proteste angekündigt. Unter anderem soll eine Blockade des Flughafens Schiphol geplant sein sowie die Blockade von Brotfabriken im Norden des Landes. Die Bauern fordern die Anhebung des Getreidepreises auf das Niveau von 1988, einen Zuschlag von 500 Gulden je Hektar und eine Neuregelung der Unterstützungen bei der Aufgabe von Betrieben. Nach Angaben des Aktionskomitees ist der Getreidepreis im letzten Jahr um sechs bis sieben Prozent gefallen, in den letzten sechs Jahren sogar um 35%. — (rül)

Italien: Kapitalisten greifen „Scala mobile“ an

Schon im letzten Jahr hat der Industriellenverband Confindustria die Absicht erklärt, die Scala mobile zu kündigen. den automatischen teilweisen Inflationsausgleich beim Lohn. Schließlich hat Confindustria einer Verlängerung bis 1990 zugestimmt. Um einer Lohnsenkung durch die Kündigung der Scala mobile in diesem Jahr zu begegnen, fordern die drei Gewerkschaftsbünde CGIL, CISL und UIL jetzt deren gesetzliche Verlängerung um mindestens zwei Jahre. Dagegen laufen die Unternehmerverbände Sturm. Sie lehnen die gesetzliche Garantie der Scala mobile ab, nachdem sie Mitte der 80er Jahre selber erfolgreich ihre gesetzliche Einschränkung betrieben haben. Ihr Argument: Die Tarifautonomie von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften dürfe nicht durch eine gesetzliche Maßnahme eingeschränkt werden. Sie fühlen sich heute offenkundig stark, auf dem tariflichen Feld den Gewerkschaften ihre Vorstellungen aufzuzwingen. Unterdessen geht die Debatte in und zwischen den Gewerkschaften über die Tarifforderungen 1990 weiter. Auf betrieblichen Versammlungen wird über die Forderungsplattform der Branchengewerkschaften FIOM-CGIL, FIM-CISL und UILM-UIL (s. Politische Berichte 3/90) beraten und abgestimmt. Dabei finden statt dieser Plattform meistens weitergehende Forderungen die Mehrheit. So z.B. eine „alternative“ Plattform von 300 gewerkschaftlichen Delegierten aus etwa 100 Betrieben, die am 6.2.1990 in Mailand zusammengetreten sind. Diese Plattform, die sich nicht als Gegenorganisation zur „Einheitsplattform“ versteht, sondern als kritischer Beitrag zur gewerkschaftlichen Strategiedebatte, fordert u.a.: Eine weitergehende Arbeitszeitverkürzung auf 35 Wochenstunden, stärkere Lohnerhöhung auch für die Masse der Beschäftigten anstatt Besserstellung der obersten Tarifgruppen, Abwehr weiterer Schichtarbeit, Ablehnung der Nacharbeit von Frauen. Verschiedentlich hat auch ein eigener Antrag der FIOM-CGIL die Mehrheit erhalten, der neben der 37,5-Stunden-Woche und anderen Forderungen der „Einheitsplattform“ eine stärkere Anhebung der unteren Lohngruppen sowie die Ablehnung von Nacht- und Samstagsarbeit verlangt. Quellen: L'Unità 7.2.-23.2.90 — (rok)

Mammutfusion Renault-Volvo

Der französische staatliche Automobilkonzern Renault und der schwedische Volvo-Konzern haben eine weitgehende Zusammenlegung ihrer Automobil- und LKW-Werke beschlossen. Beide Konzerne erwerben gegenseitig Anteile von 45% an ihren LKW-Bereichen und ca. 25% am jeweiligen Gesamtkonzern. Eine Fusion der beiden Konzerne würde zu einem Monopol mit 75 Mrd. DM Umsatz und 250000 Lohnabhängigen führen, d.h. Renault-Volvo zum wahrscheinlich viertgrößten Fahrzeugkonzern weltweit machen, hinter GM, Ford und Toyota und noch vor Daimler-Benz. Das Vorhaben muß noch vom französischen Parlament gebilligt werden. — (rül)



Ein wichtiger Grund für die seit Dezember andauernden, blutigen Auseinandersetzungen in einigen Homelands in Südafrika/Azania, über die in der westdeutschen Presse weitgehend erst seit der Freilassung Nelson Mandelas berichtet wird, ist eine Massenbewegung, die sich gegen die Existenz dieser von der Siedlerregierung geschaffenen Gebilde richtet. In Natal, der Transkei und der Ciskei finden Massenaaktionen statt, in denen Leute die Ausweiskarten verbrennen oder an Polizeiposten zurückgeben, mit denen ihnen die Staatsangehörigkeit in einem der früheren Bantustans attestiert wird. Manche der mit der Siedlerregierung kooperierenden Homeland-Führer, so auch die Inkatha-Bewegung von Buthelezi, versuchen, die Aktionen mit Gewalt zu unterbinden. — (uld)

Türkei: Rechter Terror nimmt zu

Linke Presse befürchtet Steuerung durch Geheimdienst

Der ehemalige CHP-Abgeordnete und neues SHP-Mitglied Professor Muammer Aksoy wurde am 31. Januar vor seinem Haus erschossen. Die Verantwortung für das Attentat hat eine islamische Organisation übernommen.

Professor Aksoy war der Vorsitzende des Türkischen Juristenverbandes. Er galt als ein aktiver Laizist und war bekannt als Gegner fundamentalistisch-reaktionärer Kräfte. Er war auch eines der Mitglieder der Kommission, die die Verfassung von 1960 formuliert hatte.

Das Attentat gegen M. Aksoy und der Bombenanschlag auf das Gebäude der Gewerkschaft Türk-İs am 21. Februar in Ankara — zu dem sich wiederum eine islamische Organisation bekannte — werden unter der oppositionellen Linken als Anzeichen für ein Wiederaufleben der von Geheimdiensten und Militär gesteuerten rechten Terrorgruppen gewertet.

Gründe, diese Gruppen wiederaufleben zu lassen, hat die türkische Bourgeoisie genug. Die Unterdrückung und Ausbeutung der türkischen Werktätigen hat in der letzten Zeit erheblich zugenommen. Die Teuerung für Grundnahrungsmittel steigt, Benzin, Tabak wurden um bis zu 40% verteuert, die Inflationsrate liegt über 70%. Der Befreiungskampf in Kurdistan wird, wie es jetzt aussieht, dieses Jahr erneut erhebliche Fortschritte machen. Das wird

auch von der Regierung erwartet. Der Widerstand der Arbeiterbewegung in der Türkei war schon lange nicht mehr so intensiv wie jetzt. Die Bergarbeiter sind ziemlich aktiv geworden, sie wollen nicht nur höheren Lohn, sondern auch eine gesicherte Arbeitsstelle. Nach dem Unfall in Merzifon-Zonguldak in der Grube Yenicelek, bei dem 68 Bergleute starben, haben die Arbeiter und ihre Angehörigen heftige Auseinandersetzungen mit der Grubenleitung geführt und mehrmals Kundgebungen und Sitzstreiks veranstaltet. Am 24.2. demonstrierten 30000 in Zonguldak gegen die Regierung und forderten den Rücktritt der Regierung, von Staatspräsident Özal und Maßnahmen gegen die hohe Teuerungsrate. Obwohl die Tabakpreise andauernd steigen, bleibt der Abnahmepreis für die Bauern extrem niedrig. Aus Protest dagegen überfielen im Januar Bauern an der Ägäis-Küste Einrichtungen der Tabakhändler und demolierten sie. Straßen und Eisenbahn wurden blockiert und Kundgebungen und Demonstrationen durchgeführt. Ihre Aktionen dauern an. Auch in den Städten vergeht kein Tag ohne Protestaktionen.

Diesen wachsenden Widerstand will die türkische Bourgeoisie nun mit einem Wiederaufleben rechter Terrorgruppen bedrohen und niederhalten. — (dos)

Selbstverbrennungen von Frauen

Besorgniserregende Zunahme im sowjetischen Zentralasien

Seit einigen Jahren berichtet die sowjetische Presse über die wachsende Zahl von Selbstverbrennungen von Frauen in den zentralasiatischen Republiken. Allein in Usbekistan töteten sich 1986/87 270 Frauen auf diese furchtbare Weise.

Die Ursachen sind sicher nicht einfach in Relikten vorsozialistischer Zeiten zu suchen, sondern vor allem in der Arbeitsteilung, wie sie sich in den letzten Jahrzehnten herausbildete, und ihren unterdrückenden Folgen.

Die seit langem stagnierende industrielle Entwicklung im sowjetischen Zentralasien verhindert die allseitige Ausbildung und Betätigung gerade der Landbevölkerung und dabei gerade der Frauen. Hinzu kommt die monokulturelle Ausrichtung auf Baumwolle in Usbekistan oder Tabak in Tadschikistan. In den ländlichen Gebieten dieser beiden Republiken finden die meisten Selbstverbrennungen statt. Die harte Arbeit auf den Baumwoll- und Tabakfeldern verrichten fast ausschließlich Frauen. Unter ihnen sind Erkrankungen der Atemwege, des Magens und Darms, der Haut und der Augen überdurchschnittlich hoch, ebenso die Mütter- und Kindersterblichkeit. Verantwortlich dafür ist neben dem Einsatz

großer Mengen von Pestiziden vor allem die nackte Überarbeit der Landfrauen.

Eine erhebliche Verschärfung ihrer Situation setzte mit dem Familienvertrag ein, mit dem z.B. die monokulturelle Ausrichtung Tadschikistans auf Tabak endgültig durchgesetzt wurde. Vorher waren die Ernteerträge beim Tabak trotz hoher Reinerlöse niedrig, die Menschen mieden die harte Arbeit. Nach Einführung des Familienvertrages hing das Einkommen der Familie ganz von der Tabakernte ab mit der Folge, daß in der Tabaksaison Frauen und auch Kinder zur Arbeit ohne Atempause und ohne Urlaub auf die Felder getrieben wurden.

Der wieder erstarkende Islam liefert die religiöse Rechtfertigung für die Diskriminierung der Frauen. Daß das Brautgeld, das in Usbekistan 1921 verboten worden war und mit dem die jungen Mädchen an den zukünftigen Mann regelrecht verkauft werden, wieder stark zunimmt — oft werden Summen bis zu 10000 Rubeln gezahlt —, bringt die verstärkte Abhängigkeit der Frauen zum Ausdruck.

Quellenhinweis: Osteuropa, 1/89 und 10/89 — (scc)

Studentenproteste in Niger

14 Menschen wurden von den Sicherheitskräften erschossen

Im Laufe eines Protestmarsches von Studenten der Universität Niamey, Republik Niger, sind am Freitag, dem 9. Februar, 14 Menschen von den Sicherheitskräften erschossen und über 40 meist schwer verletzt worden. Ebenfalls soll es in anderen Städten zu Demonstrationen von Schülern und Studenten gekommen sein.

In der Folge besteht genereller Schulstreik. Am 12. Februar ordnete der Präsident Ali Sheibou die Schließung der Gymnasien und der Universität an. Große Teile der Lehrer und Funktionäre unterstützen oder sympathisieren mit den Schülern und Studenten.

Die Hintergründe der Proteste sind vielfältig. Die sozialen Spannungen in den Städten sind groß, weil in den letzten 15 Jahren die Lebenshaltungskosten um 300% gestiegen sind. Nach dem Preisverfall des Urans, eines Hauptexportprodukts der Republik, stieg die Auslandsverschuldung und mit ihr der Einfluß der Weltbank. Diese erzwang u.a. eine Halbierung der Getreidereserve in diesem ständig von Dürre bedrohten Sahelland. Staatliche Preisregulierung für Hirse fand nicht mehr statt. In der Folge sank der Hirsepreis zum Ern-

tezeitpunkt auf 20 DM pro 100 kg, ein Drittel des Weltmarktpreises für den vollmechanisiert hergestellten Weizen.

Medikamente, ärztliche Behandlung und Krankenhaus sind in den letzten zwei Jahren so teuer geworden, daß sie für die Masse der Bevölkerung schlicht unbezahlbar geworden sind.

Internete wurden geschlossen, es gibt nicht ausreichend Schulmittel, zu wenig qualifizierte Lehrer. So mußte eine Lehrerin in Niamey zu Schulbeginn eine Klasse mit 100 Grundschulkindern unterrichten. In Agadez werden am Gymnasium hauptsächlich „Zivildienstleistende“ als Lehrer eingesetzt.

Vor allem gegen die letzteren Maßnahmen richten sich die Proteste der Schüler und Studenten. Die erste Forderung in ihrem Forderungskatalog ist die Abschaffung des Weltbankerzeugnisprogramms III. Außerdem fordern sie die Anerkennung der Schülerunion, Verbesserung der Lernbedingungen, Wiedereröffnung der geschlossenen Internate und erleichterte Übernahme in den Staatsdienst.

Quellen: Le Sahel vom 12./13.2., France International 10.2., BBC 12.2. — (jom)

Im Februar besuchte eine Delegation der US-Organisation „Freedom now! Campaign for Amnesty & Human Rights for Political Prisoners in the USA“ (deutsch: „Freiheit jetzt! Kampagne für Amnesty und Menschenrechte für politische Gefangene in den USA“) die BRD. Zuvor hatte die Delegation in Genf vor dem Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen eine Beschwerde gegen die Unterdrückung der politischen Gefangenen in den USA hinterlegt. „Freedom now!“ ist ein in den USA aus Anlaß des 40. Jahrestags der Verkündung der Menschenrechts-Charta der Vereinten Nationen 1988 gebildetes Bündnis verschiedener Befreiungsbewegungen und anderer Organisationen, das sich zum Ziel gesetzt hat, auf die Lage der mehr als 100 politischen Gefangenen in den USA hinzuweisen und für ihre Freilassung zu kämpfen. Vom 27. bis 29. April findet dazu in New York ein „Internationales Tribunal: Politische Gefangene in den USA“ statt. Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus

tion bereitstellen helfen, die wir brauchen und die auch den verschiedensten Regierungen und Menschenrechtsorganisationen nützlich sein soll und die deshalb so exakt wie möglich sein muß, um auch professionellen Ansprüchen zu genügen. Es soll auch „Freedom now!“ zu einer weithin bekannten Organisation machen.

Wie ich schon sagte: die Unterstützung der Gefangenen ist von großer Bedeutung für die Bewegung. Das ist natürlich wichtig für die Gefangenen selbst, die soviel Unterstützung möchten, wie nur möglich ist. Diese Aufgabe ist auch ein Mittel, um die Leute zu verbinden, zu vereinheitlichen, zu organi-

„Das ist unser Ziel: Freilassung aller politischen Gefangenen!“

Auszüge aus einem Interview mit einer Delegation der US-Organisation „Freedom now!“

mitte zur Verteidigung Puertorikanischer Kriegsgefangener zu einer Demonstration gegen die Situation der puertorikanischen Gefangenen im Gefängnis Marion aufruft, dann würden Leute von „Freedom now!“ das machen. Nicht „Freedom now!“ als Organisation, aber Leute aus „Freedom now!“

In dem speziellen Fall von Mumia Abu-Jamal und der gegen ihn drohenden Todesstrafe (siehe auch den Bericht in Politische Berichte Nr. 22/89, d. Red.) sehen wir das etwas anders, weil dies ein Fall von breiterer Bedeutung ist, der weitgehende Konsequenzen hätte, wenn die Todesstrafe gegen ihn vollstreckt werden könnte. Deshalb organisiert hier „Freedom now!“ direkte Aktivitäten.

Für das geplante Tribunal ist die Unterstützung zunehmend: mehr und mehr Leute und Organisationen erklären ihre Unterstützung dafür und für die Arbeit von „Freedom now!“

Frage: Das bedeutet, Leute und Organisationen aus der „New African“-Bewegung und von den puertorikanischen Organisationen stützen sich auf die Arbeit von „Freedom now!“ und auf die Entwicklung des geplanten Tribunals? Ahmet: Ja, sicher.

„Den politischen Gefangenen ein Recht verschaffen, selber zu schreiben und zu sprechen“

Frage: Auf Eurem Plakat steht der Satz: „Es gibt politische Gefangene in den USA.“ Heißt das, daß die Öffentlichkeit in den USA und die Regierung nicht zugeben, daß es überhaupt politische Gefangene in den USA gibt? Ahmet: O ja, insbesondere die Regierung wird das nicht zugeben. Sie stellen

die politischen Gefangenen als Kriminelle hin. Und man muß sagen: Ihre Propagandamethoden gegen die politischen Gefangenen waren vernichtend. Obwohl wir einzelne Siege in Gerichtsverfahren errungen haben, haben sie die öffentliche Darstellung der Verfahren falschen können. Im Prozeß gegen Mutulu Sahkur beispielsweise gab es über den ganzen Prozeß faktisch keinerlei Presseberichterstattung, weil dies klar ein politischer Prozeß war: Die Leute sprachen über Völkerrecht, die Gefangenen erklärten, warum die Leute ein Recht zum bewaffneten Kampf gegen den Staat, die USA haben, wenn sie für ihre Befreiung kämpfen, die Frage der Kriegsgefangenen wurde angesprochen, die Frage von Counter-Provokationen des Staates und solche Fragen. Nichts davon kam in die Presse. Die Presse berichtete nur über die abschließende Verurteilung. Das ist immer so. Wenn jemand die Zeitung aufschlägt, dann sieht es, wenn überhaupt berichtet wird, stets so aus, als würden wir nur verlieren ... Dagegen wollen wir arbeiten ...

Wir wollen auch den politischen Gefangenen ein Recht verschaffen, selber zu schreiben und zu sprechen, sich selbst an die Öffentlichkeit zu wenden

Natürlich liegt die Verantwortung dafür vor allem bei den Befreiungsbewegungen selber. Sie müssen sich darum kümmern, daß Informationen rauskommen. Wir in der „New Africa“-Unabhängigkeitsbewegung haben das auch erkannt. Unsere Lage ist, ähnlich wie die der puertorikanischen Bewegung, so, daß es große Unterschiede zwischen den politischen Vorstellungen der politischen Gefangenen gibt. Wenn wir zum Beispiel von der „New Africa“-

Bewegung von politischen Gefangenen, von Kriegsgefangenen sprechen, dann von einer klaren politischen Perspektive aus, ausgehend von der Frage der Nation. Denn daher kommen für uns die politischen Gefangenen, aus Kämpfen für nationale Befreiung, bei denen sie als Kriegsgefangene festgenommen wurden. Wir können deshalb öfter Auseinandersetzungen haben mit Leuten, die eine andere politische Perspektive, ein anderes Programm haben.

„Freedom now!“ war in der Lage, solche verschiedenen Richtungen zu vereinen. Nicht die Ideologien sind der Schlüssel. Deshalb konnten wir eine stärkere Beteiligung der politischen Gefangenen an der Auseinandersetzung erreichen. Sie beteiligen sich in vielen Formen, schreiben, sie telefonieren, sie machen Vorschläge. Sie haben gesehen, daß „Freedom now!“ eine sehr gute Sache ist. Ich glaube, und dabei spreche ich zumindest vom Standpunkt der „New Africa“-Unabhängigkeitsbewegung, der schwarzen Befreiungsbewegung, daß uns „Freedom now!“ zu mehr Kraft in unserer eigenen Bewegung verholfen hat, zu einer Konsolidierung um die Frage der politischen Gefangenen zu kommen ... Deshalb glauben wir auch, daß das Tribunal uns weiterhelfen kann ...

Julio Rosado: ... Ein anderes Problem ist für uns die Bewegung oder, wie ihr es nennt, die Linke, ob sie sensibilisiert werden kann für dieses Problem ... Wir glauben, daß es von besonderer Bedeutung ist, diese Art von politischem Kampf gegen den US-Imperialismus zu führen, der das Rückgrat der anderen imperialistischen Zentren ist. Es muß eine Art globales Bewußtsein geschaffen werden nicht nur für die Notwendigkeit, die Kämpfe in den USA zu unterstützen, sondern auch diese Kämpfe zu koordinieren, diese Kämpfe effektiver zu machen. Die Palästinenser beispielsweise haben, bei allen Schwierigkeiten, gezeigt, was internationale Solidarität leisten kann. Wir legen sehr viel mehr Wert auf diese Art der Koordinierung als auf die Arbeit in und gegenüber den Vereinten Nationen ...



Drei Mitglieder der Delegation von „Freedom now!“ am 15.2.90 in Bremen.

einem Interview, das die Bremer „AGIPA-Presse“ (Amerika-Gegen-Informations-Presse) uns zur Verfügung stellte (Übersetzung von der Redaktion). Das vollständige Interview sowie weiteres Material über die „Freedom now!“-Kampagne und die Lage der politischen Gefangenen in den USA sind bei AGIPA-Presse, c/o Jürgen Heiser, Eichenberger Str. 53, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/354029 zu beziehen. — (rül)

Die Ziele von „Freedom now!“

Frage: Zu Beginn eine allgemeine Frage: Worum geht es in der Kampagne „Freedom now!“ („Freiheit jetzt!“) und was sind die Ziele dieser Kampagne?

Julio Rosado: „Freedom now!“ ist ein Zusammenschluß verschiedener Gruppen, die die politischen Gefangenen in den USA unterstützen. Im wesentlichen handelt es sich dabei um politische Gefangene der „New Africa“-Richtung, um Indianer und Puertoricaner. Einige von ihnen sind seit 20 Jahren in Haft, andere seit sechs Jahren. Alle sind zu langen Strafen verurteilt, einige zu Strafen von 35 Jahren, andere zu 135 Jahren. Unser Zusammenschluß ist aus den Erfahrungen des Kampfes gegen Lexington (eine Isolationshaftanstalt für weibliche politische Gefangene in Kentucky, Anm. d. Red.) entstanden, aus der Tatsache, daß das koordinierte Vorgehen verschiedener Sektoren einen wirksamen öffentlichen und internationalen Druck mobilisieren konnte, um die Schließung der Sonderanstalt in Lexington zu erzwingen. Wir wollten diese Erfahrung umsetzen für eine noch schwierigere, aber mögliche Kampagne für die Freilassung aller politischen Gefangenen. Das ist unser Ziel: Freilassung aller politischen Gefangenen.

Auf dem Weg dahin wollen wir die Kritik am US-Gefängnisystem entwickeln. Wir glauben, daß es grundlegend gegen die Mindestbedingungen der Genfer Menschenrechtskonvention verstößt, insbesondere was die Behandlung von Gefangenen betrifft. Dies soll uns auch in die Lage bringen, der Desinformations-Politik der US-Regierung in der internationalen Gemeinschaft entgegenzutreten. Dies soll einer der Hebel sein, um die Freilassung der politischen Gefangenen zu erreichen.

Unser Grundsatz ist: Wenn man die politischen Gefangenen nicht unterstützt, dann gibt es keinen Anreiz für die Leute, um zu kämpfen, und dann gibt es keinen Weg, um die Moral derer aufrechtzuerhalten, die radikal kämpfen. Deshalb wurde „Freedom now!“ gebildet.

Das Tribunal, über das wir sprachen, soll nicht nur die objektive Dokumenta-

sieren. Jeder Kampf, jede Bewegung hat politische Gefangene. Die Sache der politischen Gefangenen wird auch von jedem Publikum weltweit verstanden, weil es dabei auch an seine eigenen politischen Gefangenen denken kann. „Freedom now!“ repräsentiert deshalb ein Mittel für verschiedene politische Organisationen in den USA, die gelegentlich zusammengearbeitet haben, aber in der Regel ihre Ziele selbständig verfolgen, um sich um eine Frage, die für uns alle wichtig ist, zusammenzuschließen.

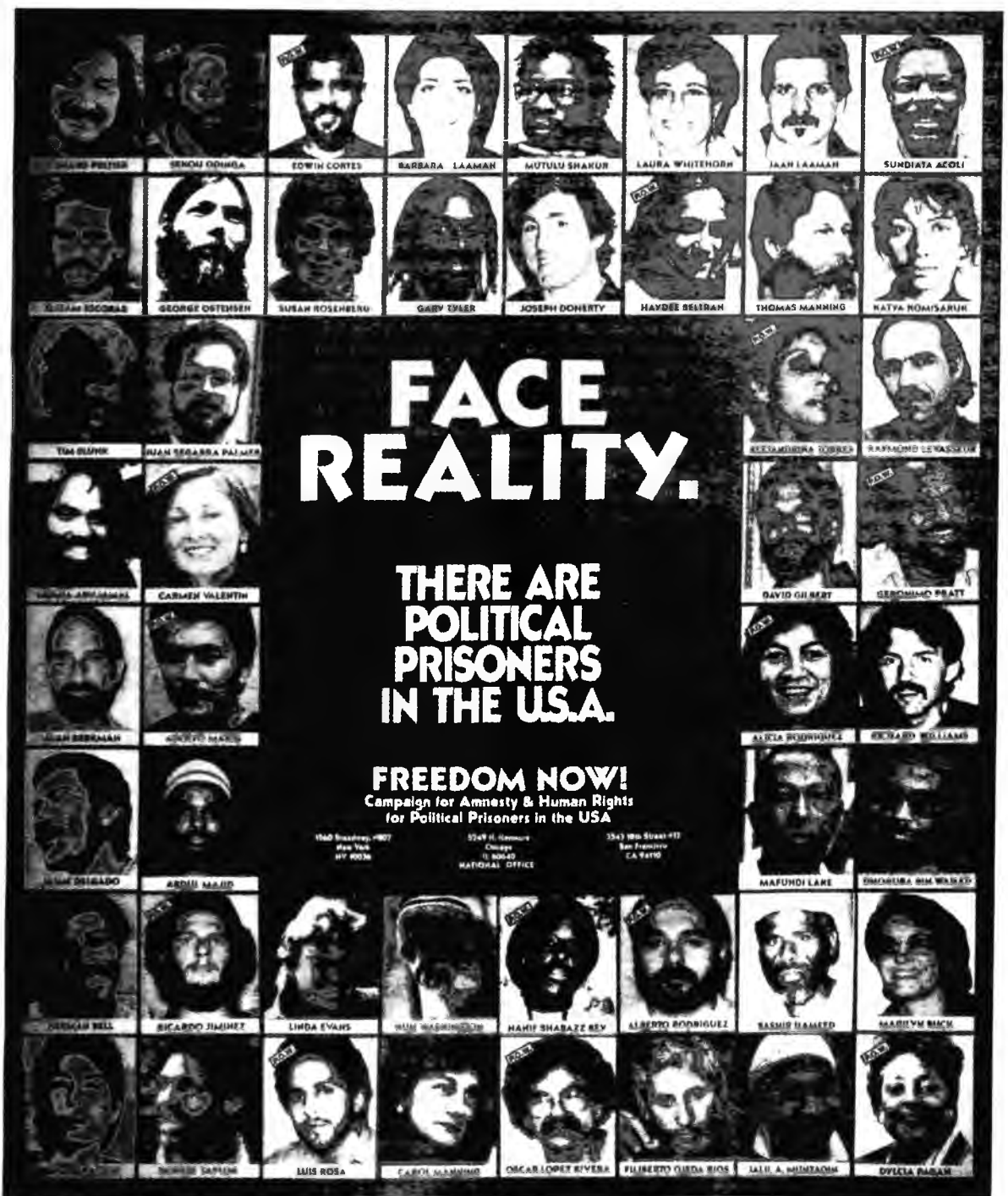
Die Träger der „Freedom now!“-Kampagne

Frage: Welche Organisationen haben „Freedom now!“ gebildet?

Ahmet: Laßt mich vielleicht vorher noch etwas weiter zurückgehen. Julio sagte schon, daß „Freedom now!“ aus dem Erfolg der Kampagne gegen Lexington entstand. Was uns bei der Aufgabe und der Möglichkeit, eine solche Einheit zu bilden, noch mehr bestärkte, waren eine Reihe von Erfolgen, die es vor dieser Lexington-Kampagne gab. Wir hatten z.B. größere Demonstrationen 1986 in, ich glaube, fünf verschiedenen Städten. Es half Gefangenen wie Sekou Odinga und anderen, eine Gemeinschaft zu bilden. Wir wissen, daß die Demonstrationen durchführten — in Marion (Illinois), Lexington (Kentucky), St. Quentin (Kalifornien), MCC in New York und in Tusan (Arizona), stark beeindruckt waren. Wir erkannten so, welche Wirkungen ein kollektives Vorgehen haben kann.

Jetzt zu den Gruppen, die die Kampagne tragen: das sind Gruppen, die Arbeit im Bereich „nordamerikanischer Antimperialismus“ machen, d.h. Gruppen — ich weiß nicht, wie man sie nennen soll — Leute, die früher in kommunistischen Gruppen waren, in Komitees gegen Repression, Anti-Ku-Klux-Klan-Gruppen, die Puerto-Rico-Unabhängigkeitsbewegung, das Nationale Komitee für die Freilassung puertorikanischer Kriegsgefangener ... Beteiligt sind weiter eine Reihe von Leuten aus Kirchen und Leute, die in keiner Organisation sind, aus Rechtsanwältervereinigungen, die Nationale Konferenz zur Unterstützung schwarzer Gefangener, das Zentrum für Verfassungsrechte, und dann natürlich Individuen ...

Innerhalb von „Freedom now!“ haben wir z.B. eine Art Notfall-Netz gebildet. Zum Beispiel haben uns Mitglieder bevollmächtigt, in ihrem Namen bis zu drei Telegramme abzuschicken. Wenn nun beispielsweise ein Gefangener irgendwo isoliert wird, dann können wir diesen sofort eine Vielzahl von Briefen und Telegrammen schicken. Wenn zum Beispiel das Nationale Ko-



Plakat der „Freedom now!“-Kampagne mit Bildern von politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen in den USA

Kapital und Arbeit im Streit um EDV-Systeme

Jungheinrich-Betriebsräte gegen konzernweite Informatik-Strategie

Hamburg/Norderstedt. Jungheinrich, Marktführer bei der Herstellung elektrisch getriebener Gabelstapler, läßt allenthalben in der Öffentlichkeit verlauten, er sei „für die neuen Herausforderungen“ des europäischen Marktes bereit: Bis 1992 soll ein konzernweiter Computerverbund

durch die EDV-Software-Herstellerfirma „SAP“ installiert werden, in dem Vertrieb und Fertigung unmittelbar miteinander verbunden sind. „Ein telefonischer Kundenauftrag löst dann automatisch die Produktion aus!“ — so stellen die Konzernchefs sich das wenigstens vor ...

Seit über zehn Jahren gilt in den Werkhallen, Verwaltungen und Büros: Wenn technologische Neuerungen der Arbeitsabläufe eingeführt werden, dann hat das mit EDV bzw. der Installation von Computern zu tun. Riesige Informationsmengen, deren allgemeine Verknüpfbarkeit, der schnelle Zugriff auf diese Daten und zu guter Letzt sind in den meisten Fällen immer mit dabei: Ein auf die Kolleginnen und Kollegen beziehbares persönliches Datum, eine Personenkennziffer oder ganz einfach die Uhrzeit, wer wann was getan hat. So tritt EDV den Belegschaften gegenüber. „Arbeits erleichterung“ ist nur noch die beschönigende deutsche Übersetzung von Rationalisierung im Munde derer, die im Auftrag der Konzernleitung die neuen EDV-Lösungen den Kolleginnen und Kollegen „verkaufen“ sollen.

Das BetrVG hilft den Betriebsräten wenig

Betriebsräte, die bewußt mit ansehen, wie ein Arbeitsplatz nach dem anderen umgewälzt wird und im Durchschnitt die Arbeit für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen intensiver und stres-

Interessen der gesamten Belegschaft orientierte Taktik zu entwickeln, um den größten Gefahren wenigstens etwas entgegenzusetzen. Diese Lage erzwingt, daß dabei verschiedentlich sehr „um die Ecke herum gedacht“ werden muß. Denn der Denk- und Regelungsansatz des BetrVG ist nicht Schutz vor noch mehr Verausgabung der Arbeitskraft oder Verbesserung von Lohn und Gehalt, sondern der „Persönlichkeitschutz“ der einzelnen Kollegin und des Kollegen — was auch immer das sein mag. Im § 87 I 6 BetrVG heißt es: Der Betriebsrat bestimmt mit bei der „Einführung und Anwendung von technischen Einrichtungen, die dazu bestimmt sind, das Verhalten oder die Leistung der Arbeitnehmer zu überwachen.“ In der arbeitnehmerfreundlichen Kommentierung des „Fitting“ steht dazu, daß unzulässige Eingriffe in den Persönlichkeitsbereich der Arbeitnehmer verhindert werden bzw. auf das „durch die betrieblichen Notwendigkeiten unbedingt erforderliche Maß beschränkt“ werden sollen.

Jeder und jede, die im Arbeitsleben jemals gestanden hat, kennt die Erfahrung, daß die persönliche oder kollekti-

scher Datenverknüpfungen über die Kolleginnen und Kollegen vorzugehen. Jede Geschäftsführung, natürlich die von Jungheinrich auch, wird in Verhandlungen, im Arbeitsgerichtsverfahren oder wo sonst solche Argumente vorgetragen werden, die Hände abwehrend erheben und schwören, daß es doch überhaupt nicht der Sinn und Zweck der EDV sei, Leute zu entlassen: Betriebswirtschaftlich besser wollten sie arbeiten und konkurrenzfähig bleiben, mehr nicht ... Und sähen sie sich leider tatsächlich irgendwann gezwungen, Entlassungen vorzunehmen, ja, also, dazu bräuchten sie keine EDV. In einem offenen Brief schreibt kein geringerer als der SAP-Chef K. Tschira am 20.12.88 dazu reichlich enthemmt: „... die von vielen befürchtete ‚umfassende Überwachung‘ von Mitarbeitern war und ist niemals ein Ziel, auch nicht Nebenergebnis unserer Produkte. Die oft beschworene Gefahr der Konstruktion einer lückenlosen Überwachung aller Mitarbeiter (Stichworte 1984, ...) halte ich übrigens für gegenstandslos, mit Sicherheit für den Bereich der Wirtschaft-Unternehmen, da der ständig dafür erforderliche, ungeheure Aufwand in keinem angemessenen Verhältnis zu einem eventuellen Nutzen steht. Es gibt Anhaltspunkte, daß der Aufwand selbst für totalitäre Regime zu groß ist; kürzlich konnte man lesen, daß unter Stalin die Delinquenten aus Ersparnis-Gründen willkürlich ausgeguckt wurden ...“

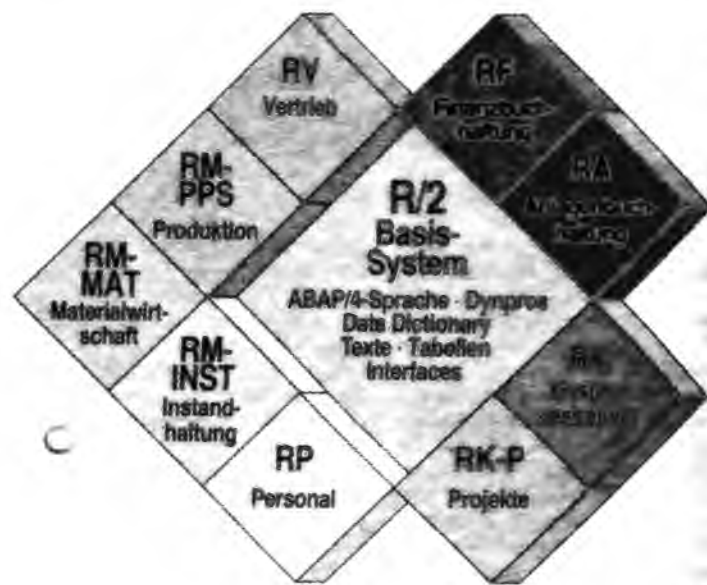
Also muß der Betriebsrat die von den technischen Überwachungseinrichtungen ausgehenden Gefahren für die „Persönlichkeitssphäre der Arbeitnehmer“ vortragen und sich bei den Auseinandersetzungen mit den Kapitalisten auch auf juristische Krücken wie das vom Bundesverfassungsgericht in seinem „Volkszählungsurteil“ vom 15.12.1983 entwickelte Grundrecht der „informationellen Selbstbestimmung“ berufen. Die Kapitalisten erkennen diese Schwäche der betriebsrätlichen Argumentation natürlich genauso. Die Jungheinrich-Geschäftsführung drückt das z. Zt. in den Verhandlungen so aus: Der Betriebsrat wolle mit Hilfe des Trojanischen Pferdes der Regelung personenbezogener Daten in EDV-Systemen sein Mitbestimmungsrecht ausdehnen und Dinge regeln, die ihn rechtlich nichts angehen, nämlich Arbeitsverdichtung, Verlust des Gehaltsniveaus und Garantie von Arbeitsplätzen.

Die Einführung des „SAP“-Systems

Trotz dieser betriebsverfassungsrechtlichen Situation hatte der Betriebsrat von Jungheinrich Gabelstapler in Hamburg im Sommer 1989 einen Betriebsvereinbarungs-Entwurf von „Regelungsgrundsätzen des Umgangs mit EDV bei Jungheinrich“ erarbeitet und der Geschäftsführung vorgelegt. Gedacht waren diese Grundsätze vom BR für eine Rahmenbetriebsvereinbarung. Sie sollten quasi einen innerbetrieblichen Konsens formulieren, wie die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates Gestalt anzunehmen haben, so daß sie nicht jedesmal, auf ein einzelnes Computer-System bezogen, neu zu verhandeln wären. Der Gedanke einer solchen Rahmen-Betriebsvereinbarung ist um so naheliegender, als Jungheinrich im gleichen Jahr mit einer konzernweiten Informatik-Strategie antrat und sich daran machte mit „SAP“ ein umfassendes und alle Bereiche integrierendes EDV-System einzuführen.

Das von der EDV-Firma „SAP“ produzierte und angebotene System ist ein in Bausteinen aufgebautes Echt-Zeit-System (Modulares Real Time-System), das die gesamten Funktionen und Bereiche innerhalb eines Konzerns abzudecken vermag:

SAP umfaßt Bausteine für die Bereiche Finanz- und Anlagenbuchhaltung, Kosten- und Projektabrechnung, Materialwirtschaft, Produktionspla-



Die schematische Darstellung des „SAP“-Systems veranschaulicht die EDV-mäßige Integration sämtlicher Funktionen im Konzern.

nung und -steuerung, Instandhaltungsplanung und -abwicklung, Kundenauftragsabwicklung mit Versand und Fakturierung sowie Personaladministration und -abrechnung.

Alle Bausteine sind auf einer einheitlichen EDV-technischen Basis (Datenbank-, Dialogsystem) verwirklicht. Die herausragende, aber für die Belegschaften besonders problematische Eigenschaft der SAP-Systeme ist die volle Integration aller Anwendungen untereinander. Ohne den Umweg über störanfällige und zeitverschiebende Schnittstellen und Übergänge in andere Systeme ist der direkte Datenfluß gesichert. Damit wird zwar die Aktualität der Informationen gesichert. Vorbei ist damit aber die Zeit, in der es jeweils für die einzelnen betrieblichen Aufgaben eigene, getrennte EDV-Programme gab, die ein Betriebsrat halbwegs noch überblicken konnte.

Real-Time, Echtzeit bedeutet auch, daß SAP die standardisierbaren Aktivitäten, die innerhalb z.B. der Auftragsabwicklung anfallen, ohne zusätzliche Eingriffe von Kolleginnen und Kollegen automatisch durchführt: Sofern der betreffende Artikel eingekauft werden muß, werden Meldungen an den Einkauf gemacht. Beim Auftragseingang nimmt das System bereits eine Reservierung der für die Produktion der Gabelstapler benötigten Teile vor. Im Falle der Eigenfertigung wird die Anforderung an das PPS-System (Produktionsplanungs- und Steuerungssystem) weitergeleitet.

Alle Teilfunktionen des SAP-Systems besitzen auch Auskunftsfunktionen, die z.B. Verfügbarkeit und Auftragsbestände melden können.

Die Verbuchung von Mengen und Werten erfolgt bei jedem Vorgang direkt (Realtime). Alle, die mit dem System verbunden sind, arbeiten mit gleich aktuellen Informationen: Im Prinzip soll mit diesem System, wenn es nach seiner Einführung den gesamten Konzern durchdrungen hat, möglich sein, auf den berühmten Knopfdruck hin z.B. eine totale Inventur über alles oder auch z.B. eine Rohbilanz zu erstellen und abzurufen. SAP preist sein System den Kapitalisten daher damit an, daß das System als Instrument der Unternehmenssteuerung, als Management-Informationssystem, effizient genutzt werden kann.

Vorbei ist mit der Einführung von SAP aber auch die bisherige Möglichkeit, als Betriebsrat mit der Geschäftsführung Programm nach Programm in Verhandlungen abzuhandeln: Da Jungheinrich das gesamte von SAP angebotene EDV-Paket einführen will, stehen damit praktisch konzernweit alle Arbeitsvorgänge zur Disposition. Und alles muß verhandelt werden.

Ein Konflikt als Testlauf

Zur Zeit ist der Jungheinrich-Gabelstapler-Betriebsrat mit der Geschäftsführung in der Einigungsstellenverhandlung. Beide Seiten betrachten dies als eine Art Testlauf für den anstehenden großen Konflikt.

Diese Einigungsstelle tritt zusammen, weil die innerbetrieblichen Ver-

handlungen gescheitert sind, die anstehenden Fragen aber geklärt und geregelt werden müssen. Unter der Leitung des „Unparteiischen Vorsitzenden“ (diesmal der Vizepräsident des Landesarbeitsgerichtes Hamburg) wird noch einmal ausgiebig verhandelt und „gehandelt“ — oder aber es muß zum „Spruch“ kommen, dem sich beide Seiten zu beugen haben.

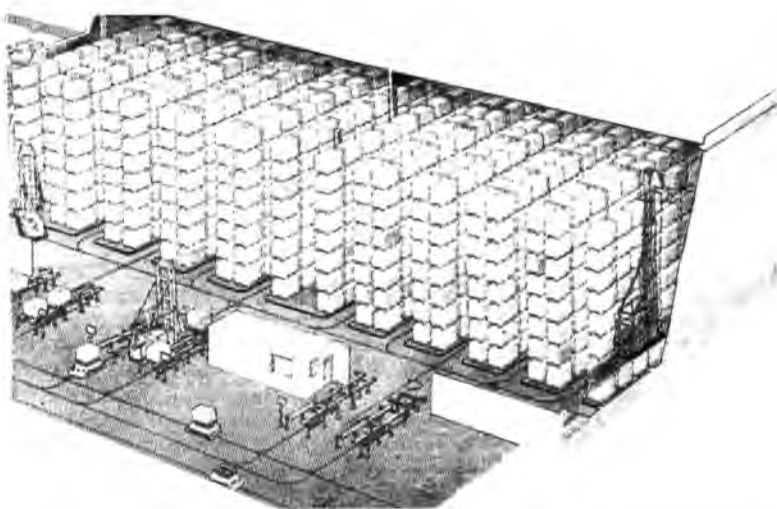
Thema der Jungheinrich-Einigungsstelle ist das EDV-System „Kundeninformationssystem KIS“. Wieder tritt der Betriebsrat mit Regelungsgrundsätzen an wie: „... möglichst großer Handlungsspielraum und Verantwortung am einzelnen Arbeitsplatz ... Kein Arbeitnehmer der JG wird entlassen und kein Arbeitsplatz bei der JG und ihren Niederlassungen abgebaut ... ‚KIS‘ dient nicht der Verhaltens- und Leistungskontrolle ... Alle persönlichen Maßnahmen aufgrund von Auswertungen mit ‚KIS‘ sind nichtig ...“

Das bisherige Resultat der Verhandlungen ist, daß die Geschäftsführung darauf besteht, die Regelungsgrundsätze, vor allem z.B. den, daß keine reinen Schreib- und Dateneingabeplätze eingerichtet werden dürfen, umzuformulieren sind in „Ziele über den Umgang mit ‚KIS‘, je nach den betrieblichen Möglichkeiten“.

Der Betriebsrat ist zu der Auffassung gekommen, daß allgemeine, nicht einklagbare „Ziele“ über die Arbeitsgestaltung und dergleichen weder die Handlungsspielräume der Betriebsräte noch die der Kollegen, die an dem System arbeiten, verbessern.

Und so begann über das im Vergleich zu SAP winzige EDV-System KIS das bis heute sich über sechs volle Tage hinziehende Feilschen um einzelne personenbezogene Daten und ihre Auswertungen.

Aber auch in der paritätisch besetzten Einigungsstelle saße der Betriebsrat, wenn er sich alleine auf das Betriebsverfassungsgesetz verließ, arg in der Klemme: Seine Stärke besteht darin, daß der Kapitalist auf die Zustimmung des Betriebsrates zur Einführung des EDV-Systems angewiesen ist. Freiwillig sitzt die Geschäftsführung von Jungheinrich keine Minute am Verhandlungstisch. Aber der Anspruch des Betriebsrates auf Mitbestimmung besagt laut höchstrichterlicher Rechtsprechung noch lange nicht, daß er Verhaltens- und Leistungskontrolle der Kolleginnen und Kollegen generell ablehnen darf. Dem Kapitalisten ist das Recht, kontrollieren zu dürfen, ja zu müssen, unbestritten. So ist auch in der Einigungsstelle am Ende die Frage, wo endet die „Verhältnismäßigkeit“, wo beginnt das „Übermaß“ des Eingriffs in das „Persönlichkeitsrecht des Arbeitnehmers“, damit beantwortet. wieweit die Belegschaft dem Kapitalisten geschlossen entgegentritt. Denn so modern diese EDC-Technologie auch sein mag, so wahr ist doch diese alte Weisheit der Arbeiterbewegung seit den Zeiten der Dampfmaschinen und Treibriemen geblieben: Die Arbeit an den Maschinen verrichten die Kolleginnen und Kollegen — und auf sie ist der Kapitalist angewiesen! — (hel)



EDV-gesteuerte fahrerlose Transportsysteme und unbemannte Hochregalstapler gehören bei Jungheinrich zur „Produktion auf Anruf“.

siger wird, weil zwangsläufig organisatorische und zeitliche Nischen und Lücken im Arbeitsablauf wegfallen, fragen sich dann nach ihren politischen und betriebsverfassungsrechtlichen Handlungsmöglichkeiten. Sie schlagen ihr Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) auf und haben sich mit der Tatsache auseinanderzusetzen, daß Betriebsräte zwar relativ viel Rechte haben, um vom Kapitalisten zu erzwingen, über die Einführung neuer Technologie informiert zu werden. Wenn diese Betriebsräte aber drohende Rationalisierungseffekte, die auf Kosten der Belegschaft gehen, abwenden wollen, hilft ihnen das Betriebsverfassungsgesetz erstmal überhaupt nicht mehr weiter. Mit Forderungen wie „Keiner darf betriebsbedingt entlassen werden ...“ oder „Durch Anwendung der neuen Technologie muß gewährleistet sein, daß die Intensität der Arbeit an den betroffenen Arbeitsplätzen gesenkt wird ...“ verlassen sie die Grundlage des BetrVG und greifen nach der „verbotenen Frucht“ der wirtschaftlichen Mitbestimmung. Sie laufen damit in arbeitsrechtlichen Verfahren an die Wand. Für den Kapitalisten und sein im § 2 BetrVG festgeschriebenes Betriebswohl ist Rationalisierung, verschärfte Ausbeutung, mehr produzieren mit weniger Leuten, der gewünschte Effekt seiner Beschaffungspolitik der neuen Technologien: Einen Paragraphen gegen Ausbeutung gibt es nicht im BetrVG: Wo würden wir denn auch sonst allesamt hinkommen?!

Selbstverständlich können Betriebsräte dennoch einiges bewirken. Dabei zwingt sie aber die rechtliche Situation oftmals einen sehr indirekten Weg zu gehen, der es ihnen häufig genug schwer macht, eine geradlinige, an den

ve Auseinandersetzung darum, was denn durch die „betrieblichen Notwendigkeiten unbedingt erforderlich“ sei (und wenn es nur darum geht, wohin ein Regal geschoben werden soll), nichts anderes widerspiegelt, als die augenblicklichen Machtverhältnisse einer Belegschaft zu „ihrem“ Kapitalisten.

Die Regelung personenbezogener Daten

So wie die Dinge nun mal liegen, müssen Betriebsräte, wenn sie nicht lockerlassen wollen, diesen sauren, oftmals auch absurden Weg über die Regelung personenbezogener Mitarbeiter-Daten in EDV-Systemen beschreiten d.h. auf dieser Rechtsgrundlage mit den Kapitalisten Scharmützel auf Nebenkriegsschauplätzen anzetteln und Druck aufbauen, um in den Verhandlungen an Regelungsinhalte heranzukommen, die die Kolleginnen und Kollegen vor dem Machtzuwachs in den Händen der Kapitalisten durch die vermehrte Einführung von EDV schützen. Jede Arbeiterin, jeder Angestellte (und damit auch jeder Betriebsrat) ist sich — zumindest im Prinzip — darüber im Klaren, daß im kapitalistischen Betrieb jemand, der oder die häufig zu spät kommt, überdurchschnittliche Fehlzeiten hat, irgendwelche Fehlerquoten bei der Arbeit sich hat nachweisen lassen müssen, früher oder später „fällig“ ist, rausgeworfen zu werden: Dies ist aber betriebsverfassungsrechtlich, also z.B. vor dem Arbeitsgericht oder in der Einigungsstelle, wo über ein neues EDV-System verhandelt wird, „keine reale Gefahr“ und somit für den Betriebsrat ein juristisch unzulässiges Argument, gegen eine EDV-mäßige Erfassung und Verarbeitung solcher unterdrückeri-

Deserteurs-Mahnmal

Diskussion zeigt bis in die Reihen der Konservativen Wirkung

Waldkirch. Nachdem die Waldkircher CDU und die Freien Wähler (FWV) monatelang versucht hatten, eine öffentliche Diskussion über die fünf im April 1945 in Waldkirch erschossenen Deserteure zu unterdrücken, bildete sich im Herbst für die Kunst-Ausstellung: „Die Kirschen der Freiheit“ ein Trägerkreis aus dem DGB-Ortskartell, dem SPD-Ortsverein, der DOL, dem Elzäler Bildungsverein, der Politik und Kulturgruppe Waldkirch, der VVN und der Initiativegruppe zur Ehrung der Waldkircher Deserteure. Im Aufruf zur Ausstellung schreibt dieser Trägerkreis: „Wir möchten mit dieser Aus-

mutige Inkaufnahme eines hohen persönlichen Risikos, als „Sand im Getriebe des Unrechtsstaates“. Angesichts der vielen Kriegerdenkmäler sei es durchaus angebracht, „an die Deserteure auch öffentlich zu erinnern“, was die Befürworter eines antifaschistischen Mahnmals für die Waldkircher Deserteure besonders freute!

Auf drei weiteren Veranstaltungen ging es um die Remilitarisierung der BRD; Künstler zeigten einen Dia-Vortrag zur Kontinuität faschistischer Ästhetik; im evangelischen Gemeindehaus wurde über das Schicksal von Hermann Stöhr berichtet, dem einzigen bekannt-

KUNST AUSSTELLUNG „Die Kirschen der Freiheit“



Georg Scholz Haus Waldkirch

DESETEURE
DESETEURE
DESETEURE
DESETEURE

24.1.-10.2. 1990

ÖFFNUNGSZEITEN

Dienstag

9⁰⁰ - 12⁰⁰

Samstag, Sonntag

14⁰⁰ - 17⁰⁰

Montag, Mittwoch,

Donnerstag, Freitag

16⁰⁰ - 19⁰⁰

stellung und dem Veranstaltungsrahmenprogramm erreichen, daß die Diskussion um eine positive Würdigung und Rehabilitation der Deserteure des Zweiten Weltkriegs — und damit auch der hier in Waldkirch Erschossenen — nicht länger tabuisiert werden kann.“

Rückblickend kann man sagen, daß dies gelungen ist. Der DGB hatte Werner Pfennig, den Landesbezirksvorsitzenden der IG Medien, eingeladen zum Thema: „Aus der Geschichte lernen — Nie wieder Faschismus!“ In seinem Referat führte Pfennig u.a. aus: „Hitler war kein Betriebsunfall der Geschichte. Hinter ihm standen Industrielle und Bankiers: Von Thyssen bis Krupp, von Haniel bis Siemens...“ Eine Stunde Null habe es nie gegeben, von Anfang an war die BRD ein Staat, in dem Aufarbeitung des Faschismus nicht stattgefunden habe, das sehe man auch an der Diskussion um die Deserteure.

An der Veranstaltung des SPD-Ortsvereins mit Manfred Messerschmidt, dem ehemaligen Leiter des militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg, nahmen ca. 130 Leute teil. Messerschmidt verteidigte die Desertion als

gewordenen evangelischen Kriegsdienstverweigerer, der 1940 hingerichtet worden ist. Dabei wurde mit Kritik an der Rolle der evangelischen Kirche im Faschismus nicht gespart.

Daß im Rahmen dieser Ausstellung ein erster Entwurf für ein Waldkircher Mahnmal präsentiert wurde, daß die Presseberichterstattung überwiegend positiv war und für über 750 DM Literatur zum Thema verkauft werden konnte, daß also die öffentliche Diskussion Fortschritte gemacht hat, kann man auch an folgendem Vorgang nach Abschluß der Ausstellung ablesen: die bisherige Vorsitzende der FWV erklärte auf der Jahresmitgliederversammlung der Freien Wähler Waldkirch, daß sie für weitere Vorstandstätigkeit nicht mehr zur Verfügung stehe: „Was im Namen der FWV... zum Thema Deserteure nach außen vertreten wurde und wie es vorgetragen wurde, will ich nicht länger mitvertreten müssen.“ Die SPD plant ihre nächste Mitgliederversammlung zum Thema „Deserteure“, so daß die Chancen nicht schlecht stehen, um die Durchsetzung eines antifaschistischen Mahnmals zu kämpfen. — (mab)

Großer Polizeieinsatz für NPD-Demonstration

Frankfurt. Etwa 2000 Antifaschisten, fast zur Hälfte Schüler, demonstrierten am 17. Februar gegen eine NPD-Demonstration „für Volksabstimmung für Wiedervereinigung“. Nachdem Oberbürgermeister Hauff die Demonstration verboten hatte, wurde sie vom Frankfurter Verwaltungsgericht genehmigt. Die Genehmigung bereits in 1. Instanz ist neu und hängt sicher mit der Legalisierung der NPD durch ihren Einzug ins Stadtparlament zusammen. Entsprechend stark war das Polizeiaufgebot für die ca. 50-80 Faschisten, — die jedenfalls ihre öffentlichkeitswirksame Route nicht beibehalten konnten —, gegen die spontane Protestdemonstration, die sich jedoch nicht auseinanderreiben ließ und mit einer Abschlussskundung im Stadtzentrum endete. Hoch war die Zahl der vorübergehend Festgenommenen. — (udi)

Landesparteitag der REP's 900 demonstrierten dagegen

Braunschweig. Am 17.2. fand unter großem Polizeiaufgebot der Landesparteitag Niedersachsen der Republikaner statt. Gegen den Parteitag demonstrierten rund 900 Personen; von Jusos, Grünen, Falken und VVN bis zu revolutionären Sozialisten und Autonomen. Lediglich die Volksfront verteilte Flugblätter mit Forderungen zum Verbot der Republikaner und zur Anerkennung der Nachkriegsgrenzen und der DDR. Der Widerstand war von vornherein zersplittert. Es gab in der Woche zuvor zwei verschiedene Aktionseinheiten gegen den Parteitag: Das Treffen der VVN mit Grünen, Jusos, Falken u.a. und das Treffen der regelmäßig tagenden Antifa-Koordination, vorwiegend aus dem autonomen Spektrum, DS und BWK. Beide konnten sich jeweils nicht auf einheitliche Positionen einigen. Gemeinsam wurde lediglich die Demonstration durchgeführt. Zwei Antifaschisten wurden vorübergehend festgenommen. — (iss)

Ehemaligen SED-Mitgliedern droht Berufsverbot in Bayern

München. SED- bzw. PDS-Mitglieder werden in Bayern bei Bewerbung für eine Stelle im Öffentlichen Dienst auf ihre Haltung zur BRD-Verfassung hin schärfstens überprüft. Die Bayerische Staatsregierung hat nämlich die SED als verfassungsfeindliche Organisation eingestuft, die unter den Radikalerlaß fällt. Nur wer der Partei zwangsläufig beigetreten sei, damit z.B. seine Tochter zum Studium zugelassen werde, könne vielleicht auf „Nachsicht“ der Einstellungsbehörden hoffen. Es sei aber undenkbar, daß Personen mit „führender Agitationsrolle“ eine Stelle erhielten: „Wir müssen aufpassen, daß daraus nicht ein U-Boot wird“, erklärte Innenstaatssekretär Beckstein. — (baf)

Verfahren gegen Antifaschist eingestellt

Bielefeld. Am 6. Mai 1989 führte die DVU eine Kundgebung durch. Ein Bündnis von zwölf antifaschistischen Gruppen rief unter der Losung „Verhindert die DVU-Kundgebung“ auf. Die Polizei hatte den Kundgebungsort der Faschisten abgeriegelt. Die Polizei nahm acht Antifaschisten fest, darunter auch Berthold S., gegen den der Prozeß wegen „versuchter Gefangenenerbeutung“ gemacht wurde. Zu Prozeßbeginn unterschrieben elf Organisationen (u.a. Kreisverband Die Grünen) und ein Mitglied des Polizeibeirats, eine Presseerklärung: „Die Festnahmen und das Verhalten der Polizei, das völlig unverhältnismäßig war, versuchte der Bielefelder Polizeipräsident Kruse am 8. Mai zu rechtfertigen, als er sagte, die Polizei hätte unabhängig von politischen Aussagen die Versammlungsfreiheit zu schützen. Wir verlangen von staatlichen Stellen, daß sie nicht mehr das öffentliche Auftreten von Faschisten fördern“. Am zweiten Prozeßtag vor dem Amtsgericht verwickelte sich ein Polizeizeuge in Widersprüche. Bei seiner Aussage im Mai 1989 hatte er behauptet, daß Berthold S. „auf die drei J. festnehmen den Polizeibeamten mit den Händen und den Armen unkontrolliert und ungezielt eingeschlagen hat“. Vor Gericht sagte er, Berthold S. hätte einen Kollegen am Arm gezerrt. Mit Fotos bewies der Verteidiger den provokativen Polizeieinsatz durch zivile Eingreiftruppen. Der Richter stellte, mit der Auflage einer Zahlung von 1000 DM an das Internationale Begegnungszentrum, ein. Der Oberstaatsanwalt verzichtete auf Anklageänderung in „Widerstand“. 40 Antifaschisten verfolgten den Prozeß. — (stb)

Flüchtlingsverfolgung: Mehr als 100 Festnahmen

Schleswig. Im Januar wurden über 100 illegale Grenzgänger aus der BRD nach Überschreiten der Grenze zu Dänemark festgenommen. Es waren fast ausschließlich Kurden, Palästinenser und Iraner, die in die skandinavischen Länder weiter wollten. Teilweise hatten sie schon in der BRD einen Antrag auf Asylanerkennung gestellt. Aus Dänemark kommend wurden erstmals seit Jahren wieder vier Personen festgenommen. Alle wurden wieder in die Fluchtländer, also BRD und Dänemark, zurückgeschoben. Dieses ist die höchste illegale Fluchtrate in einem Januarmonat. 1988 wurden in Schleswig-Holstein 1464 Asylverfahren abgehandelt, 1989 waren es 2561. 14 Richter sind dafür zuständig. Eine zweite Kammer soll eingerichtet werden. 60% der Antragsteller kommen aus Polen. — (ale)

Demonstration wegen Abschiebung und Selbstmord

Karlsruhe. Am 22.2. demonstrierten in Pforzheim über 200 kurdische und tamilische Asylbewerber. Anlaß war der Selbstmord eines tamilischen Asylbewerbers, dessen Asylantrag abgelehnt worden war, und die Abschiebung einer Kurdin, die gleich in Istanbul verhaftet wurde. Die Flüchtlinge griffen das Ausländer- und Asylrecht, die meist menschenunwürdige Unterbringung sowie die Unterdrückung der Kurden in der Türkei und der BRD an. Das Diakonische Werk unterstützte die Aktion. Für die Stadt erklärte J. Bechtle, die Behörde habe keine Schuld am Selbstmord und der Verhaftung. In Pforzheim leben 500 Asylbewerber, weitere 120 sind „geduldet“. — (rub)



Emmendingen. 150 Menschen beteiligten sich an einer Kundgebung am 10.2. „Gegen Faschismus, Rassismus, Sexismus und Ausländerfeindlichkeit“, zu der ca. 20 Organisationen, u.a. neben Kühle Wampe, autonomen Antifaschisten, Volksfront, Politikund Kulturgruppe Waldkirch auch SPD und Grüne, aufgerufen hatten. In vielen Beiträgen sprachen sich Antifaschisten gegen ein viertes Reich aus. — (ulb)

Schmerzensgeld wegen Razzia zuerkannt

Landgericht Göttingen rügt Polizeieinsätze des Innenministers gegen Jugendzentrum

Göttingen. 200 DM Schmerzensgeld wurde dem ersten von circa 100 Klägern vom Landgericht Göttingen zugesprochen, die wegen der rechtswidrigen Razzia am 1. Dezember 1986 im Jugendzentrum Innenstadt (Juzi) Klage er-

hoben hatten. Das Gericht rügt die beharrliche Ignorierung von gesetzlichen Schranken durch die Polizei, die mit Sonderpolizeien — installiert durch das Innenministerium — Linke und Autonome bekämpft.

Die Räumung eines besetzten Hauses führte zu größeren Protesten, eine Veranstaltung im Juzi wurde von der Polizei gestört, die ca. 400 Teilnehmer über Stunden festgehalten. Dies alles getreu dem vom damaligen Innenminister Hasselmann (CDU) ausgegebenen Motto: „Die Strippenzieher in ihren Löchern aufspüren“. Gemeint waren die Autonomen. Bereits das Verwaltungsgericht sowie das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hatten die Rechtswidrigkeit der Polizeimaßnahmen festgestellt. Betroffen davon waren die polizeiliche Beendigung einer Veranstaltung, das Festhalten der Besucher, die Identitätsfeststellung und die körperliche Durchsuchung.

Dem Schmerzensgeldanspruch ist das Gericht jetzt gefolgt. Das Gericht wies dabei auch die Argumente des niedersächsischen Innenministeriums zurück, die wiederum ein bezeichnendes Licht auf den Umgang der Polizei mit oppositionellen Kräften werfen: Die Polizei habe schuldhaft gehandelt („zumindest fahrlässig“), wenn sie die grundlegenden Bestimmungen des Versammlungsgesetzes nicht kennt; es handele sich

hier nicht, wie das Innenministerium behauptet, um einen Bagatellegriff. „Es ging vielmehr um die Beachtung elementarer Vorschriften, deren Berücksichtigung für die gesetzkonforme Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben unabdingbar ist...“ Das Innenministerium lasse in der Rechtfertigung ihrer Maßnahmen einen Notstand „anklingen“, dessen Voraussetzungen es nicht einmal ansatzweise dargetan habe. Das Gericht hat den Eindruck, „als habe man die gesetzlichen Beschränkungen des Versammlungsgesetzes fahrlässig außer Acht gelassen, weil man eine gute Gelegenheit gesehen habe, die ‚Juzi-Sache‘ zu durchleuchten.“ (Alle Zitate: Urteilsbegründung) Auch sei eine Personenfeststellung mit Anfertigung von Lichtbildern und körperliche Durchsuchung ohne Vorliegen konkreter Verdachtsmomente bei der Durchführung einer „normalen“ Razzia nicht üblich; in den Polizeimaßnahmen sei eine in der Behandlung des Klägers liegende Herabwürdigung zu berücksichtigen.

Schließlich bezweifelt das Gericht in der Urteilsbegründung, daß das Innen-

ministerium die in der Sache ergangenen Urteile akzeptiert hat: „... hat das beklagte Land nicht dargetan, daß es zu sonstigen Konsequenzen aus diesem Urteil gekommen ist und etwa die in der Öffentlichkeit unstrittig erfolgten Äußerungen, durch die der Kläger pauschal als potentieller Straftäter abgestempelt worden ist, zurückgenommen worden sind. Es ist nicht ersichtlich, daß seitens der für die Aktion Verantwortlichen sowie derjenigen, die sie gerechtfertigt haben, die diesbezüglichen Äußerungen zurückgenommen worden sind, und das verwaltungsgerichtliche Urteil akzeptiert worden ist.“

Im Gegenteil hält die Diskriminierung von Autonomen und Leuten aus dem Juzi durch die Polizei unvermindert an. Beharrlich hält das Innenministerium an den „Zivilen Streifenkommandos“, einer zivilen und „präventiv“ gegen Autonome, linke Studenten und Schüler tätigen freiwilligen Sonder Einheit, fest.

Die Forderung nach deren Auflösung und nach dem Rücktritt des Göttinger Polizeichefs hat nach wie vor breite Unterstützung. — (kek)

Weiter gegen Einverleibung

Initiative „Vaterlandslose Gesellinnen und Gesellen“

München. Die „Vaterlandslosen Gesellinnen und Gesellen gegen Großdeutschland“ haben als Grundlage der weiteren Arbeit eine Selbstverständniserklärung verabschiedet: „Wir, die Vaterlandslosen Gesellinnen und Gesellen, lehnen jeglichen Nationalismus, jegliche Einnischung des BRD-Staates in die Angelegenheiten eines anderen souveränen Staates, vor allem bzgl. DDR in Richtung Einheitsstaat, prinzipiell ab. Für uns gibt es keinen Unterschied zwischen Kohls 10-Punkte-Programm und Brandts Wort: „Was zusammengehört, soll zusammenwachsen.“ Wir sind gegen die großdeutsche Allparteienkoalition. Wir sind gegen jede Wiedervereinigung, in welcher Form auch immer — ob im europäischen Haus, ob ohne oder mit NATO, egal. Die BRD drängt zur wirtschaftlich-politischen Vormachtstellung in Europa und zur Wiederherstellung des imperialistischen Raubstaates von 1871 bis 1945, von dessen Boden aus die Welt zweimal in Schutt und Asche gelegt worden ist.“

Für uns gilt weiterhin: Die BRD soll die DDR nicht kriegen, weil ein solcher wirtschaftlich-politischer Machtzuwachs mit der EG im Rücken alles andere als Stabilität, Wohlstand, Frieden und Entspannung bringt.“ In der nächsten Zeit sollen unter anderem folgende Fragenkomplexe behandelt werden:

— „Die Grenzen zwischen Ost und West sind durchlässig geworden, das europäische Haus mit einer stabilen Friedensordnung ist in greifbarer Nähe. NATO und Warschauer Pakt verlieren ihre Funktion als Militärbündnisse zugunsten zunehmender politischer Bedeutung.“ (Münchner Friedensbündnis)

Wenn die Zeichen auf Entspannung stehen, warum ist der Militärhaushalt der USA bei 300 Mrd. Dollar für 1991 und der der BRD der höchste seit 1955? — Wer sind die Gewinner nach der Einverleibung? Verlierer sind auf jeden Fall die Immigranten, Asylanter, die Minderheiten, die Frauen, die jetzt schon Armen, jede radikale Opposition und vor allem die dritte Welt, weil die DDR und der gesamte RGW bei frei konvertierbarer Währung dann von den Niedrig-Rohstoffpreisen profitieren.

— Europäisches Haus, neues Denken etc., ist das nicht die totale Kapitulation vor dem Druck des Westens?

— War die DDR sozialistisch? Ist die DDR verteidigungswert?

In der Initiative arbeiten u.a. DKP, VSP, Volksfront, MLPD und Menschen aus dem Bereich der „Radikalen Linken“ mit. Geplante Aktivitäten nach außen sollten vor allem der Aufklärung und der Sammlung der Gegner eines Großdeutschland dienen. — (chl)

IHK will Marktwirtschaft in der DDR

Deutsch-deutsche Unternehmertage/Kritik der IG Medien

Hannover. Mit einem „spontan“ erstellten und „einstimmig“ getragenen „marktwirtschaftlichen Manifest“ konnten die von der Industrie- und Handelskammer Hannover-Hildesheim veranstalteten „1. Deutsch-deutschen Unternehmertage“ vom 25. bis 28. Januar beendet werden. In 16 Punkten wird der Anspruch der hier wirkenden Kapitalisten nach unverzüglicher Einführung der Marktwirtschaft in der DDR „ohne Wenn und Aber“ untermauert. Über die „sofortige Einführung der vollen Gewerbe-, Niederlassungs-, Dienstleistungs- und Vertragsfreiheit“, die „Konvertierbarkeit des Geldverkehrs“, eine „durchgehende Steuerreform“, „strukturelle Anpassungsprozesse“, den „Abbau von Subventionen“ und die „Preisbildung im Markt“, eine Ausrichtung der „Unternehmensstrukturen auf die Ertragsstärke und Effizienz“, darum eine Neuordnung des „Rechtsverhältnisses zwischen Arbeitnehmern und -gebern“ und eine schnelle Einbindung in die „internationale Arbeitsteilung“ soll die DDR aufgerollt werden. „Leistung muß sich lohnen“, mit dieser Sorte „Ordnungspolitik“ soll es „künftig wieder in Ost und West heißen: Die Politik muß den Unternehmern den Weg frei machen“. Wenn auch die ca. 100 Teilnehmer aus der DDR, darunter im wesentlichen

„politisch unbeleckte Betriebsdirektoren von VEB's“, diesem „Manifest“ zugestimmt haben und die anwesenden Generaldirektoren sich einzeln verpflichten ließen, es der Regierung der DDR zu übergeben, so sollte keineswegs geschlußfolgert werden, daß die „deutsch-deutsche Wiedervereinigung“ schon gelaufen sei und es in der DDR wie auch hier keinen Widerstand gegen diese vom BRD-Imperialismus betriebene Politik der Einverleibung der DDR gebe. Die gleichgeschaltete hiesige Presse vermittelt ausschließlich die Okkupationspolitik der BRD. Nach der Lüge mit dem „Bankrott der DDR“ soll eine Währungsunion die DDR überumpeln, gefolgt von einer Angleichung der Gesetze. Nachdem diese Fakten geschaffen wären, bräuchte es dann noch eine KSZE-Beschlußfassung, um die Einverleibung der DDR international abzusichern. Gegen die im Handelsblatt am 4.1. getroffene Feststellung: „Die DDR-Bürger werden nicht alles haben können ... Schaffen sie die Planwirtschaft ab, kann auch das Recht auf Arbeit nicht mehr garantiert werden“, formiert sich Widerstand. Die Fachgruppe „Journalisten“ der IG Medien in Niedersachsen kritisierte die Einmischungen der Landesregierung und die Infiltration des Madsack-Konzerns in der DDR. — (goc)

Thyssen-Vertrauensleute gegen Neofaschisten

Gute betriebliche Widerstands- und Aufklärungsaktionen — IG Metall reagiert positiv

Duisburg. Auf der Frankfurter Antifa-Konferenz berichtete im gewerkschaftlichen Forum der Leiter des IGM-Vertrauensleutenkörpers von Thyssen in Duisburg, wie die IG Metall dort auf wachsende rechte Sprüche unter den Be-

schäftigten reagiert haben. Nach langen Diskussionen haben sie einen Appell, ein „Bekenntnis zur Menschlichkeit — gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus“ formuliert, für den sie Unterschriften sammeln.

Hilfreich dabei war, so der VK-Leiter bei seinem Bericht in Frankfurt, daß auch Pfarrer aus Duisburg oder etwa der Präsident und Spieler des Fußballclubs MSV dafür gewonnen werden konnten. Der Thyssen-Vertrauensleutenkörper hatte diesen Appell an alle 164 IGM-Verwaltungsstellen geschickt und schon viel Zustimmung erhalten. Im Gespräch ist nun, die Sache mit einer Veranstaltung weiterzutreiben. Im folgenden einige Auszüge aus dem Appell: „Ausländerfeindliche Sprüche, rechtsradikale Parolen haben den Sprung von Toilettentüren und Hauswänden in Kommunal- und Landesparlamente sowie ins Europaparlament geschafft ... Nicht nur am Wahltag, auch im Alltag vernebeln rassistische und nationalistische Sprüche die Köpfe, werden menschenverachtende Witze belacht, wird am Arbeitsplatz, in der Kneipe, zu Hause darüber gestritten, ob nicht „Ausländer“ Ursache aller gesellschaftlichen und privaten Mißstände sind.

Wir stellen fest:

1. Ausländische Kolleginnen und Kollegen wurden vor 30 Jahren in die Bundesrepublik geholt, um unser Wirt-

schaftswachstum unter Dampf zu halten. Nicht Ausländer nehmen Arbeitsplätze weg, sondern das Trachten nach dem schnellen Profit, das aber nicht an zukunftsorientierten Arbeitsplätzen orientiert ist.

2. Der drückende Wohnungsmangel, vor allem für jüngere Menschen, ist nicht auf die „Besetzung unserer Häuser durch Ausländer und Asylanten“ zurückzuführen, sondern auf eine Wohnungsbaupolitik, die seit Jahren den sozialen Wohnungsbau verkommen läßt.

3. Asylanten suchen Schutz vor Folter, Mord, Krieg und Hunger in ihren Ländern. Wir wollen sie menschenwürdig behandeln, ihnen Arbeit geben, damit sie sich ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Dazu gehört, ihnen die Arbeits-erlaubnis zu geben, damit sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können.

4. Wer seit Jahren gegenüber osteuropäischen Ländern beständig darauf drängt, sogenannte deutsche Volksangehörige ausreisen zu lassen, trägt die Verantwortung für ihre Unterbringung und Eingliederung. Im Verteidigungshaushalt ist genug Geld vorhanden.

5. Seit über 200 Jahren leben am

Rhein Menschen der verschiedenen Stämme, Nationen, Sprachen und Kulturen. Das Revier hat sich als Schmelztiegel unterschiedlicher Kulturen erwiesen. In diesem Sinne von der Überlegenheit der Deutschen zu sprechen ist Unsinn.

Darum appellieren wir

— in Betrieben und Verwaltungen in Stadtvierteln und in der Öffentlichkeit Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus mutig und sachlich entgegenzutreten. Nicht spektakuläre Aktionen und Demonstrationen allein, sondern vor allem die eigene klare Meinung überzeugt diejenigen, die die Brücke zum rechten Lager betreten haben oder dort schon angekommen sind.

Das bedeutet:

— sich und andere umfassend über Erscheinungsweisen und Ursachen der auflebenden Rechtsradikalismus zu informieren und angemessen, aber auch wirkungsvoll ihren Organisationen und Parteien entgegenzutreten.

— Druck auf Parteien und Politiker auszuüben, damit sie ... das ihre dazu beitragen, um Wohnungsnot zu überwinden.“ — (mb)

Tarifkampf: Warnstreik in Mannheimer ABB-Werken

Mannheim. In den ABB-Werken Käfer und Süd legten am 12.2. etwa 800 bzw. 200 Beschäftigte, meist Arbeiter, für etwa eine Stunde die Arbeit nieder, um in der laufenden Tarifeinsetzung die Position der IG Metall zu stärken. Der Warnstreik war von dem betrieblichen Vertrauensleutenkörper vorbereitet. Dafür, daß zu dieser Aktion erst kurz vorher aufgerufen wurde, war die Beteiligung gut. In anderen Mannheimer Metallbetrieben fanden bisher keine Streiks statt. Die Bezirksverwaltung in Stuttgart, die solche Streiks bisher nicht vorgesehen hatte, zeigte sich überrascht. Insbesondere das weitreichende Flexi-Angebot der Kapitalisten mit Ausdehnung der regelmäßigen Arbeitszeit auf zehn Stunden und auf den Samstag stießen bei den Beschäftigten auf Empörung. — (scr)

Mercedes-Benz: Erfolgreiche Streiks gegen Sonderschichten

Stuttgart. Am 12. und 13.2.1990 haben nach Angaben der IG Metall 3500 Mercedes-Benz-Beschäftigte in den Werken Untertürkheim, Hedelfingen und Metzingen kurzfristig die Arbeit niedergelegt und protestierten vor der Einigungsstelle gegen die zur Verhandlung stehenden Sonderschichten. Die Proteste hatten Erfolg: Mercedes-Benz unterlag vor der Einigungsstelle. Mit der Stimme des Vorsitzenden der Einigungsstelle wurden nach zweitägigen Beratungen die Sonderschichten abgelehnt. Ein Unternehmenssprecher erklärte daraufhin, zwei der vier in Bremen schon genehmigten Sonderschichten müßten nun abgesagt werden, da die Aggregate aus Stuttgart fehlten. — (ros)

Hamburger Erzieherinnen wollen tariflichen Lohn

Hamburg. Vom 17. bis 25. Februar dieses Jahres fanden in 160 von 198 Kindertagesheimen des staatlichen Trägers „Vereinigung e.V.“ in der Zeit von sechs bis neun Uhr Warnstreiks statt. Auslösender Faktor dafür war die Weigerung des Vorstandes der „Vereinigung“ sowie der zuständigen Schul- und Jugendsenatorin, seit 1981 rund 700 Erzieherinnen den tariflich vereinbarten Lohn für die Arbeit mit sogenannten „gefährdeten Kindern“ zu zahlen. Die damit verbundene Eingruppierung nach BAT Vc, eine Gehaltsgruppe höher als üblich, war einseitig vom damaligen Senator außer Kraft gesetzt worden. Betroffen waren damals hauptsächlich Schulkinderzieher. Die Durchsetzung der Vc-Eingruppierung führte zu mühseligen Gerichtsprozessen, wo die betreuten Kinder als Beweismaterial herhalten mußten. Anfang dieses Jahres hatte sich die Lage so verändert, daß der Warnstreik beschlossen wurde. Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) forderte, alle Erzieher nach Vc einzugruppieren, da die betreffenden Kriterien auf die meisten zutreffen. Relativ schnell lag dann ein Angebot des Vorstandes vor: Nur Schulkinderzieher sollen nach sechsjähriger Bewährungszeit das Geld erhalten, wer nicht so lange arbeitet, nur einen Teil davon. Außerdem ist die völlige Ausschließung etwaiger Wirkungen auf zum Beispiel die Kleinkinderzieher geplant. Zur Zeit gibt es heftige Auseinandersetzungen in der Belegschaft, ob man das Angebot annehmen soll, so wie die ÖTV-Verhandlungskommission es empfiehlt, oder ob man ablehnen und weiter kämpfen soll. — (pee)

Aktionen für Wege- und Umkleidezeit

Hamburg-Harburg. Die ÖTV hatte zu Aktionen in den Hamburger Krankenhäusern aufgerufen, um den Hamburger Senat aufzufordern, der rückwirkenden Zahlung der Wege- und Umkleidezeiten laut § 15 Absatz 7 BAT/MTL endlich nachzukommen. Drei höchstichterliche Entscheidungen konnten bisher die Zahlung dieser vorenthaltenen Lohn-gelder nicht erzwingen. Immerhin sind bisher zwischen 1000 und 3500 DM pro Beschäftigter an Nachzahlung auf-gelaufen. Am 14.2.90 drückten bei einer „gemeinsamen Frühstückspause“ in der Kantine des AKH gut 100 Beschäftigte ihren Willen aus, sich nicht mit einer Pauschalzahlung abspeisen zu lassen. Am 6.3.90 ist im AK-Harburg eine ÖTV-Mitgliederversammlung geplant, auf der über das bis dahin zu erwartende Angebot des Senatsamtes diskutiert werden kann. — (AGG, mgh)

Protest gegen schlechte Altenpflege

Hannover. Rund 200 Demonstranten zogen am 20.2. in Hannover zum Tagungsort der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände mit Vertretern niedersächsischer Kommunen und dem Sozialministerium, wo über die Personalstärke in Alten- und Pflegeheimen verhandelt wurde. Sie forderten eine Verdopplung der Zahl von Arbeitskräften. Gerade im Bereich der nur leichtpflegebedürftigen Heimbewohner müsse sich das Verhältnis von einer Pflegeperson pro 15 Heimbewohner dringend verbessern. Andernfalls könnten die älteren Menschen in den Heimen nur noch verwahrt, aber nicht betreut werden, sagte ein Sprecher der ÖTV. Neben der schlechten Personalsituation wurden auch die Mißstände in der Ausbildung bemängelt. Wenn in einer Altenpflegeschule pro Monat 460 DM Schulgeld bezahlt werden müßten, sei es kein Wunder, daß niemand mehr den Pflegeberuf ergreifen wolle. — (mpu)

AEG-Beschäftigte protestieren gegen „Angebot“ des VMI

Ulm. 57 IGM-Mitglieder einer gewerblichen Abteilung bei AEG SI unterschrieben eine Protestresolution: „Wir sind empört über das „Angebot“ der Metallunternehmer von 5 % mehr Lohn bei einer Laufzeit von 15 Monaten, keine Arbeitszeitverkürzung und dagegen die Verlängerung des Arbeitstags, die Spaltung der Kollegen in Wenig- und Hochqualifizierte und Samstagsarbeit. Dies steht unserer Forderung nach 35-Stundenwoche und 8,5 % mehr Lohn direkt entgegen. ...“ Sie fordern die IGM auf, die volle Kampfkraft einzusetzen und schlagen vor: „keine Verhandlungen mehr ohne Druck aus den Betrieben. Wir sind bereit, unseren Beitrag dazu zu leisten.“ — (elr)

14 Asbest-Tote bei ABB

Anerkennung als Berufskrankheit muß durchgesetzt werden

Mannheim. Asbestose ist vergleichbar mit der im Bergbau auftretenden Staub-lunge. Schädigungen der Lunge können aufgrund des Einatmens von Asbeststaub entstehen; in der Folge auch Schädigungen der Herz- und Kreislauf-funktionen. Je kleiner die Asbestfaser, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit ihres Ausscheidens. Meistens im Aus-gangsbereich des Bauch- und Rippen-fells kann die Asbestfaser bösartige Karzinome entwickeln.

Bereits um die Jahrhundertwende stellte der britische Arzt Murray einen Zusammenhang zwischen dem beruflichen Umgang mit Asbest und Gefahren für die Gesundheit fest. Seit den 20er Jahren kennt man die Asbestose. Seit 1936 ist sie als Berufskrankheit ange-zeigt. In den 40er Jahren entdeckte man dann, daß die Asbestfaser Lungenkrebs erzeugen kann. In den 60er Jahren wurde sie für den in der Auswirkung rasch tobringenden Tumor im Bauch- und Lungenfellbereich verantwortlich gemacht.

Anfang der 70er Jahre erschien eine entsprechende Unfallverhütungsvorschrift, und auch das Bundesgesundheitsministerium warnt seit mehr als zehn Jahren vor den Folgen von Asbest. Im Juli 1989 wurde Asbest auf starken Druck hin in die Gefahrenstoffklasse I „sehr stark krebserzeugend“ eingestuft. Trotzdem scheut sich der bundes-deutsche Staat weiterhin, Asbest total zu verbieten, obwohl es für alles ver-gleichbare Ersatzstoffe gibt. In den USA soll Asbest bis 1997 verboten, ab 1994 sollen keine Asbest-Bremsbeläge mehr in amerikanischen Fahrzeugen verwendet werden. Bei ABB in Mann-heim gibt derweil die Bundesbahn noch immer Lokomotiven mit Asbest-Bremsbelägen in Auftrag.

Asbest — dieser seit den 50er Jahren verstärkt eingesetzte „Stoff der tausend Möglichkeiten“ — ist hitzebeständig, unbrennbar und elektrisch isolierend bei hoher Festigkeit. Da Asbest als Mineral in der Natur vorkommt, ist es zu-dem leicht und billig herstellbar. In fast allen Industriezweigen und im Bauge-erbe fand und findet Asbest immer noch Anwendung. 1979 wird der Spritzasbest, bei dem besonders viele Fasern frei werden, gegen den langjäh-rigen Protest der Asbestindustrie ver-boten — bis dahin weitverbreitete An-wendung für Brandschutz in Stahlstützen, Decken und Betonskeletten.

Auch oder gerade beim ABB-Konzern (vormals BBC) wurde die Schäd-lichkeit von Asbest immer bagatelli-siert. An diesem Konzern ist der Schweizer Industrielle Schmidtheiny ganz wesentlich beteiligt. Schmidtheiny beherrscht das weltweite Asbestim-perium Eternit AG und ist einflußreichster Gegner eines Asbestverbotes.

In ihrer Größenordnung wohl einma-lig wurde im April 1989 eine konzern-weite Röntgen-Reihenuntersuchung ge-startet. 4000 Arbeiter, die möglicher-weise mit Asbest zu tun hatten, davon 2000 in Mannheim, wurden befragt und untersucht. Bis jetzt sind allein im Kä-fertaler Werk in Mannheim 14 Todes-fälle und 44 weitere Fälle, in denen starke gesundheitliche Schäden vorlie-gen, bekannt. Bis allerdings die ersten Fälle von der Berufsgenossenschaft als Folge der Asbestose vor einigen Jahren anerkannt wurden, mußten die Patien-ten bis zu acht Jahre vor Gericht klagen. Asbestose-Kranken, die zugleich Rau-cher sind, wurde unter Hinweis auf den Nikotin-Konsum die Anerkennung ver-weigert. Erschwerend kommt hinzu, daß es 10 bis 40 Jahre dauert, bis man die Asbestose (von ihrer ursächlichen Ent-stehung an gerechnet) erkennt. Viele Asbestose-Kranke erleben ihre Rente nicht mehr. Die IG Metall will auch ei-ne materielle Absicherung der Hinter-bliebenden. Sie will die Einrichtung von Asbestose-Fonds in den Betrieben, deren Grundstock von den Betrieben fi-nanziert wird.

Die Berufsgenossenschaften fürchten angesichts der hohen Reha- und Be-handlungskosten bei Asbestkranken ei-ne Kostenlawine und nicht zuletzt die mögliche Signalwirkung, die von der Reihenuntersuchung bei ABB ausgeht.

Der für Fragen des Arbeitsschutzes zuständige Betriebsrat bei ABB Käfer-tal, Zimmermann, meinte zur Bedeu-tung der Reihenuntersuchung bei ABB: „Was wir hier initiiert haben, ist auch für andere Betriebe von Bedeutung und zwar bundesweit. Allein beim Bei-spiel unseres Turbinenbaus wird das deutlich. Auch bei der zu Siemens ge-hörenden Kraftwerksunion wurde zur Isolierung beim Turbinenbau das As-bestspritzverfahren angewendet. An den Produktionslinien vieler anderer Betriebe läßt sich mit diesem Beispiel hochrechnen, wie groß der Nachhol-be darf allein bei der Bilanzierung gesun-deitsschädigender Auswirkungen der jahrzehntelangen Asbestherstellung und Verarbeitung ist.“

Offiziell gibt es zur Zeit in der BRD jährlich etwa 250 Todesfälle wegen As-bestose. Der DGB geht allerdings da-von aus, daß die Dunkelziffer der nicht anerkannten Todesfälle um ein Viel-faches höher liegt. Die Statistik der Be-rufigenossenschaften gäben nur einen ganz geringen Prozentsatz aller asbest-bedingten Todesfälle wieder. Die Zahl der Erkrankungen werde in Folge der langen Latenzzeit noch explosionsart-ig zunehmen und im Jahre 2000 ihren Hohepunkt erreichen.

Quellen: Unsere Zeit, 10.3.89, Rhein-Neckar-Zeitung, 19.10.89 und 16.2.90; Frankfurter Rundschau, 19.8.87 — (scr)



Paderborn. Der Nixdorf-Vorstand zeigte beim Arbeitsamt 1300 Entlassungen für den 31.3. an. Das Landesarbeitsamt hat nun — nach Einspruch des Betriebsrates — über eine korrigierte Anzeige des Vorstandes entschieden und eine maximal mögliche Entlassungssperre von zwei Monaten ausgesprochen, die am 6.4. ausläuft. (Bild: IGM-Kundgebung gegen Entlassungen am 3. Februar). — (luf)



Bonn. Am 7.2. besetzten Angehörige und Genossinnen und Genossen der politischen Gefangenen in der BRD das Informationsbüro des Europäischen Parlaments mit dem Ziel, eine Pressekonferenz zur Situation der hungerstreikenden Gefangenen in Spanien durchzuführen und zu erreichen, daß im Europaparlament eine Initiative zugunsten der Gefangenen eingebracht wird. — (jeh)

Aus Ländern und Gemeinden

Bundeswehr verzichtet auf Panzertrassen

Soltau. Laut Niedersachsens Innenminister Stock hat das Verteidigungsministerium am 21.2. darauf verzichtet, die Anlage von sieben befestigten Panzertrassen zur Überquerung von Leine und Aller weiter zu betreiben. Die Proteste der Bewohner, der betroffenen Gemeinden und der Naturschützer haben also Erfolg gehabt. Stock versucht das herunterzuspielen, indem er erklärte, nicht zuletzt die Argumente der staatlichen Naturschützer aus dem Landwirtschaftsministerium hätten ihn und das Verteidigungsministerium überzeugt. Im Landkreis Celle wurde für die geplanten Übergänge zwischen Winsen/Südwinzen und Jevern/Thören das Anhörungsverfahren zwar ausgesetzt, die Bundeswehr hält dort aber an ihren Vorhaben fest. So soll die gesamte Region auch weiter mit Manövern unsicher gemacht werden. Ausdrücklich erklärte das Wehrbereichskommando 2, daß Bundeswehr und NATO-Truppen auch in Zukunft das Durchqueren von Flüssen mit wasserbeweglichen Fahrzeugen trainieren müßten. Das aber sei nur außerhalb der Truppenübungsplätze möglich. — (sts)

Anti-Atomwaffen-Bündnis von 97 Städten illegal?

Fürth. 1984 beschloß der Fürther Stadtrat, einem internationalen Städtebündnis beizutreten, dessen Ziel die vollständige Abschaffung von Atomwaffen ist. Dies bezeichnete die Regierung von Mittelfranken als illegal. Die Gerichte urteilten entsprechend: Zwar seien Gemeinden prinzipiell berechtigt, sich mit militärischen Belangen zu befassen, doch gelte dies nur, wenn konkrete Aufgaben der Kommunen betroffen seien. Die Stadt Fürth setzte jetzt durch, daß das Bundesverwaltungsgericht grundsätzlich klären muß, inwieweit Bundesrecht kommunaler Beschlusskompetenz Grenzen ziehen kann. Dem Bündnis sind bisher 97 BRD-Städte beigetreten. Nur Fürth und Alzey (Rh.-Pf.) dürfen nicht. — (baf)

Elternprotest gegen Lehrermangel

Hannover. Gegen Lehrermangel und Stundenausfall sind die Eltern in Lehrte im Landkreis Hannover auf die Straße gegangen. In der Lehrte Albert-Schweitzer-Schule fallen pro Woche 158 Stunden in der Grund- und Hauptschule aus, das entspricht 25 Prozent! Der Schulelternrat fordert die Einstellung von fünf bis sechs zusätzlichen Lehrkräften. Dieser Bedarf deckt noch nicht die Ausfälle durch Krankheit oder Fortbildung. Nur das Mindestmaß an Unterrichtsversorgung kann gerade noch mühsam aufrechterhalten werden; jeder Sonderunterricht, zum Beispiel für die 26 Prozent ausländische Schüler, für lernschwache Schüler und Förderunterricht bleiben auf der Strecke. Ähnlich ist die Lage auch in Lehrte-Hämelerwald. Zwei Lehrerinnen treten nach den Osterferien ihren Mutterschaftsurlaub an; ob dafür Feuerwehrlehrer eingestellt werden können, ist unklar, denn der Lehrbezirkspersonalrat will der Einstellung von Auswärtigen wegen der schlechten Arbeitsbedingungen in Zukunft vernünftigerweise nicht mehr zustimmen. — (ibm)

Berlinzulage soll gestrichen werden

Westberlin. Die Berlinzulage, die Arbeitnehmern in Westberlin in Höhe von acht Prozent vom Bruttolohn netto ausbezahlt wird, soll gestrichen werden. Das haben inzwischen Bundesbankpräsident Pöhl, Finanzminister Waigel, der bayerische Ministerpräsident Streibl und der Hamburger Bürgermeister Vöschner, der auch die „Zonenrandförderung“ beenden will, gefordert. Die Berlinzulage sei mit der neuesten nationalen Entwicklung überholt und solle zum Ausgleich der durch den Anschluß der DDR anfallenden Kosten mitverwendet werden. Auch der Präsident der Europäischen Gemeinschaft Delors ist der Meinung, mit dem Ende der DDR-Selbständigkeit werde die Berechtigung der Regionalhilfe für Westberlin entfallen. — (chk)

Städtische Häuser besetzt — und geräumt!

München. Am 21. Februar wurden von etwa 20 Jugendlichen zwei im Besitz der Stadt München befindliche leerstehende Häuser besetzt. Parallel dazu verhandelte eine Delegation der „Vorstadtkrokodile“ mit dem Kommunalreferenten. Sie forderte die Rücknahme der Räumungstitel, Nutzungsverträge und Bereitstellung von Mitteln für Renovierungsarbeiten. Während der Verhandlungen räumte ein Polizeiaufgebot die Häuser. Die Grünen bezeichneten den Polizeieinsatz als „eigenmächtige Handlung“. Neun Besetzer wurden festgenommen. Die Häuser stehen jetzt weiterhin leer. — (chl)

Nur Grüne/ALM stimmen gegen Republikaner und NPD

München. Republikaner und NPD erhielten grünes Licht für die Kandidatur zur Kommunalwahl. Nur die Grünen protestierten mit ihrem Abstimmungsverhalten und einer Presseerklärung gegen beide Parteien: „Für die Kommunalwahl 1990 haben auch ‚Die Republikaner‘ und die ‚Nationaldemokratische Partei Deutschlands‘ (NPD) ihre Wahllisten eingereicht. Für uns ist der mögliche Einzug von ‚Republikanern‘ und NPD ins Münchner Rathaus kein normaler Vorgang. Art. 15 der bayerischen Gemeindeordnung besagt, daß Gemeindeglieder gleiche Rechte und Pflichten haben. Die Kommune hat somit die Pflicht, zum Wohl aller Einwohner und Einwohnerinnen tätig zu sein. Die Republikaner und die NPD wollen jedoch ein Sechstel der MünchnerInnen ausgrenzen, diffamieren und in ihren Grundrechten beschränken. In München leben und arbeiten ca. 170 000 AusländerInnen, die meisten von Ihnen bereits länger als 12 Jahre! Rep's und NPD grenzen in ihren Programmen jedoch eindeutig diesen Teil der Bevölkerung aus. Sie betreiben rassistische Hetze... Jede Form von Rassismus müssen wir, gerade als Deutsche, verhindern. Wir wollen antidemokratischen, sexistischen und rassistischen Parteien keine Möglichkeit geben, ihre menschenfeindlichen Programme im Münchner Rathaus in Taten umzusetzen.“ Eine Demonstration gegen Schwarz-Braun/Gleiche Rechte für Ausländer findet am 10.3. statt. Auftakt: 10.30 Uhr, Platz der Opfer des Nationalsozialismus. 12 Uhr: Kundgebung Marienplatz. — (dil)

Antifa-Bundeskonferenz scheiterte

Differenzen zur „nationalen Frage“ — Die SPD und die Jusos seilten sich ab

Frankfurt. Das Projekt „Antifaschistische Bundeskonferenz“ als ein bundesweites Bündnis zwischen antifaschistischen Initiativen und einem Parteien- und Organisationspektrum ist am Ende der 2. Bundeskonferenz am 10./11.2. in Frankfurt vorerst gescheitert. Festgehalten werden muß, daß verantwortlich dafür Juso-Bundesvorstand und aus der DKP ausgetretene Leute waren.

Bereits während der Konferenz war ein Beschluß des bundesweiten Arbeitsausschusses bekannt geworden, künftig DKP und SDAJ nicht mehr als unterstützende Organisationen des Arbeitsausschusses aufzuführen. Begründet wurde dies mit angeblicher Nicht-Mitarbeit und daß ihre Politik dem Zweck des Bündnisses widerspräche. Eingebracht worden war dies von Martin Stadelmaier, Juso-Bundesvorstand, und Rainer Moitz, aus der DKP ausgetretener Bremer Vertreter im Ausschuß, der auch im Forum „Entstehungsbedingungen des Faschismus“ die reaktionäre Totalitarismustheorie in Form einer „neuen“ Faschismusdefinition des Inhalts „Stalinismus — Faschismus“ einführen wollte. Die Teilnehmer des Forums verabschiedeten stattdessen einen Beschluß, der in das Abschlußplenum eingebracht wurde und in dem das Vorgehen des bundesweiten Arbeitsausschusses als Ausgrenzung von Antifaschisten scharf kritisiert wurde.

Der Versuch der Ausgrenzung von DKP und SDAJ ging Hand in Hand mit dem Versuch, die antifaschistische Bundeskonferenz auf „Wiedervereinigung“ und Zustimmung zur SPD-Linie gegenüber der DDR festzulegen. Im Vorfeld der Konferenz war es noch möglich gewesen, ein konsensfähiges Thesenpapier für die Abschlußresolution zu entwickeln („Jegliche Infragestellung der Nachkriegsgrenzen in Europa lehnen

wir entschieden ab. Jegliches politische Handeln hat von der Tatsache auszugehen, daß zwei deutsche Staaten existieren... Daher wenden wir uns gegen jede Vereinnahmungspläne und jede Einmischungspolitik gegenüber der DDR und anderer Ostblockstaaten“). Auf der Konferenz tauchte plötzlich eine von einzelnen Mitgliedern des Bundesausschusses eingebrachte „Aktionsresolution 90“ auf, in der von einem „dramatischen Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten“ die Rede war und die Konferenz die SPD-Forderung nach einer „gesamteuropäischen Friedensordnung auf der Grundlage des KSZE-Prozesses“ erheben sollte. Auf einer öffentlichen Redaktionssitzung am Samstagabend wurde dies scharf kritisiert. M. Stadelmaier kündigte daraufhin für die Jusos an, wenn der Beschluß zur DKP/SDAJ nicht zustande käme und das „alte Dogma von der Zweistaatlichkeit“ nicht endlich fallen würde, stiege er aus der Konferenz aus.

Genau dies passierte dann beim Abschlußplenum. Eine sehr große Mehrheit der Teilnehmer stimmte der Kritik an der Ausgrenzungspolitik gegenüber DKP und SDAJ zu, der Juso-Bundesvorstand erklärte, die Jusos stiegen daraufhin aus der Konferenz aus; IG Metall und Aktion Sühnezeichen schlossen sich dem an. Vermerkt werden muß, daß Vertreter der Hamburger Jusos und Gewerkschaftsmitglieder unmittelbar danach gegen dieses Vorgehen ihrer Bundesvertreter protestierten. Ein geordneter Konferenzverlauf war nicht mehr möglich, die Konferenz löste sich nach hitzigen Diskussionen auf. Geplant ist, eventuell über die Landeskoordination NRW zu einem bundesweiten Treffen der Landeskoordinierungen einzuladen, um zu beraten, was weiterhin möglich sein wird.

Der Versuch der Wiederbelebung eines auf Bundesebene operierenden antifaschistischen Aktionsbündnisses ist eher skeptisch zu beurteilen. Sozialdemokratische Kräfte hatten ein solches Projekt wohl Anfang 1989 noch für interessant gehalten: Die wachsende Empörung über die Wahlgewinne der Faschisten ließen die antifaschistische Bewegung interessant erscheinen.

Inzwischen hat sich die politische Ausgangssituation geändert: Die deutsch-nationale und revanchistische Politik der SPD-Führung gegenüber der DDR hat an einer starken antifaschistischen Bewegung kein Interesse, sie kann sie nicht ohne weiteres vereinnahmen und muß eher mit antifaschistischer Opposition gegenüber ihrer DDR-Anschlußplänen rechnen. Also seilte man sich in Frankfurt aus der Bewegung ab.

Insbesondere wird es von erheblichem politischen Schaden sein, daß die Erklärung, die das Abschlußplenum gegen die Verabschiedung des neuen Ausländergesetzes vor dem Eklat noch beschlossen hatte, durch das Scheitern der Konferenz an politischem Gewicht verloren hat — es gibt somit keinen bundesweiten antifaschistischen und antirassistischen Aktionszusammenschluß mehr, der sich mit öffentlichem Gewicht gegen dieses Gesetzesvorhaben wendet.

Die antifaschistische Bündnisarbeit wird vor allem örtlich und auf Landesebene weiterentwickelt werden müssen — das heißt auch das Bündnis mit sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Kräften auf der Grundlage der kritischen Auseinandersetzung gegenüber Nationalismus, Revanchismus, deutscher Großmachtpolitik, Militarismus und Rassismus. — (ads)



Oberbürgermeister Hauff (SPD) sah sich bei der Eröffnungsveranstaltung in der Frankfurter Paulskirche, die mit viel Prominenz zelebriert wurde, mit dem Protest von Antifaschisten konfrontiert, die gegen die Ummodelung antifaschistischer Bündnisse in eine sozialdemokratisch/grüne Richtungsbewegung demonstrierten.

Seit sieben Wochen Streik in den Kitas

Verhandlungen bisher erfolglos / Der Druck auf die Streikenden wächst

Westberlin. Der Streik der Erzieherinnen und Erzieher befindet sich bei Redaktionsschluß in der 7. Woche. Am 22.2. beschloß die gemeinsame Tarifkommission von ÖTV und GEW einstimmig, den Streik nicht auszusetzen, solange keine Tarifverhandlungen angeboten werden. Noch einmal hat sich die Zahl der bestreikten Kitas erhöht, 371 von 396 Kitas sind geschlossen.

Erstmals haben sich Beschäftigte aus Kitas der freien Träger und der Arbeiterwohlfahrt für zwei Tage aus Solidarität dem Streik angeschlossen.

Die Gespräche zwischen Senat und Gewerkschaften am 14.2. sowie in den darauffolgenden Tagen haben keine Annäherung gebracht. Nach wie vor sperrt sich die SPD gegen Tarifverhandlungen. Die Senatorinnen der Alternative Liste treten für Tarifverhandlungen ein.

Die Gewerkschaften haben folgenden Kompromißvorschlag angeboten: — In dem Tarifvertrag sollen das Budget- und Kontrollrecht sowie die Organisationsgewalt der Abgeordnetenhaus bestätigt werden,

— ebenfalls soll die Präjudizwirkung für andere öffentliche Dienstbereiche vermieden werden,

— bundesweite Folgewirkungen sollen durch die Benennung der Besonderheiten in Westberlin ausgeschlossen werden,

— beschließt der Senat oder das Abgeordnetenhaus Maßnahmen, die in dem Tarifvertrag nicht vereinbart sind, sind die Tarifpartner zu Folgeverhandlungen verpflichtet,

— aufgrund der durch den Streik eingesparten Finanzmittel müssen mehr als die angebotenen 248 Stellen vereinbart werden.

Statt eines Tarifvertrages hat der Senat eine „zweiseitige Vereinbarung zur Sicherung und Verbesserung der vorhandenen Bedingungen“ angeboten. Ferner ist er angeblich bereit, ein Kita-Gesetz zu erarbeiten. Die Gewerkschaften haben nichts gegen ein Kita-Gesetz, dies ist eine alte Forderung aus den 70er-Jahren. Sie lehnen es jedoch ab, Arbeitsbedingungen in einem Gesetz zu regeln, da es jederzeit — ohne Arbeitskampfmöglichkeiten — geändert werden kann. Mit den gleichen Argumenten wird auch eine „zweiseitige Vereinbarung“ abgelehnt.

7000 Erzieherinnen, Erzieher und Eltern haben am Vormittag des 20.2. erneut für ihre Forderungen demonstriert. Auf der Streikversammlung am 23.2. gab es nicht einen Beitrag für Streikabbruch. Während auf der einen Seite die Wut über die Politik von SPD und AL wächst, nimmt auf der anderen Seite die Ratlosigkeit zu. Der Senat verliert zwar politisch an Ansehen, hat aber ökonomisch keinen Nachteil. Man scheint von der Durchsetzung der Forderung nach Wiederaufnahme von Tarifverhandlungen genauso weit entfernt zu sein wie zu Beginn. In der Diskussion ist jetzt die Einschaltung eines neutralen Vermittlers. Die Situation für die Eltern und Erzieher wird immer schwieriger, der Druck wächst. Nur wenn sich der Streik auf gemeinnützige und kirchliche Kitas ausdehnen läßt sowie mehr Unterstützung aus den anderen öffentlichen Dienst-Bereichen erfährt, kann der Druck auf den Senat erhöht werden. — (har)

Das neue Ausländerrecht: völkisch und arbeiterfeindlich

Flugblatt der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg gegen den Gesetzentwurf von Bundesinnenministers Schäuble (CDU)

Wir dokumentieren ein dieser Tage erscheinendes Flugblatt der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, das bei deren Bundesgeschäftsstelle (Volksfront, Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1) bestellt werden kann.

Noch in diesem Frühjahr will die Bundesregierung den am 13.12. vorgelegten Kabinettsentwurf zum Ausländerrecht verabschieden. Mit jeder öffentlichen Anhörung schlägt ihr schroffere Ablehnung entgegen. Innenminister Schäuble geht inzwischen von der Verteidigung seines Gesetzentwurfs zum Angriff auf dessen Gegner über. So versucht er, das Aktionsbündnis von DGB und Kirchen „für ein humanes Ausländerrecht“ durch Druck auf die Kirchenoberen zu spalten. Völlig zu Unrecht werde ihm von DGB und Kirchen „Rassismus vorgehalten“, „werde er selbst in eine geistige Nähe zu dem Unrechtsregime der Nationalsozialisten gerückt“, so Schäuble in einem Brief vom 8. Februar an die Kirchen.

Seither scheint es in den Kirchen Versuche zu geben, das Bündnis mit dem DGB aufzukündigen. Schäubles Ziel ist offensichtlich, die für den 21. März zum Antirassismus-Tag bundesweit geplanten Aktionen niederzuhalten und sein Eilverfahren unter Ausschluss der Öffentlichkeit noch bis zum 13. Mai durch den Bundesrat zu peitschen.

Bereits auf dem 37. Bundesparteitag der CDU Ende vergangenen Jahres hat sich Schäuble deutlich für zwei Dinge ausgesprochen: für die ethnische Ausgrenzung der Angehörigen anderer Nationalitäten zum Schutz des Deutschlands und für einen starken Staat. Er sagte: „Wir dürfen nicht zulassen, daß Aussiedler und Übersiedler und Ausländer und Asylbewerber miteinander vermischt und vermengt werden ... Natürlich, meine Freunde, sind alle Menschen gleich ... Aber das heißt ja noch nicht, daß wir nicht für das Zusammenleben der Menschen Ordnungen bräuchten.“ In seinem Gesetzent-

wurf finden sich diese Positionen exakt wieder. Dort ist festgehalten, daß die BRD kein Einwanderungsland ist, und in der Begründung heißt es: „Ausländer sind hinsichtlich der Einreise und des Aufenthaltes im Bundesgebiet Deutschen weder nach dem Grundgesetz noch nach Völkerrecht gleichgestellt ...“ (S. 6)

Damit reiht sich Schäuble nahtlos ein in die völkische Überfremdungspropaganda von Republikanern und anderen Neofaschisten. Die Ordnung, die im Gesetzentwurf entworfen wird, beruht denn auch auf der systematischen sozialen und politischen Ausgrenzung ausländischer Arbeiterinnen und Arbeiter. Bereits eine zu kleine Wohnung oder Sozialhilfebezug kann zur Ausweisung führen. Der uferlose Verdrängungsprozeß auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, ausgelöst durch die Ausweitung des Arbeitskräftebedarfes fürs BRD-Kapital nach Osten bei Aufrechterhaltung der Vorrechte für alles „Deutsche“, soll damit kanalisiert werden zu Lasten der ausländischen Arbeiter. Der faschistischen Propaganda wird weiterer Spielraum geschaffen, und sie wird rechtlich legitimiert.

Untermuert werden diese Positionen noch durch die CDU-Verfassungsklage gegen das Ausländerwahlrecht, mit der höchstrichterlich zementiert werden soll, daß ausländischen Arbeitern keine bürgerlichen Gleichheitsrechte zustehen. Praktisch im Vorgriff auf das zu erwartende Urteil heißt es in der Gesetzesbegründung zu § 37 (politische Betätigung) für Ausländer denn auch: „Insofern Ausländern die Möglichkeit der politischen Betätigung (überhaupt — d. Verf.) eingeräumt ist, kann und muß



Am 10. Februar demonstrierten in mehreren Orten Tausende gegen die Verschärfung des Ausländerrechts (Bild: Duisburg).

von ihnen erwartet werden, daß sie die Interessen ihres Gastlandes nicht beeinträchtigen.“ Schon der Widerstand gegen alltägliche ausländerfeindliche Provokationen von faschistischen Gruppen und Parteien gilt danach als Straftat und kann jederzeit zur Ausweisung führen. Genauso die Unterstützung von antiimperialistischen Befreiungsbewegungen. Das, was gerade jetzt in dem Düsseldorf Schauprozeß gegen die mit Hilfe des § 129a angeklagten Kurden inszeniert wird, wird damit allgemeine Praxis.

Etwa zweieinhalb Millionen (über 60 %) der hier lebenden Ausländer will

der Gesetzentwurf aufenthaltsrechtlich zum Freiwild erklären. Um einer Ausweisung infolge längerer Arbeitslosigkeit zu entgehen, müssen Niedriglöhne und miserable Arbeitsbedingungen akzeptiert werden. Mit der Ermächtigung des Innenministers zur Wiedereinführung von Anwerbungen für zeitlich befristete Arbeiten in Industrie oder Landwirtschaft (Rotation) will der Gesetzentwurf zudem einen unkontrollierbaren Arbeitsmarkt mit Niedrigststandard schaffen — vergleichbar der Einführung des II. Schiffsregisters für deutsche Reeder, wo jetzt für gleiche Arbeit zweierlei Lohn gezahlt werden kann:

ÖTV-Tarif oder frei ausgehandelte Heimarbeitslohnheuer. Man kann sich ausrechnen, wie sehr die Kapitalisten hinter diesem Gesetzentwurf stehen. Zumal sie davon ausgehen, daß mit den RGW-Ländern jetzt „Billiglohnländer“ direkt vor ihrer Tür liegen.

Die Entrechtung der ausländischen Bevölkerung trifft somit Deutsche wie Nichtdeutsche. Sie steigert die Konkurrenz, fördert die Armut, schürt Nationalismus, Rassismus und Faschismus. Wir fordern deshalb die Abschaffung aller Sondergesetze gegen Ausländer, das Wahlrecht für Ausländer, und ein Asylrecht für alle Flüchtlinge.

Aufenthaltsstatus je nach Arbeitskräftenachfrage der Kapitalisten

Mit den aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen im Ausländergesetzentwurf will sich die Bundesregierung die gesetzliche Grundlage schaffen, Ausländer je nach Bedarf und „deutschen“ Interessen zu heuern und zu feuern. Betroffen von diesen Bestimmungen sind sowohl neu in die BRD einreisende Ausländer als auch der Teil der hier lebenden ausländischen Bevölkerung, die keine Aufenthaltsberechtigung besitzen. Das ist die überwiegende Mehrheit. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Jahrbuch 1988) hatten am 31.12.1988 33 % (= 1 479 300) eine befristete Aufenthaltserlaubnis, 29,1 % (= 1 307 900) eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis und nur 10,2 % (458 800) eine Aufenthaltsberechtigung.

Sollte der Gesetzentwurf verabschiedet werden, müssen Ausländer aus Nicht-EG-Staaten (einschließlich Kinder ab sechs Monaten) bei Aufenthalt in

der BRD eine Aufenthaltsgenehmigung vorweisen (§ 3). Ob und wie lange sie sich dann hier aufhalten dürfen, ist abhängig von dem Aufenthaltswitzweck, d.h. im wesentlichen von dem Arbeitskräftebedarf der Kapitalisten. Gründe für die Nichterteilung bzw. Nichtverlängerung der Aufenthaltsgenehmigung sowie Ausweisungsgrund sind u.a. der Bezug von Sozialhilfe, langfristige Obdachlosigkeit, Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige (u.a. §§ 46, 7, 96), nicht ausreichender Wohnraum (u.a. § 17) sowie „wenn der Aufenthalt des Ausländers aus einem sonstigen Grunde Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt oder gefährdet“ (§ 7). Der Gesetzentwurf stellt damit klar, daß Ausländer, die in Not geraten, arbeitsunfähig sind oder deren Arbeitskraft nicht mehr gebraucht wird, in der BRD nicht geduldet werden. Mit dem „sonstigen Grunde“ in § 7 ist jede

Rausschluß-Entscheidung der Ausländerbehörden gesetzlich abgesichert.

Um eine unterschiedliche Behandlung der ausländischen Bevölkerung zu ermöglichen, sieht das Gesetz sechs verschiedene Arten der Aufenthaltsgenehmigung vor. Im folgenden werden ihre wesentlichen Bestimmungen kurz zusammengefaßt.

Aufenthaltsberechtigung (§ 27)

Die Aufenthaltsberechtigung ist zeitlich und räumlich unbeschränkt. Dieser Aufenthaltsstatus soll nur noch im Ausnahmefall erteilt werden, und dann unter verschärften Bedingungen. Statt einem achtjährigen Aufenthalt in der BRD (Ausländergesetz von 1965) muß ein Ausländer künftig nachweisen, daß er seit acht Jahren die Aufenthaltserlaubnis besitzt. Neu ist auch der Nachweis, daß der Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit oder Vermögen gesichert ist und mindestens 60 Monatsbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung oder eine entsprechende Versicherungsleistung nachgewiesen werden können.

Unbefristete Aufenthaltserlaubnis (§ 24)

Voraussetzung sind u.a. eine Aufenthaltserlaubnis seit fünf Jahren und die besondere Arbeitsleistung nach § 19 Arbeitsförderungsgesetz (AFG). Außerdem ein gesicherter Lebensunterhalt, ausreichender Wohnraum und daß „kein Ausweisungsgrund vorliegt“. Die Forderung nach ausreichendem Wohnraum insbesondere in Verbindung mit der Aufenthaltsgenehmigungspflicht für Kinder ab sechs Monaten gibt der Bundesregierung massenhaft Rausschlußgründe. Ein Kind oder jedes weitere Kind gefährdet das Aufenthaltsrecht einer Ausländerfamilie, zwingt sie gegebenenfalls zur Kinderlosigkeit.

Befristete Aufenthaltserlaubnis

Befristet wird die unbefristete Aufenthaltserlaubnis (auch nachträglich), wenn der Lebensunterhalt nicht aus eigener Erwerbstätigkeit (§ 24 Abs. 2)



Mit dem Entwurf zum Ausländergesetz verwertet die Reaktion die Erfahrungen aus der Verfolgung der Sympathisanten des kurdischen Befreiungskampfes. Bild: Demonstration am 21. Oktober 1989 in Düsseldorf.

oder Vermögen gesichert ist. Darauf, ob das möglich ist, haben Ausländer ohne Aufenthaltsberechtigung schon heute wenig Einfluß. Nach § 19 AFG kann die Bundesanstellung für Arbeit die Arbeitsleistung von Ausländern einschränken und verbieten.

Aufenthaltsbewilligung (§ 28)

Dieser neugeschaffene Aufenthaltsstatus ist an einen bestimmten Aufenthaltszweck gebunden, wird für längstens zwei Jahre erteilt und kann um jeweils zwei Jahre verlängert werden. Das bedeutet die Einführung des Rotationsprinzips für ausländische Arbeiter. Die Kapitalisten können junge unverbrauchte Arbeitskräfte anwerben und wieder entlassen, wenn die Arbeitskraft verschlissen ist oder für sie kein Bedarf mehr besteht.

Aufenthaltsgenehmigung zur Arbeitsaufnahme (§ 10)

Per Rechtsverordnung kann der Bundesinnenminister mit Zustimmung des Bundestags „Aufenthaltsgenehmigungen zur Ausübung einer unselbstständigen Erwerbstätigkeit“ erteilen und dabei „Beschränkungen auf bestimmte Berufe, Beschäftigungen und bestimmten Gruppen von Ausländern“ festlegen. Einziges Kriterium sind die Interessen der BRD. Mit dieser Ermächtigung kann die Bundesregierung ausländische Arbeiter für bestimmte Branchen oder Saisonarbeiten anwerben, sie beliebigen zeitlichen und räumlichen Beschränkungen unterwerfen und sie nach Erfüllung des Aufenthaltszwecks wieder abschieben. Der Status des Wanderarbeiters wird damit gesetzlich verankert.

Umfassende Überwachung und Kontrolle der ausländischen Bevölkerung

Mit den §§ 75 bis 78 des Ausländergesetzentwurfs will die Bundesregierung die längst stattfindende Überwachung und Kontrolle von Ausländern gesetzlich absichern und auf alle Lebensbereiche ausweiten. Gleichzeitig werden die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zwangs verpflichtet, alle Erkenntnisse über die ausländische Bevölkerung, insbesondere Ausweisungsgründe, an die Ausländerbehörden oder andere Behörden zu melden. Im folgenden Auszüge aus dem § 76 (Übermittlungen an Ausländerbehörden).

- (1) Öffentliche Stellen haben auf Ersuchen (§ 75 Abs. 1) den mit der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Behörden ihnen bekannt gewordene Umstände mitzuteilen.
- (2) Öffentliche Stellen haben unverzüglich die zuständige Ausländerbehörde zu unterrichten, wenn sie Kenntnis erlangen von
 1. dem Aufenthalt eines Ausländers, der weder eine erforderliche Aufenthaltsgenehmigung noch eine Duldung besitzt,
 2. dem Verstoß gegen eine räumliche Beschränkung oder
 3. einen sonstigen Ausweisungsgrund ...
- (4) Der Bundesminister des Innern bestimmt durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates, daß die
 1. Meldebehörden, 2. Staatsangehörigkeitsbehörden, 3. Paß- und Personalausweisbehörden, 4. Sozial- und Jugendämter, 5. Justiz-, Polizei- und Ordnungsbehörden, 6. Arbeitsämter, 7. Finanz- und Hauptzollämter und 8. Gewerbebehörden
 ohne Ersuchen den Ausländerbehörden personenbezogene Informationen von Ausländern, Amtshandlungen und sonstige Maßnahmen gegenüber Ausländern und sonstige Erkenntnisse über Ausländer mitzuteilen haben ...

Verbot der politischen Betätigung

Der Bundesregierung geht es um die Sicherung imperialistischer Interessen der BRD

Die Änderungen, die Innenminister Schäuble in § 37 des neuen Ausländergesetzes „Verbot und Beschränkung der politischen Betätigung“ vorgesehen hat, sind gravierend. In dem bisher geltenden Ausländergesetz von 1965 wurde in § 6 — politische Betätigung — noch festgehalten, daß Ausländer alle Grundrechte genießen, soweit sie nach

dem Grundgesetz nicht nur Deutschen vorbehalten sind. Diese Feststellung ist in dem Schäuble-Entwurf nicht mehr enthalten. In der Begründung heißt es dazu: „Ausländerrecht ist Aufenthaltsrecht. Was Ausländer im übrigen im Bundesgebiet tun und lassen dürfen, ergibt sich nicht mehr aus der ausländergesetzlichen Regelung, sondern aus den

Regelungen der jeweiligen Sachbereiche, also etwa dem Sozial- und dem Arbeitserlaubnis- oder auch dem Hochschulzugangsrecht.“ Dies bedeutet, daß die Bundesregierung ausländischen Staatsangehörigen in der BRD nicht einmal mehr die Rechte im Grundgesetz garantieren will, die nicht nur Deutschen vorbehalten sind. Zu diesen sogenannten Jedermannsrechten zählen z.B. die Menschenwürde, das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die Gleichheit vor dem Gesetz, die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, die Meinungsfreiheit oder die Unverletzlichkeit der Wohnung. Es ist zu befürchten, daß die Bundesregierung auf dieser Grundlage, die ohnehin schon bestehenden gesetzlichen Diskriminierungen der ausländischen Lohnabhängigen durch weitere gesetzliche Maßnahmen noch erheblich verschärfen will, so daß nicht nur der politische, sondern auch der Sozialstatus eindeutig an das Deutschein gebunden wäre.

In den Erläuterungen zu § 37 stellt Schäuble klar, daß Ausländer grundsätzlich keinen Anspruch auf irgendwelche Rechte in der BRD haben und diese auch durch ein Ausländergesetz nicht gewährt werden sollen. Vielmehr gehe es darum, mit dem Ausländergesetz die Wahrnehmung von Rechten zu verhindern. „Ihm (dem Ausländer, der Verf.) werden vielmehr Rechte nur gewährt, wenn und soweit ihm der Aufenthalt erlaubt wird ... Der Aufenthalt kann versagt werden, damit bestimmte Rechte — z.B. die Inanspruchnahme von Sozialhilfe — nicht wahrgenommen werden können. Durch aufenthaltsbeschränkende Maßnahmen können die Handlungsmöglichkeiten von Ausländern eingeschränkt werden, soweit es

zur Wahrung öffentlicher Interessen geboten ist. Aufgrund dieser zweiten Funktion des Ausländerrechts ... hat es auch einen allgemeinen polizeirechtlichen Charakter.“

Die Eingriffsmöglichkeiten, die der Polizei zur Einschränkung der „Handlungsmöglichkeiten von Ausländern“ zur Verfügung stehen, waren in dem ursprünglichen Schäuble-Entwurf noch präzise benannt. Danach können „insbesondere schriftliche und mündliche Meinungsäußerungen politischen Inhalts, die Mitgliedschaft in bestimmten Vereinen oder sonstigen Vereinigungen und die Teilnahme an Versammlungen oder sonstigen Veranstaltungen untersagt werden ... Zum Schutz eines bestimmten Ereignisses oder einer sonstigen bestimmten Veranstaltung darf vorübergehend auch die Freiheit, die eigene Wohnung zu verlassen, eingeschränkt oder dem Ausländer ein anderer Aufenthaltsort im Bundesgebiet zugewiesen werden.“

Auch wenn diese Regelungen in dem endgültigen Entwurf nicht mehr explizit aufgeführt sind, so hat Schäuble mit seiner obigen polizeistaatlichen Definition doch klargestellt, daß in Hinsicht auf die politische Verfolgung von Ausländern dem Staatsapparat keinerlei Schranken gesetzt sind. Neu an dem Entwurf ist auch, daß ausdrücklich festgehalten wird, daß die politische Betätigung eines Ausländers den „außenpolitischen Interessen“ nicht „zuwiderlaufen“ darf. Offenbar geht die Bundesregierung davon aus, daß die imperialistische Betätigung der BRD in aller Welt künftig solche Ausmaße annehmen wird, daß mit erheblichem Widerstand von Angehörigen der Staaten, die von dieser Politik betroffen sind, auch auf dem Gebiet der BRD zu rechnen ist.

Ebenso soll eine politische Betätigung verboten sein, „die bestimmt ist, Parteien, andere Vereinigungen, Einrich-

tungen oder Bestrebungen außerhalb des Bundesgebiets zu fördern, deren Ziele oder Mittel mit den Grundwerten einer die Würde des Menschen achtenden staatlichen Ordnung unvereinbar sind“. Im Ausländergesetz von 1965 war eine entsprechende politische Betätigung untersagt, „die mit den Verfassungsgrundsätzen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind“. Der jetzt formulierte Bezug auf die „Grundwerte einer die Würde des Menschen achtenden staatlichen Ordnung“, verbietet grundsätzlich alles, was die Bundesregierung für menschenunwürdig erklärt, ohne daß sie dafür irgendwelche Verfassungsgrundsätze strapazieren muß. Die Türkei z.B. stellt für sie ja bekanntlich eine menschenwürdige staatliche Ordnung dar.

Ein Ausländergesetz in der beabsichtigten Form wird die Bundesregierung in die Lage versetzen, z.B. bei einer erfolgreichen Verurteilung der in Düsseldorf angeklagten Kurden, in der BRD geradezu eine Massenverfolgung und Ausweisung von Kurden zu organisieren.

Zuzugskontrolle: Verhinderung der Einreise und Abschiebung

Die Bundesregierung hat mehrfach klargestellt, daß es ihr bei der Ausländerpolitik darum geht, die Wanderungsströme nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts zu lenken und sich das geeignete „Menschenmaterial“ selber auszusuchen. Der „unkontrollierte“ Zuzug der Asylbewerber steht dem im Wege. Abwehr und Vereinfachung der Abschiebung sind wichtige Bestandteile des neuen Ausländergesetzes.

Obwohl nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts Asylsuchenden nicht der Vorwurf gemacht werden darf, sie seien ohne Visum eingereist, wird die Visumpflicht im Gesetz mehrfach verankert, ohne daß die Asylsuchenden davon ausgenommen würden: So muß einem Ausländer die Aufenthaltsgenehmigung versagt werden, wenn er „ohne erforderliches Visum eingereist ist“ (§ 8 Abs. 1). Die Einreise ist aber nur erlaubt, wenn eine Aufenthaltsgenehmigung vorliegt (§ 58 Abs. 1). Die Grenzbehörden können Ausländer zurückweisen, wenn sie über eine solche Aufenthaltsgenehmigung nicht verfügen bzw. wenn „der begründete Verdacht besteht, daß der Aufenthalt nicht dem angegebenen Zweck dient“ (§ 60 Abs. 1 und 2). Diese Unterstellung liegt nahe, wenn 97 % der Asylbewerber abgelehnt werden und als Wirtschaftsflüchtlinge diffamiert werden. Unabhängig von einem vorhandenen Visum soll die Aufenthaltsgenehmigung „in der Regel“ nur erteilt werden, wenn „für den Fall einer nicht freiwilligen Ausreise einer Abschiebung keine Hindernisse entgegenstehen werden“ (§ 7 Abs. 3). Wer in seinem Leben bedroht ist, soll gar nicht erst einreisen dürfen.

Das bisherige Ausländerrecht sah in seinem § 14 einen Abschiebeschutz für jeden Ausländer vor, der wegen seiner Religion, Rasse, Staatsangehörigkeit, Zugehörigkeit zu einer politischen oder sozialen Gruppe in seinem Leben oder seiner Freiheit bedroht wäre. Dieser Paragraph hat sich in den letzten Jahren als wirksamer Schutz für Flüchtlinge dargestellt als das Asylrecht. Damit begründet die Regierung seine Abschaffung: „Ausländer, die sich außerhalb des Asylverfahrens lediglich auf § 14 AuslG 1965 berufen, sind sowohl verfahrens- als auch materiellrechtlich besser gestellt als Asylbewerber ... (Sie) können gegen eine Entscheidung der Ausländerbehörde zunächst im Wege des Widerspruchs und sodann im unverkürzten Klagewege durch drei gerichtliche Instanzen vorgehen. Ebenso wenig

gelten für diese Ausländer die sonstigen Nachteile und gesetzlichen Beschränkungen, denen Asylbewerber unterworfen sind: Verteilung auf die Länder, Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften und fünfjähriges gesetzliches Arbeitsaufnahmeverbot“ (Bundestagsdrucksache 11/6321, S. 88). Auch Asylbewerber, die rechtskräftig abgelehnt waren, konnten mit Bezug auf § 14 AuslG gegen ihre Abschiebung vorgehen. Das wird nun anders. Anstelle des § 14 tritt § 51, der einen Abschiebeschutz nur demjenigen garantiert, der als Asylberechtigter anerkannt ist. Jeder, der sich auf politische Verfolgung beruft, wird nun, ob er will oder nicht, durch das Bundesamt für die Anerkennung Asylberechtigter einem Verfahren nach dem Asylverfahrensgesetz unterworfen. Wer danach abgelehnt wird, kann sich gegen eine Abschiebung nicht mehr wehren. § 67 legt ausdrücklich fest, daß die Frage politischer Verfolgung ausschließlich auf Grundlage „der im Bundesgebiet bekannten Umstände und zugänglichen Erkenntnisse“ entschieden wird.



Ein Ausländischer Arbeiter bei Fichtel & Sachs

Auszüge aus Stellungnahmen zum Ausländergesetzentwurf

Ökumenischer Vorbereitungsausschuß zur Woche der Ausländischen Mitbürger und Bundesvorstand des DGB
Ausweisung unberechenbar

Die Ausweisungsgründe sollen gegenüber dem jetzt geltenden Recht erweitert und verschärft werden, sie bleiben zudem unklar im Umfang und unberechenbar in ihrer Anwendung. Der Entwurf nennt eine Reihe von „Regelbeispielen“ — ... nicht nur vorübergehende Obdachlosigkeit, Inanspruchnahme von Sozialhilfe usw. —, im übrigen gilt die polizeiliche Generalklausel: Beeinträchtigung oder Gefährdung erheblicher öffentlicher Interessen ...

Rotation wieder eingeführt

Der Gesetzentwurf rechnet damit, daß auch künftig Ausländer zur Arbeitsaufnahme ins Bundesgebiet zugelassen werden. Er läßt aber völlig offen, welche Rechte und welchen Status diese Menschen erhalten sollen. Der Bundesinnenminister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung dies zu regeln, „so-

weit es zur Wahrung von Interessen der Bundesrepublik Deutschland ... erforderlich ist ...“ Damit wäre das Saisonarbeiter- und Rotationsprinzip gesetzlich eingeführt. Es muß gewährleistet bleiben, daß der Zugang zum Arbeitsmarkt in der Verantwortlichkeit des Bundesministeriums für Arbeit und der Mitverantwortung der Tarifparteien bleibt.

Prof. Dr. jur. Helmut Rittstieg
(Hamburg)

Einseitige Belange der BRD

Massive Verschlechterungen enthält der Entwurf für Ausländer, die bisher noch keine Aufenthaltsverfestigung erreicht haben und die nicht die Voraussetzungen eines Anspruchs auf unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder -berechtigung erfüllen. Ihre Aufenthaltsverfestigung werden gemäß §§ 92 Abs. 3 Nr. 4, 13 Abs. 2 EAuslG ... im Ermessenswege zu verlängern sein. Es gilt die Ermessensnorm des § 7 EAuslG, die

anstelle der bisher vorgeschriebenen Abwägung der Belange eine einseitige Berücksichtigung der Interessen der BRD vorschreibt (§ 7 Abs. 2 Nr. 3) und einen Anspruch des Ausländers auch bei langjährigem Aufenthalt und bisher fester Verlängerungspraxis ausschließt.

Fallbeil ausreichender Wohnraum

Da der ausreichende Wohnraum Voraussetzung sowohl für Familienaufenthaltsverfestigung wie für die Aufenthaltsverfestigung ist ..., wird der Wohnungsmangel das Instrument zur Ausgrenzung auch hier geborener Ausländer. Für junge Familien, in denen Kinder geboren werden, wird die Forderung ausreichenden Wohnraums zum aufenthaltsrechtlichen Fallbeil.

Ausweisung droht jederzeit

Die Ausweisung muß von dem Ausländer nicht verschuldet sein, so daß nach dieser weiten Fassung des Ausweisungstatbestandes auch verschärfte Konflikte zwischen Deutschen und Ausländern oder eine Verknappung von Raum und Ressourcen im Inland das Interesse der BRD an der Ausweisung begründen können ...

Von Ausländern werden die vollständige Kenntnis und die vollständige

Befolgung der Rechtsordnung erwartet.

Bürgerinitiative ausländischer Arbeitnehmer e.V.

Haus Rudolfstraße, 2102 Hamburg 93
Zentralisierung v. Kompetenzen

Das Gesetz verlagert alle wesentlichen Kompetenzen an den Bundesinnenminister. Diese strikte Zentralisierung verstößt gegen das föderalistische Prinzip und macht die Länderbehörden zum vollstreckenden Büttel des Innenministers. Eine politische Einflußnahme in den Ländern ist ausgeschlossen.

Bespitzelung und Kontrolle

Der Entwurf bietet die gesetzliche Grundlage für eine absolut totale, datenmäßige Erfassung und Bespitzelung von Ausländer/innen. Alle Behörden und öffentliche Stellen sind verpflichtet oder können verpflichtet werden, alle Erkenntnisse über Ausländer/innen zu melden; unklar bleibt, was eine „öffentliche Stelle“ ist — dieses kann eine Schule, aber auch ein Wohlfahrtsverband, eine Initiative oder ein Kindergarten oder eine Drogenberatungsstelle sein. Insbesondere Jugend- und Sozialämter, Finanzämter, Arbeitsamt etc. sind zu Meldungen verpflichtet.

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntägig.
Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
Tel.: 0221/21 64 42
Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Deljen, Martin Fochler, Christiane Schneider. Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM.
Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Deljen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Aus Verbänden und Parteien: Martin Lopp; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft — Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler.
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.
Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG Jugend, Militär und Gefängnisse in der Volksfront: AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.
Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Vierteljährlich: Beilage, Gesamtelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntägig:

Nachrichtenhefte, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM
AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM
AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M
AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM
AG Jugend, Militär, Gefängnisse, 8 S., 1,20 DM
AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik, 8 S., 1,20 DM
AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,20 DM

Bezugsbedingungen Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1
GNN Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Gutenbergsstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 4 S., 0,80 DM
Jahresabo: 30 DM

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 0,80 DM. Halbjahresabo 26 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

Starke Konjunktur für Soldaten- und Kriegsfilme

Flucht oder Sieg im Sport und Krieg

In einem Film über den Krieg kann die Alternative gar keine sein: Sieg, was sonst. Der US-Film „Flucht oder Sieg“ von 1981 (letzte Woche ausgestrahlt in Sat 1) spielt im von Deutschland besetzten Frankreich während des Zweiten Weltkrieges. Alliierte Kriegsgefangene dürfen aus Propagandagründen gegen eine deutsche Auswahl Fußball spielen. In der Halbzeitpause (Stand 4:1 für die Deutschen) erhält die Gefangenemannschaft durch Hilfe der Résistance die Chance zur Flucht, schlägt diese jedoch aus, um nicht als Verlierer dazustehen. Wie entfesselt erkämpft sie anschließend ein Unentschieden, und das französische Publikum jubelt den Fußballhelden zu. Soldatentugend mit großem Ehrenwort und Mut gibt es auf beiden Seiten personifiziert in den Offizieren, die das Match orga-

nisieren: Der britische Offizier verhindert die Flucht, weil Soldaten nicht kneifen, dem deutschen Major von Steiner sind die unfaireren Methoden der Nazis nicht recht. Daher ist der Film auch BRD-tauglich. Kein Klischee ist für diesen Streifen zu platt. Vielleicht soll das überspielt werden dadurch, daß immer wieder die Oberkörper-Anatomie des Darsteller Silver Stallone präsentiert wird.

Flucht oder Sieg, Sat 1 — (jok)

Kameradschaft als Kriegsmoral

Im Originaltitel heißt der Film „P.O.W. (Prisoners of War) — The Escape“, im deutschen Fernsehen „Die Vergeltung“. Geschildert wird die Flucht von amerikanischen Kriegsgefangenen kurz vor dem Rückzug der USA aus Vietnam. Nachdem ein amerikanischer Oberst bei einem mißglückten Befreiungsversuch selbst in Gefangen-

schaft gerät, gelingt es ihm und einer Anzahl anderer Gefangener, mit Hilfe eines korrupten nordvietnamesischen Offiziers zu fliehen. Sie schaffen es, nachdem sie unterwegs noch weitere versprengte GIs retten, sich von Hubschraubern ausfliegen zu lassen. Die Handlung selbst ist fast grotesk, scheint aber ernst gemeint. Die nordvietnamesischen Soldaten werden durchweg entweder als korrupt oder grausam oder einfach dumm dargestellt. Das Hauptmarkenzeichen der GIs und vor allem des glorreichen kriegsfreiwilligen Oberst ist die Kameradschaft untereinander. Jeder kommt vom Einsatz wieder mit zurück — notfalls als Leiche, eingewickelt im Sternenbanner. Dafür hat man für den Feind nichts übrig, der wird bedenkenlos über den Haufen geschossen. Nach dem Sinn des Krieges fragt niemand. Aber nachdem nun Krieg ist, beweist man seine angebliche moralische Überlegenheit durch die selbstlose Rettung von Kameraden. Nur, der Krieg der USA in Vietnam war gewiß nicht selbstlos. — (ch)

Soldatsein als Abenteuerpiel

In der vermutlich schon gut zwanzig Jahre alten Serie „Pazifikgeschwader 214“, die seit einiger Zeit im RTL zu sehen ist, wird die US-Armee als lobenswertes Gegenstück zu den faschistischen Armeen Japans und Deutschlands vorgeführt. Statt in stumfer Unterordnung unter die Befehlsgewalt den Offizieren gehorchend erscheint die Fliegertruppe als Haufen von Individualisten, die sich aus purer Freiwilligkeit zusammengelassen haben, um einen ähnlich edel denkenden Japaner im Luftkampf zu besiegen, Kinder vor Angriffen zu evakuieren oder denen da oben (Generalität,



Bilder aus: „Die Verdammten des Krieges“

Washington und so) mal so richtig zu zeigen, wie man den Krieg gewinnt. Das sind knapp die Inhalte der letzten drei gesendeten Teile. Der Major, der die Truppe führt, wird von allen liebevoll-ironisch „Papa“ genannt, ist der Bursche, der die tollsten Ideen hat, Disziplin scheint ein Fremdwort, aber man hält zusammen — der Krieg erscheint als Abenteuerspiel mit Todesrisiko. Abgesehen davon, daß die Realität in der US-Armee im großen und ganzen nicht geprägt sein dürfte von kumpelhaftem Umgehen zwischen Offizieren und Mannschaft, in einem Punkt stimmt das autoritäre Soldatenbild mit dem in dieser Serie vorgeführten individualistischen überein: Die Ziele des Krieges und die daraus resultierende Art der Kriegsführung sind vorgegeben und außerhalb jeder Betrachtung, geschweige denn Einflußnahme durch die kämpfende Truppe. Pazifikgeschwader 214, RTL Plus, jeweils montags 19.15 Uhr — (alk)

Verrohung im Krieg interessant gemacht

„Die Verdammten des Krieges“ heißt ein US-Film, der in zahlreichen Kinos zu sehen ist. Der Begriff „Verdammte“ kommt aus der christlichen Glaubenslehre und bedeutet „Todsünder“, „ewig Gottferne“. Die Handlung: Gegen Ende des Vietnamkriegs entführt ein US-Spähtrupp in der Nacht vor einem Einsatz aus einem vietnamesischen Dorf eine junge Frau. Bis auf einen Mann beteiligen sich während des Späheinsatzes alle an der Vergewaltigung der Frau und ermorden diese danach. Der einzige Nichtbeteiligte meldet das Verbrechen seinen Vorgesetzten. Als diese nicht reagieren und auf ihn ein Handgranatenanschlag verübt wird, um ihn zum Schweigen zu bringen, erstattet er, ermutigt durch einen Kaplan, Anzeige. Ein Militärgericht verurteilt die Beschuldigten zu langer Haft. Der Film ist abstoßend. Die Entführung, Vergewaltigung und Ermordung der Frau macht fast 80 % der Handlung aus. Der Mensch ist schlecht, Verrohung weitverbreitet, aber zum Glück gibt es noch Gerichte, die selbst im schmutzigsten Krieg Recht sprechen — so soll man lernen. Bei der Vorführung war das Kino an einem Wochentag zu zwei Dritteln mit jungen Leuten, Alter zumeist 16 bis 25 Jahre, gut gefüllt. — (rül)

Psychodrama im Widerstand

Die Résistance kämpft gegen die faschistischen Besatzer. Phillip Gerbier (Lino Ventura) ist die Hauptfigur des Films. Als vermeintlicher „Kader“ der Résistance leitet er Aktionen oder führt sie selbst aus. Der Zuschauer wird oberflächlich mit den vielfältigsten Konflikten in

Berührung gebracht. Ein Verräter wird ohne dessen Gegenwehr von der Résistance erdrosselt. Kampfgefährten werden von der Gestapo gefoltert. Die „Geliebte“ Phillips gerät ebenfalls in Gefangenschaft. Die Gefahr des Verrats ist zu groß. Phillip und einige andere liquidieren sie. Im Abspann dann ein Hauch von Realität. Die dargestellten Personen basieren anscheinend auf Menschen aus dem Widerstand, die alle durch die Faschisten umgekommen sind. Keine Aktion im Film deutet auf Sabotageakte oder offenen Kampf gegen reguläre Truppen hin, wie der Filmtitel vermuten läßt. Unklar bleiben die Motive, warum gegen die Faschisten gekämpft wird. Genauso werden „Deutsche“ nur als SS-Schergen oder Leute der Gestapo gezeigt. Die ersten als Posten, die dumm in der Gegend herumstehen oder in die Gegend ballern, die anderen als Folterknechte. Dunkel bleibt die Art der Organisation der Résistance. Nur das Prinzip Befehl und Gehorsam ist zu erkennen. Der Zuschauer kann sich nur an die gezeigten Personen klammern, die andauernd damit beschäftigt sind, sich gegenseitig zu befreien oder in geheimer Mission nach London zu fahren, also als autonome Wesen handeln.

Armee im Schatten 1969, ARD, Sa. 17.2., 23.40 Uhr — (rwe)

Wenig Kritik, viel Zynismus

Der US-Film M.A.S.H. aus dem Jahre 1969 spielt in einem Kriegslazarett während des Vietnamkrieges. Zumindest nimmt man stark an, daß es sich um den Vietnamkrieg handelt,

denn darüber wird während des ganzen Films kein Wort verloren. Kritisiert wird das System von Befehl und Gehorsam, die Durchsetzung des soldatischen Drills — verkörpert durch eine Frau, eingeflogen, um Zucht und Ordnung wiederherzustellen, und einen Anhänger der pfäffisch-frommen Variante der Disziplin. Beide scheitern, der Pfaffe endet in einer geschlossenen Anstalt, die Oberschwester läßt sich zu den angenehmeren Seiten des Lebens „bekehren“. Das macht dem Zuschauer zwar Spaß, aber was bleibt sind Soldaten, Lazarettärzte und Krankenschwestern, die versuchen, das Beste aus dem Krieg zu machen und sich trotz allem noch zu vergnügen. Der ständige Antransport von Schwerverletzten, die menschenunwürdige Situation im Operationssaal und im Lazarett wird mit grenzenlosem Zynismus dargestellt. Das alles ebenso wie die Ursachen des Krieges sind kein Thema, wichtig sind die Flirts — auch während der Operation —, der Alkohol, die persönlichen Querelen. Der Höhepunkt des Films ist ein Fußball-Spiel, bei dem der undisziplinierte Haufen der Mannschaft des Divisions-Kommandeurs besiegt. Leistung wird gebracht, auch ohne die herkömmliche Ordnung und Disziplin. „Wir sind hier, weil wir eingezogen wurden“, erklärt ein Soldat, aber letztlich tun doch alle, was von ihnen verlangt wird. Der Film endet mit der Aussage „Scheiß Army“. Man kann da schon zustimmen, aber von Widerstand und kollektivem Aufbegehren ist diese Sorte Kritik weit entfernt.

M.A.S.H., ZDF, 2. Februar — (ewc)

Kriegsspielzeug

Die Fernsehprogramme bringen auf allen Kanälen und Woche für Woche filmische Überlieferung aus großer Zeit. Die Rede ist vom Kriegsfilm, gebracht als Unterhaltungsklamotte, als Spannungs- und Rührstück. Solche Filme gibt es haufenweise, denn der moderne Krieg braucht Reklame so gut wie Waffen, und alte Reklame ist billig wie alte Waffen. Bloß preisliche Gründe werden die Intendanten der Privaten — hauptsächlich sie schwemmen die Kanäle mit dem Zeug voll — aber nicht bewogen haben, teure Sendezeit zum x-fachen Wiederkäufen oft schwächster Kinostücke zu verwenden. Auch werden ja nicht irgendwelche Klamotten gezeigt, sondern Kriegsklamotten. Es wird also irgendein höherer Wert dahinterstecken.

Seit der Kapitulation im Jahre 1945 haben BRD-Truppen nicht direkt an Kriegshandlungen teilgenommen. Wir schreiben das Jahr 1990, 45 plus 17 gibt 62. Die große Zahl der Männer, die Reich und Führer dienten (und es überlebten), sind jetzt auf Rente. Es war eine Generation von Zeitzeugen für die Normalität des Tötens auf Befehl. Im Expansionsinteresse Deutschlands hatten sie viele Millionen Menschen umgebracht, und sie sprachen auch davon, sehr viele keineswegs mit Abscheu. Der Aggressions- und Expansionskrieg hatte in diesem Personenkreis sichere Fürsprecher. Sie waren ja als Totschläger und Mörderbande anzusehen, wenn das Verfechten staatlicher Expansionsinteressen mit Waffengewalt Unrecht war — also mußte es recht sein.

Diese besondere soziale Konstellation verschwindet mit dem derzeitigen Generationswechsel. Ein Ausdruck davon ist die breite, hohe Gerichte erfassende Diskussion des Zusammenhangs von Soldatenhandwerk und Tötungsdelikten, ein anderer die Neubewertung von Desertion. Das sind Zeichen dafür, daß dem kriegsbereiten Staat in der öffentlichen Meinung der Ruch des Verbrechens anhängt.

Auf diese Tatbestände wirken die Intendanten der Fernsehanstalten ein, wenn sie haufenweise Kriegsklamotten bringen. Da sich die BRD mit einer meisterlichen Dramaturgie in die Tradition der Gegner des Nationalsozialismus gestellt hat, macht es fast gar nichts aus, wenn die Taten der Gegner Deutschlands gerühmt werden. Die wichtigen Lehren, die der Bevölkerung vermittelt wer-

den, sind viel allgemeiner. Gelernt wird nämlich, wie es sein muß und was sich gehört, wenn Krieg ist. Wer wüßte schon, wie schändlich die Feigheit vor dem Feinde ist, warum Standgerichte nötig sind, warum es süß ist, für einen guten Zweck zu sterben, warum man nicht nur sich, sondern als Verantwortungsträger auch andere opfern muß. Es geht darum, das Gefühl für die sittliche Umgebung wachzuzhalten, in der allein die Schubladengesetze wirksam werden könnten, die es heute schon gibt und die vor allem die Fragen von Gerichtsbarkeit (Sondergerichte) und Strafmaß (Tod) für den Fall des Falles regeln. Es ist schon eine Kulturtat, Kriegszustände und Kriegsbräuche in den Gemütern wachzuzhalten, die Unterhaltung eignet sich dafür besonders, weil sie die konkreten geschichtlichen Umstände in den Hintergrund rückt.

Wie können wir uns das Zuschauerinteresse erklären? Im Kriegsfilm erzeugt die dauernd vorhandene Todesgefahr Spannung selbst bei trivialsten Handlungsabläufen. Die am normalen gesellschaftlichen Leben gemessen ungeheure Kraftentfaltung großer Aktionen regt auf. Die große Bedeutung, die dem heldenhaften Handeln einzelner zugeschrieben wird, hebt das Gefühl. Und was läßt sich besser mit dem Krieg, in den junge Leute ziehen, verbinden als die Liebe? Gar nichts. Der Kriegsfilm kann also noch bei dünnster inhaltlicher Ausstattung das Gemüt erregen, und umso eintöniger die Lebensumstände, desto größer der Bedarf an sowas. Eine gewisse spontane Annahmefähigkeit beim Publikum ist schon erklärlich.

Es trifft sich, daß allgemeine Lehren besonders leicht dem Menschen im Zustand der Erregung eingeschärft werden können. So schworen Generationen von Pädagogen auf die Verbindung von Wort und Stock. Diese Methode der Dressur ist nicht nur für die Übung kriegerischen Handelns unentbehrlich, wo der Gehorsam zum Körperreflex ausgebildet wird. Sie ist auch zur Einübung von Denkschemata richtig, zur Übermittlung von sogenannten Werten.

Die Politik der BRD zielt in immer mehr Fällen darauf ab, Truppen in Kriegsgebiete einzubringen. Politik und Kultur passen also schön zusammen. — (maf)

Anzeige



INSURREZIONE — Texte zu den Roten Brigaden

Die Gruppe 2, eine Münchner Archiv- und Mediengruppe, hat in ihrer Reihe „TEXTE“ mit Veröffentlichungen von Dokumenten zur Zeitgeschichte die Nummer 3 herausgebracht. Alle bisher erschienenen drei Nummern befassen sich mit dem Klassenkampf und den bewaffneten Widerstand in Italien, die Nummer 1 hatte als Schwerpunkt Texte zur Amnestiediskussion, Nummer 2 Texte zu Zyklus, Klassenzusammensetzung, bewaffneter Kampf. Die Nummer 3 konzentriert sich jetzt auf Texte, die jede Befriedungsstrategie kategorisch ablehnen und stattdessen Perspektiven für die Wiedergewinnung der revolutionären Initiative zu entwickeln versuchen.

Einzelnummer DM 7,00 plus Porto 1,20 DM, ab zwei Exemplaren 5,00 DM plus Porto 1,20 DM, nur gegen Vorkasse bei Gruppe 2, Öttingstr. 8, 8000 München 83, Tel. 089/6805122 oder 6519359, Postgirokonto Schmitt, PGA München, Kto.Nr. 250370-800.